



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Vom Aschenputtel zum Tatra-Tiger: Die slowakische
Wirtschaftspolitik im Lichte vom IWF und der Weltbank
1993-2006“

verfasst von / submitted by

Lukas Schweighofer, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2018 / Vienna 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Philipp Ther, MA

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.1. Einführung in das Thema.....	3
1.2. Fragestellung.....	4
1.3. Forschungsstand	7
1.4. Quellen und Methode	11
1.5. Gliederung	12
1.6. Thesen.....	14
2. Der globale Kontext der slowakischen Transformation	16
2.1. Der IWF und die Slowakei	16
2.2. Die Weltbank und die Slowakei	23
2.3. Die Slowakei auf dem Weg in die EU.....	28
3. Der regionale Kontext der slowakischen Transformation	33
3.1. Tschechien	33
3.2. Polen	36
3.3. Ungarn	40
4. Der nationale Kontext der slowakischen Transformation	44
4.1. Von Samtener Revolution zur Samtenen Trennung.....	44
4.2. Die nationalen Aspekte der slowakischen Transformation.....	48
5. Die slowakische Wirtschaftspolitik im Lichte von IWF und Weltbank 57	
5.1. Der schwerwiegende Einstieg in die Unabhängigkeit (1993)	57
5.1.1. Die Makroökonomische Strategie zur wirtschaftlichen Erholung.....	57
5.1.2. Der Privatsektor entsteht	60
5.1.3. Der slowakische Arbeitsmarkt	62
5.2. Der „slowakische Weg“ in die Isolation (1994-1998).....	64
5.2.1. Vom Wachstum in die Verschuldung	64
5.2.2. Vernachlässigung von strukturellen Reformen.....	68
5.2.3. Zwischen Ost und West – die slowakische Außenwirtschaft unter Mečiar 73	
5.3. Die „Rückkehr“ nach Europa (1998-2002).....	77
5.3.1. Die Notwendigkeit der finanzwirtschaftlichen Konsolidierung	77

5.3.2. Die „nachgeholte“ Privatisierung.....	80
5.3.3. Die Arbeitslosigkeit rast hinauf.....	83
5.4. Der neoliberale Musterknabe (2002-2006).....	87
5.4.1. Durch strikte Fiskalpolitik zum Tatra-Tiger	87
5.4.2. Die Rolle des FDI.....	90
5.4.3. Alle zahlen gleich: Die Flat-Tax Reform.....	95
5.4.4. Der Staat spart: Die Sozial- und Rentenreform.....	97
6. Resümee	102
7. Literaturverzeichnis.....	107
7.1. Monographien und Sammelwerke.....	107
7.2. Primärquellen.....	112
7.3. Zeitungsartikel	116
7.4. Andere Online-Ressourcen (Webseiten)	117
8. Anhang	120
8.1. Zusammenfassung	120
8.2. Abstract.....	121
8.3. Danksagung	122

1. Einleitung

1.1. Einführung in das Thema

Als 1989 die kommunistischen Parteien in Ostmitteleuropa nach 40 Jahren ihr Machtmonopol verloren, standen die Staaten des ehemaligen „Ostblocks“ vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Um die merkbaren Unterschiede im Bereich der Politik und der Wirtschaft zu westeuropäischen Ländern abbauen zu können, musste ein umfassender Wandel, der als „Transformation“¹ bezeichnet wird, vollzogen werden. Im Laufe dieses Prozesses sollten die politischen und wirtschaftlichen Strukturen der jeweiligen osteuropäischen Länder nach westlichem Vorbild ausgebaut werden. Bedingt durch die ideologische und geographische Zweiteilung Europas im Kalten Krieg, sollte unter dem Argument einer historischen Zugehörigkeit zu Europa eine „Rückkehr nach Europa“² stattfinden. Dies sollte unter anderem durch den Beitritt zur damaligen Europäischen Gemeinschaft passieren, die als Zeichen für Wohlstand, Prosperität und Sicherheit propagiert wurde.³ Die angestrebte Eingliederung in die EU im engeren und in den westeuropäischen Raum im breiteren Sinne setzte die Einführung der Demokratie und Etablierung einer freien Marktwirtschaft voraus. Während die politische Wende nach den überwiegend friedlichen Revolutionen im „annus mirabilis“⁴ innerhalb weniger Monate mit demokratischen Wahlen in den einzelnen Ländern vollzogen wurde, war die Umstellung des Wirtschaftssystems ein Prozess, der Jahre dauern sollte und über dessen Vollendung keine Einigkeit herrscht.⁵

Die wirtschaftliche Transformation bedeutete für die ehemaligen staatssozialistischen Länder eine „ökonomische Revolution“⁶, in der Reformen durchzuführen waren, die die ineffektive Planwirtschaft mit einer konkurrenzfähigen Marktwirtschaft ersetzen sollten.

¹ Der Begriff stammt aus der Politikwissenschaft und wird im Rahmen der Transformationsforschung untersucht. Für eine theoretische Abgrenzung siehe: Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung (Wiesbaden 2010).

² Hans Lemberg, Osteuropa, Mitteleuropa, Europa. Formen und Probleme der „Rückkehr nach Europa“, In: Jürgen Elvert, Michael Salewski (Hg.), Der Umbruch in Osteuropa (Stuttgart 1993), 15-28, hier 15.

³ Vgl. Sabine Riedel, Osteuropa und die EU-Integration, In: Iskra Schwarz, Arnold Suppan (Hg.), Quo vadis EU? Osteuropa und die EU-Erweiterung (Europa Orientalis Bd. 5, Wien/Berlin 2008), 25-40, hier 31.

⁴ Die Bezeichnung stammt vom britischen Historiker Timothy Garton Ash und hebt die Außergewöhnlichkeit des Jahres 1989 hervor, vgl. Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt: aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990 (München/Wien 1990).

⁵ Für eine Übersicht über die Periodisierung der Transformation siehe: Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa (Berlin 2014), 86-89.

⁶ Antonio Di Vittorio (Ed.), An Economic History of Europe. From expansion to development (Abingdon 2006), 327.

Diese stellte ein Ziel dar, ohne dass man sich darüber klar war, wie dieses zu erlangen sei, welche Maßnahmen notwendig waren, mit welchem Tempo und in welcher Abfolge diese am besten anzuwenden seien. Antworten auf diese Fragen brachten neben einigen osteuropäischen Ökonomen⁷ vor allem unterschiedliche Akteure aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten. Dabei handelte es sich um Wirtschaftswissenschaftler, Regierungsträger und finanzwirtschaftliche Organisationen, namentlich der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank. Die letzteren stellten ein Bündel von wirtschaftlichen Reformen zusammen, die angewandt werden sollten, um eine freie und offene Marktwirtschaft zu schaffen.

Das Programm folgte der Wirtschaftslehre des Neoliberalismus, laut dem eine Deregulierung der Wirtschaft, Verringerung der Rolle des Staates und eine angebotsorientierte Politik betrieben werden sollten, um die bestehende Wirtschaftskrise zu überwinden.⁸ Ursprünglich wurden mit neoliberalen Reformen die von hoher Inflation betroffenen Staaten Latein- und Südamerikas in den 1980er Jahren stabilisiert. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde diese Lehre zum festen Bestandteil des sogenannten „Washington Consensus“.⁹ Dieses Wirtschaftsprogramm beeinflusste die Transformation in allen osteuropäischen Staaten und trug dazu bei, dass die Schocktherapie beziehungsweise die radikalen Reformen als der beste Weg bezeichnet wurden, um wirtschaftliche Stabilität zu erlangen und Wachstum zu erzeugen.¹⁰ Die Einführung einer erfolgreichen Marktwirtschaft sollte nach diesem Konzept gelingen und zum Wohlstand führen.

1.2. Fragestellung

In meiner Masterarbeit beschäftige ich mich mit der wirtschaftlichen Transformation der Slowakischen Republik im Zeitraum von 1993 bis 2006. Beide Jahre stellen eine zentrale Zäsur in der Transformationsgeschichte dieses Staats dar. Nach der Auflösung der föderalen Tschechoslowakei im Dezember 1992 konnte die Slowakische Republik zum ersten Mal eigene Entscheidungen über ihre Zukunft treffen. Viele erhofften sich vom ersten slowakischen

⁷ Die zwei am meisten bekannten und einflussreichsten waren der polnische Finanzminister Leszek Balcerowicz und der tschechoslowakische Finanzminister und spätere Präsident der Tschechischen Republik Václav Klaus.

⁸ Vgl. Anders Åslund, *How Capitalism Was Built. The Transformation of Central and Eastern Europe, Russia and Central Asia* (New York 2007), 31-34.

⁹ Eduardo Lora, *Washington Consensus*, In: *The Princeton Encyclopedia of the World Economy Vol. 2* (Princeton 2009), 1169-1173.

¹⁰ Vgl. Ivan T. Berend, *From the Soviet Bloc to the European Union. The Economic and Social Transformation of Central and Eastern Europe since 1973* (Cambridge 2009), 42.

Premierminister Vladimír Mečiar eine rasche Überwindung der herrschenden wirtschaftlichen Rezession und die Schaffung eines Wohlfahrtsstaates, der die Bedürfnisse von sozial Schwächeren berücksichtigen würde. Die ausländische Presse beobachtete dies mit Misstrauen und fürchtete den proklamierten „eigenständigen slowakischen Weg“ des umstrittenen Politikers.¹¹ 2006, als die zweite Regierungsperiode von Mikuláš Dzurinda zu Ende ging und dessen neoliberale Reformen eine Kluft in der Gesellschaft geschaffen hatten, wurde den meisten Slowaken¹² klar, dass der Wunsch nach Wohlstand für alle nur für wenige in Erfüllung ging. Hingegen wurde die Slowakei im Ausland gepriesen und dank der rasanten Verbesserung der makroökonomischen Kennzahlen ab 2002 als „Tatra Tiger“ bezeichnet.¹³

Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, den Wandel in der slowakischen Transformationsgeschichte von einem isolierten und im Ausland kritisch betrachtetem „Aschenputtel“¹⁴, hin zu einem ökonomischen „Tiger“¹⁵ aus der Perspektive der Wirtschaftspolitik nachzuzeichnen und zu erklären. Da diese Zuschreibungen aus dem Ausland stammen und über die Grenzen des Nationalstaates und dessen Wirtschaft hinausgehen, ist es für die Beantwortung dieser Fragestellung besonders nützlich, sich der Außenbetrachtung der slowakischen Wirtschaftstransformation zuzuwenden. Welche externen Akteure dominierten bei der Transformation in Ostmitteleuropa¹⁶ und konnten am meisten Einfluss auf die „*transition economies*“ ausüben? Laut dem schwedischen Wirtschaftswissenschaftler Anders Åslund waren es der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, die als führende „*policy-advising organizations*“¹⁷, welche die Standards und relevante Strategien festlegten,

¹¹ Siehe zum Beispiel den Artikel in der Zeitung The New York Times: Stephen Engelberg, In a New Slovakia, Fears Are Both New and Old, In: The New York Times 22.01.1993, online unter: <http://www.nytimes.com/1993/01/22/world/in-a-new-slovakia-fears-are-both-new-and-old.html> (02.06.2016).

¹² Im Sinne der Lesbarkeit habe ich auf die gendergerechte Schreibweise wie das Binnen-I oder Ähnliches verzichtet. Ich möchte jedoch explizit darauf hinweisen, dass die von mir gebrauchte männliche Form selbstverständlich immer auch die weibliche inkludiert. Dies gilt für die gesamte Arbeit und alle Begriffe, die nicht geschlechtsspezifisch ausgeschrieben werden.

¹³ Benannt nach dem größten Gebirge in der Nordslowakei, der Tatra, vgl. Matthew Reynolds, Once a Backwater, Slovakia Surges, In: The New York Times 28.12.2004, online unter: <http://www.nytimes.com/2004/12/28/business/worldbusiness/once-a-backwater-slovakia-surges.html> (02.06.2016).

¹⁴ In den deutsch- und englischsprachigen Medien wurde die Slowakische Republik mit dieser Bezeichnung tatsächlich titulierte: Ludmila Rakusan, Aschenputtel von der Donau, In: Finanz und Wirtschaft 15.04.2000, online unter: <http://www.fuw.ch/article/aschenputtel-von-der-donau/>; Slovakia still has the image of Central Europe's Cinderella state, In: The Irish Times 10.08.2000, online unter: <http://www.irishtimes.com/news/slovakia-still-has-the-image-of-central-europe-s-cinderella-state-1.301447> (beide besucht am 03.06.2016).

¹⁵ Hierzu gibt es sogar einen eigenständigen Eintrag bei der Investopedia: Tatra Tiger, In: Investopedia, online unter: <http://www.investopedia.com/terms/t/tatra-tiger.asp> (03.06.2016).

¹⁶ Der Begriff Ostmitteleuropa wird in dieser Arbeit kurzgefasst und bezeichnet Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn.

¹⁷ Åslund, How Capitalism, 300.

Regierungsberatungen durchführten und Ergebnisse von Wirtschaftsreformen evaluierten. Obwohl der IWF eine reine Finanzorganisation und die Weltbank eine Entwicklungsbank war, boten beide ein breites Angebot an Hilfestellungen für die Region an. In der ersten Phase von 1990 bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre und teilweise sogar darüber hinaus wurde den ostmittel- und osteuropäischen Ländern finanzielle Unterstützung in Form von Krediten zur Verfügung gestellt, die die verschuldeten Staaten zum wirtschaftlichen Aufschwung führen sollten und den Aufbau der Marktwirtschaft förderten.

Mit dieser Investition verschafften sie sich zugleich den Zugang zum wirtschaftspolitischen Diskurs, in dem sie durch Strukturanpassungsprogramme wirtschaftspolitische Richtlinien vorschrieben, die eingehalten werden sollten und einen möglichst schnellen Anschluss an die westeuropäischen Länder zu führen versprachen.¹⁸ Durch ihre Assistenz und Beratung der Regierungen in Ostmitteleuropa, die mit hohen Staatsausgaben, niedrigen Einnahmen und wachsender Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten, galten sie als Wegweiser aus der vorherrschenden Wirtschaftskrise. Eine Lösung verkündete das Programm des IWF, das in Anlehnung an Washington Consensus umfassende Liberalisierung, makroökonomische Stabilisierung, Privatisierung und institutionelle Reformen umfasste. Der Erfolg eines Staates in der Transformation wurde daran gemessen, wie erfolgreich man diese Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik berücksichtigt hatte, wie es David Lipton, der stellvertretende IWF-Direktor formulierte: „*The countries that most fully addressed all three of these challenges made the quickest and most complete progress.*“¹⁹ Generell bestand also die Annahme, dass durch einen besonders schnellen und intensiven Abbau der staatssozialistischer Strukturen das ökonomische Wachstum beschleunigt werde. Zusätzlich wurde ein Zusammenhang zwischen den strukturellen Reformen und der Demokratisierung hergestellt: „*Radical reform led to less overall decline in output and accordingly to greater economic welfare than partial reform. The countries that undertook the most radical and comprehensive structural reforms also implemented the most far-reaching institutional reforms. They were also the most democratic.*“²⁰

¹⁸ In der IWF-Ausdrucksprache hieß es „*the process of catching-up with the richer nations*“, wie es in dem Bericht über den Fortschritt in den Übergangswirtschaften aus 2000 auf der Webseite des IWF steht: Transition Economies: An IMF Perspective on Progress and Prospects, 03.11.2000, online unter: <https://www.imf.org/external/np/exr/ib/2000/110300.htm#> (04.06.2016).

¹⁹ James Roaf, Ruben Atoyan, Bikas Joshi, Krzysztof Krogulski and an IMF Staff Team, 25 Years of Transition. Post-Communist Europe and the IMF. Regional Economic Issues Special Report (International Monetary Fund, Washington 2014), V, online unter:

https://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2014/eur/eng/pdf/erei_sr_102414.pdf (04.06.2016).

²⁰ Åslund, How Capitalism, 74.

Das hier untersuchte Beispiel der Slowakei ist deswegen interessant, weil es aus diesem Rahmen zu fallen scheint und nicht alle Annahmen bestätigt. Während unter Vladimír Mečiar eine eigenwillige Wirtschaftsstrategie verfolgt wurde, die den IWF-Vorgaben nicht völlig entsprach, verzeichnete die slowakische Wirtschaft in der Periode 1994 bis 1996 ein signifikantes Wirtschaftswachstum. Allerdings gelang das Land international zunehmend in die Isolation, was sich 1997 manifestierte, als die Slowakei von der ersten Gruppe der geplanten EU-Beitrittskandidaten ausgeschlossen wurde.²¹ Nachdem Mikuláš Dzurinda 1998 das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, lud er die Vertreter vom IWF und der Weltbank in die Slowakei ein und bat um Ratschläge, um das Land für ausländische Investitionen zu öffnen und stärker in Westeuropa zu integrieren. Der EU-Beitritt von 2004 wurde von umfassenden Reformen in den Jahren 2003-2005 begleitet, wobei sich beide Ereignisse auf das ausländische Bild der Slowakei im Westen positiv auswirkten. Bei der Bevölkerung hingegen wuchs die Unzufriedenheit wegen sozialer Kürzungsmaßnahmen, die den Staatshaushalt entlasten sollten.

Der ausgewählte Zeitraum von 1993 bis 2006 bietet demnach die Möglichkeit, die Ansichten des IWF und der Weltbank in Bezug auf die Wirtschaftspolitik der Slowakischen Republik zu untersuchen. Zugleich soll die Frage gestellt werden, welchen Einfluss die beiden Finanzorganisationen auf die slowakische Transformation hatten, inwieweit sie in den einzelnen Regierungsperioden präsent waren und wie sie wahrgenommen wurden.

1.3. Forschungsstand

Der Transformationsprozess in Ostmitteleuropa wurde bereits wenige Jahre nach seinem Beginn zum Gegenstand von wissenschaftlichen Studien, die erste Einschätzungen über die Systemänderungen präsentierten.²² In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre folgten weitere Publikationen, die die Region differenzierter betrachteten und neben der Politik- und Wirtschaftsgeschichte auch gesellschaftliche Phänomene in Betracht zogen.²³ Der zunehmende

²¹ Die Europäische Kommission begründete dies mit der Nichterfüllung von politischen Bedingungen, vor allem wegen der „Instabilität von Slowakischen Institutionen, deren Verwurzelung im Politischen Leben und Mängel im Funktionieren der Demokratie.“, vgl. Agenda 2000 – Commission Opinion on Slovakia’s Application for Membership of the European Union (DOC/97/20, 15.Juli 1997), 104, online unter: http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/slovakia/sk-op_en.pdf (01.04.2016).

²² Siehe zum Beispiel: Judy Batt, East Central Europe from reform to transformation (London 1991) oder Wolfgang Reinicke, Building a new Europe: the challenge of system transformation and systemic reform (Washington 1992).

²³ Eine umfassende Behandlung der ersten Jahre mit Fokus auf die Entwicklungen in Polen und der Tschechoslowakei legte Jakob Juchler vor: Jakob Juchler, Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und

Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Transformation zeichnete sich spätestens mit der russischen Finanzkrise 1998 ab, deren Auswirkungen auch die ostmitteleuropäischen Wirtschaften betrafen. Seitdem sind mehrere Werke verfasst worden, die eine gründliche Analyse des Wirtschaftswandels unter Berücksichtigung von unterschiedlichen Zugängen anbieten.²⁴ Neuere Darstellungen, die die ganze osteuropäische Region in den Blick nehmen und sowohl politische, wirtschaftliche als auch gesellschaftliche Entwicklungen betrachten, sind nach wie vor rar.²⁵ Der Einfluss der neoliberalen Konzepte auf Ostmitteleuropa wurde erst in den letzten Jahren zum Thema von historischer Forschung, als sich die Abhängigkeit Ostmitteleuropas von westlichen Investitionen nach der Finanzkrise 2008/2009 zeigte.²⁶

Wenngleich es mittlerweile ein reichhaltiges Angebot an Überblicksdarstellungen zur Problematik des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in Ostmitteleuropa allgemein gibt, mangelt es an Fallstudien für die einzelnen Länder. Die Slowakische Republik scheint aus der Gruppe der Visegrád-Gruppe am wenigsten repräsentiert zu sein. Dies mag mit weniger Forschungen von slowakischen Historiker und Historikerinnen oder schwer erfassbaren Daten zu tun haben. Bezeichnenderweise deckt sich diese Lücke genau mit der Mečiar-Ära.²⁷ Bisher gibt es nur ein englischsprachiges Werk zur Geschichte der Slowakei nach 1993.²⁸ Die beste Studie im deutschsprachigen Raum, die auch die jüngste Zeit miteinbezieht und einen historischen Zugang bewährt, ist von Hannes Hofbauer und David X. Noack verfasst

gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993 Gesamtüberblick und Fallstudien (Zürich 1994). Eine weitere Studie, die allerdings auch den südosteuropäischen Raum einbezieht, stammt vom englischen Historiker Ben Fowkes: Ben Fowkes, *The Post-Communist Era. Change and Continuity in Eastern Europe* (London 1999). Für einen regionalen Zugang siehe: Heinz Fassmann (Hg.), *Die Rückkehr der Regionen. Beiträge zur regionalen Transformation Ostmitteleuropas* (Wien 1997).

²⁴ Zum Beispiel: Marie Lavigne, *The Economics of Transition. From Socialist Economy to Market Economy* (Basingstoke 2nd 1999). Einen guten Überblick gibt auch Ian Jeffries, *Eastern Europe at the Turn of the Twenty-first Century. A guide to the economies in transition* (London/New York 2002). Eine Analyse der Transformation in der ganzen Region des ehemaligen Ostblocks mit der Ausnahme von Südosteuropa befindet sich in: Åslund, *How Capitalism. Für eine grundlegende Monographie, die die Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik in Tschechien und Polen aufzeigt*, siehe: Mitchell A. Orenstein, *Out of the Red. Building Capitalism and Democracy in Postcommunist Europe (Development and Inequality in the Market Economy, Ann Arbor 2001).*

²⁵ Zu nennen ist das Werk vom ungarischen Historiker Ivan Berend, das einen Überblick über alle partizipierende Staaten gibt: Berend, *From Soviet Bloc. Wichtig ist auch die knappe Darstellung von Padraic Kenney: Padraic Kenney, The Burdens of Freedom. Eastern Europe since 1989* (London/New York 2006).

²⁶ Vgl. Paul Dragos Aligica, Anthony J. Evans, *The Neoliberal Revolution in Eastern Europe. Economic Ideas in the Transition from Communism (New Thinking in Political Economy, Cheltenham/Northampton 2009)* oder Ther, *Die neue Ordnung.*

²⁷ Es fällt auf, dass in einigen Fallstudien über die Ostmitteleuropa-Region die Slowakische Republik gar nicht präsent ist, zum Beispiel: Paul Marer, *Comparative Privatization and Restructuring in Hungary, Poland and Czech Republic, 1989-1995*, In: Ivan T. Berend (Ed.), *Long-Term Structural Changes in Transforming Central & Eastern Europe (The 1990s)*, (Südosteuropa Studien Bd.57, München 1997), 121-146.

²⁸ Dieses Werk ist mittlerweile 17 Jahre alt: Minton F. Goldman, *Slovakia since Independence. A Struggle for Democracy* (London 1999).

worden.²⁹ Eine allgemeine Abhandlung über den Transformationsprozess in der Slowakei liegt nur als Diplomarbeit vor.³⁰ Wissenschaftliche Analysen über die wirtschaftlichen Reformen im Zeitraum 1993-2006 sind dementsprechend rar.³¹

Wie bereits in der Einführung angedeutet, spielten beim politischen Geschehen in Ostmitteleuropa externe Akteure eine große Rolle. Dies scheint bereits eine historische Kontinuität darzustellen³², die sich nach 1989 verstärkte und im EU-Beitrittsprozess verkörperte. Der Einfluss der EU auf den Transformationsprozess von den ehemaligen Ostblockstaaten zeigte sich vor allem im politischen Bereich. Die umfassenden Kriterien, die die potentiellen Kandidaten erfüllen mussten, um in die Beitrittsgesprächsrunden eingeladen zu werden, zeugten von erheblicher Einwirkung der Union.³³ Besonders deutlich zeigte sich dies am slowakischen EU-Beitrittsprozess. Weil der slowakische Ministerpräsident Vladimír Mečiar auf die Warnungen aus Brüssel wegen undemokratischer Vorgehensweise nicht einging, sanktionierte die EU die Slowakei mit dem Ausschluss aus der ersten Runde der Beitrittskandidaten.³⁴ Vor allem nach der ersten und größten EU-Osterweiterung ist die Literatur zu diesem Thema angewachsen und bietet eine Themenvielfalt in Form von Sammelbänden.³⁵

Im Unterschied zur EU scheint die Rolle von westlichen Finanzinstitutionen im osteuropäischen Transformationsprozess nach 1989 ein Forschungsdesiderat zu sein. Wenngleich manche Autoren davon ausgehen, dass in Bezug auf die Frage des externen Einflusses die internationalen Finanzinstitutionen im Laufe der 1990er durch die EU verdrängt

²⁹ Hannes Hofbauer, David X. Noack, Slowakei. Der mühsame Weg nach Westen (Wien 2012).

³⁰ Beata Lukan, Transformationsprozess in der Slowakei (Dipl., Wien 2000). Dies heißt jedoch nicht, dass es keine Einzelstudien gäbe, vgl zum Beispiel: Mikael Olsson, Ownership Reform and Corporate Governance. The Slovak Privatization Process 1990-1996 (Acta Universitatis Upsaliensis, Uppsala Studies in Economic History 49, Uppsala 1999).

³¹ Eine Ausnahme bildet das Werk von Silvia Ručinská: Silvia Ručinská, Slowakische Wirtschaft – Wunder dank Reformen? Erfolge und Misserfolge des Transformationsprozesses (Hamburg 2010).

³² Andrew C. Janos, East Central Europe in the Modern World. The Politics of the Borderlands from Pre- to Postcommunism (Stanford 2000), 410f.

³³ Dies thematisieren zum Beispiel: Heather Grabbe, The EU's Transformative Power. Europeanization through Conditionality in Central and Eastern Europe (Basingstoke/New York 2006) oder Marianne Kneuer, Demokratisierung durch die EU. Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich (Wiesbaden 2006). Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Union selber werden analysiert in: Jan Zielonka, Europe as Empire. The Nature of the Enlarged European Union (Oxford/New York 2006).

³⁴ Die bei weitem umfassendste Darstellung der Wechselwirkungen zwischen der EU und der Slowakei stammt vom Simon Gruber: Simon Gruber, Wilder Osten oder Herz Europas? Die Slowakei als EU-Anwärterstaat in den 1990er-Jahren (Schriften zur politischen Kommunikation 7, Göttingen 2010).

³⁵ Unterschiedliche Ansätze befinden sich in: Schwarz, Suppan, Quo Vadis EU?. Für die wirtschaftlichen Aspekte des EU-Beitrittsprozesses der Slowakei siehe: Bruno S. Sergi, William T. Bagatelas (Ed.), The Slovak Economy and EU Membership (Bratislava 2004). Alle ostmitteleuropäischen Staaten werden in folgender Monographie behandelt: Hannes Hofbauer, EU-Osterweiterung. Historische Basis-ökonomische Triebkräfte-soziale Folgen (Wien 2007).

wurden³⁶, konnte Stuart Shields anhand einer Analyse von diesen „neoliberalen Institutionen“ zeigen, dass sie auch nach der Jahrtausendwende eine wichtige Rolle in dem Transformationsprozess einnahmen. Unterschiedliche Reformbereiche wurden unter einzelnen Organisationen verteilt, deren Berichte sich weitgehend gegenseitig stützten.³⁷ Trotzdem ist bisher nur eine Monographie mit wirtschaftsgeschichtlichen Charakter zur Beteiligung des IWF in dieser Region erschienen, die mittlerweile 15 Jahre zurückliegt.³⁸ Weitere Studien konzentrieren sich auf die Strukturanpassungsprogramme vom IWF und der Weltbank im globalen Rahmen und thematisieren deren Einflussnahme auf die Länderregierungen.³⁹ Außerdem ist eine Reihe von älteren Zeitschriftenaufsätzen vorhanden, die die finanzielle Unterstützung beider Institutionen im ostmitteleuropäischen Raum in den ersten Jahren nach der Wende kritisch behandeln.⁴⁰

Mit dieser Arbeit soll ein Beitrag zur slowakischen Transformationsgeschichte geleistet werden, die bisher nur als nationales Phänomen betrachtet wurde, in dem die jeweilige Regierung im Zentrum der Analyse stand. Jegliche externen Einflüsse wurden auf die der EU begrenzt. Wie aber gezeigt wird, kann die Miteinbeziehung von anderen einflussreichen internationalen Organisationen, wie des IWF und der Weltbank, zum besseren Verständnis des wirtschaftlichen Reformprozesses in der Slowakei beitragen. Deren Reformempfehlungen und Außenbeobachtungen, formierten nicht nur das internationale Image des Landes, sondern wirkten sich auch auf die Wirtschaftspolitik aus.

³⁶ Dies wird argumentiert zum Beispiel in: Milada Anna Vachudová, *Europe Undivided. Democracy, Leverage and Integration after Communism* (Oxford 2005).

³⁷ Stuart Shields belegt dies für Polen, es kann aber auch bei anderen ostmitteleuropäischen Staaten davon ausgegangen werden, vgl. Stuart Shields, *The International Political Economy of Transition. Neoliberal hegemony and Eastern Central Europe's transformation* (Ripe Series in Global Political Economy, London/New York 2012), 93.

³⁸ Randall W. Stone, *Lending Credibility. The International Monetary Fund and the Post-Communist Transition* (Princeton 2002). Detaillierter behandelt werden darin allerdings nur Polen, Russland, Bulgarien und die Ukraine.

³⁹ Alberto Paloni (Ed.), *The IMF, World Bank and Policy Reform* (Routledge Studies in Development Economics, London 2006); Gustav Ranis (Ed.), *Globalization and the Nation State: The Impact of the IMF and the World Bank* (Routledge Studies in the World Economy, London 2006).

⁴⁰ Salvatore Zecchini, *The Role of International Financial Institutions in Central and Eastern Europe*, In: *Journal of Comparative Economics* 20 (1995), 116-138. In derselben Ausgabe befinden sich auch Beiträge, die jeweils eine der Organisationen behandeln: Markus Rodlauer, *The Experience with IMF-Supported Reform Programs in Central and Eastern Europe*, In: Ebenda, 95-115., Christine I. Wallich, *What's Right and Wrong with World Bank Involvement in Eastern Europe*, In: Ebenda, 57-94.

1.4. Quellen und Methode

Als Hauptquelle für diese Arbeit dienen die vom IWF und der Weltbank verfassten Berichte über die Wirtschaftstransformation der Slowakei im Zeitraum von 1993 bis 2006. Diese sind größtenteils im Internet in den Onlinearchiven beider Organisationen zu finden.⁴¹ Vom IWF wurden folgende Dokumente herangezogen und ausgewertet: die wirtschaftlichen Neuentwicklungen (*Recent Economic Developments*), Mitarbeiterberichte (*Staff Reports*), Berichte über ausgewählte Themen (*Selected Issues Report*), IWF Arbeitspapiere (*IWF Working Papers*), öffentliche Bekanntmachungen (*Public Information Notice*), Erklärungen des verantwortlichen IWF-Direktors für die Slowakische Republik (*Statement of the Executive Director for the Slovak Republic*) und die Stellungnahmen der slowakischen Regierung (*Statement by the Authorities of the Slovak Republic*). Die Quellenauswahl von der Weltbank umfasst folgende Dokumente: Weltbank-Länderberichte (*World Bank Country Study*), Berichte und Empfehlungen der IBRD über zwei Hilfsanleihen (*Economic Recovery Loan* und *Enterprise and Financial Adjustment Loan*), forschungspolitische Arbeitspapiere (*Policy Research Working Paper*), Beurteilungen über die Lebensstandards (*A World Bank Living Standards Assessment*) und Memoranden der IBRD über eine Landesassistentzstrategie (*Memorandum on a Country Assistance Strategy*). Ergänzend werden auch die jährlichen Berichte von der slowakischen Nationalbank herangezogen.

In den bisherigen Studien über die Wirtschaftsgeschichte Ostmitteleuropas wurden diese Dokumente nur selten herangezogen. Die vorliegende Arbeit soll diese Lücke füllen und das Potential dieser Quellen für ein besseres Verständnis der slowakischen Transformation beleuchten. Vorgegangen wird dabei mittels einer kritischen Textanalyse. Zuerst wird die wirtschaftliche und politische Transformation in ihren historischen Kontext gesetzt. Im zweiten Schritt werden die (offenen oder verborgenen) Aussagen, Beurteilungen und Empfehlungen vom IWF und der Weltbank in Bezug auf die beschriebenen Themen und den allgemeinen Reformkurs der slowakischen Wirtschaftspolitik kritisch untersucht. Dabei gilt es, die semantische Textstruktur in den Quellen zu beachten, zwischen den Zeilen zu lesen und die neoliberale Rhetorik in der Ausdrucksweise von beiden Organisationen zu identifizieren. Soweit möglich, wird auf die Unterschiede zwischen dem IWF und der Weltbank zu den

⁴¹ Die Mehrheit dieser Quellen ist frei zugänglich. Das Weltbank-Archiv umfasst über 300 Dokumente, die im Zusammenhang mit der Slowakischen Republik veröffentlicht wurden: <http://documents.worldbank.org/curated/en/docsearch?query=slovak%20republic>. Der IWF-Archiv ist kleiner, mit ungefähr 150 Dokumenten: <http://www.imf.org/external/country/SVK/index.htm> (auf beide Webseiten wurde am 04.06.2016 zugegriffen).

einzelnen Wirtschaftsfragen eingegangen.

Der Begriff „Wirtschaftspolitik“ bezeichnet in dieser Arbeit die *„Gesamtheit aller Bestrebungen, Handlungen und Maßnahmen von staatlichen Institutionen, die mit der Absicht ergriffen werden, zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Ziele in einem Gebiet oder Bereich den Ablauf des Wirtschaftsgeschehens zu beeinflussen“*.⁴² Da allerdings dieses Feld sehr breit ist, wird der Fokus hauptsächlich auf diese Schlagworte gelegt: makroökonomische Stabilisierung, Privatisierung, die ausländischen Investitionen, Arbeitsmarkt und die Reformpolitik. Dies sind zugleich Leitbegriffe, die im Vordergrund der westlichen neoliberalen Lehre standen und deren Entwicklung als besonders wichtig für die Etablierung einer freien Marktwirtschaft eingestuft wurde.

1.5. Gliederung

Die Arbeit ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil wird die slowakische Transformation in einen breiteren globalen, einen regionalen und einen nationalen Kontext gestellt. In einem globalen Kontext werden die Beziehungen zwischen der Slowakei und dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der EU skizziert. Alle drei Organisationen übten einen großen Einfluss auf die Slowakei der 1990er Jahre aus und mit Ausnahme der EU sind deren Verflechtungen weitgehend unerforscht. Um ein besseres Bild vom Ostmitteleuropa in den 1990er Jahren zu bekommen, wird unter dem „regionalen Kontext“ ein Überblick über die wirtschaftlichen Reformen in drei Nachbarländern der Slowakei gegeben – Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik. Im Rahmen des „nationalen Kontexts“ werden zuerst die Umriss der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik wiedergegeben, die die Grundlagen für spätere Entwicklung und zugleich einen der Gründe für die Teilung der Republiken schuf. Anschließend wird die politische Geschichte der Slowakischen Republik nach 1993 behandelt. Die Ansichten der regierenden Parteien bestimmten die Durchführung von strukturellen Reformen⁴³ und zeugten von einer großen Verwobenheit von Politik und Wirtschaft.⁴⁴

⁴² Markus Fredebeul-Krein, Walter A.S.Koch, Margareta Kulesa, Agnes Sputeck, Grundlagen der Wirtschaftspolitik (4. vollständig überarbeitete Auflage, Konstanz/München 2014), 22.

⁴³ In erster Linie sind unter diesem Begriff die Privatisierung und die Umstrukturierung der Unternehmen gemeint.

⁴⁴ Als Beispiel sei die bunte Koalitionszusammensetzung nach den Parlamentswahlen in 1998 genannt, die sich wegen unterschiedlichen Meinungen auf keine Sozial- und Steuerreform einigen konnte.

Im zweiten Teil der Arbeit wird die slowakische Wirtschaftspolitik anhand von unterschiedlichen Berichten vom IWF und Weltbank untersucht. Im ersten Unterkapitel wird die Lage unmittelbar nach der Selbstständigkeitserklärung behandelt. Die Analyse fokussiert auf Themen, die im damaligen Reformdiskurs und den IWF- und Weltbank-Berichten eine bedeutende Rolle spielten: Welche makroökonomische Strategie ausgewählt werden soll, wie der Privatsektor am schnellsten wachsen kann und wie die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu lösen ist.

Als Gegenstand des zweiten Unterkapitels, das die Regierungsperiode von Vladimír Mečiar nachzeichnet, wird erstens die Problematik der finanzwirtschaftlichen Konsolidierung behandelt, denn diese bestimmte die Empfehlungen und Reformaufforderungen seitens beider Organisationen. Vor allem der IWF setzte sich für eine ausgewogene Balance zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben ein und formulierte Lösungen, wie die makroökonomische Stabilisierung erreicht werden sollte.

Ein zweiter Aspekt, der verstärkt in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in den Vordergrund gerückt ist, waren die strukturellen Reformen. Der Abbau von staatlichen Interventionen in der Wirtschaft sollte durch die Privatisierung von möglichst vielen staatlichen Unternehmen ermöglicht werden. Dementsprechend galt die Privatisierung als die wichtigste Garantie für den Aufbau einer freien Marktwirtschaft. Man erwartete dadurch nicht nur die Schaffung der Eigentümerkontrolle durch private Eigentümer, sondern auch eine Verbesserung der Effektivität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, deren Modernisierung und eine stärkere Kapitalbildung.⁴⁵ Bei diesen Prozessen sollte das ausländische Kapital eine wichtige Rolle spielen. Vor 1998 wollten jedoch die ausländischen Firmen nur in begrenztem Maße auf den slowakischen Markt.

Beunruhigt war man im Washington, wo die beiden Finanzorganisationen ihren Sitz hatten, auch über die Ausrichtung der slowakischen Außenwirtschaft, in der sich Mečiar zwischen „Ost und West“ positionierte und sich um Geschäfte mit der Russischen Föderation bemühte. Daher wird im letzten Teil des zweiten Unterkapitels der Außenhandel untersucht.

Die nächsten zwei Unterkapitel sind der Regierungsperiode von Mikuláš Dzurinda gewidmet, und behandeln jeweils zuerst die Situation im Staatshaushalt, dessen ausgewogene Balance für eine positive Begutachtung seitens der EU zentral war. Anschließend werden die Privatisierungen der Mehrheit von staatlichen Großunternehmen skizziert, durch die Dzurinda sein Renommee bei dem IWF und der Weltbank steigern konnte. Da sich die Weltbank abseits

⁴⁵ Vgl. Bela Galgoczi, Privatisierung in Mittel- und Osteuropa, In: Wolfgang Lecher, Uwe Optenhögel (Hg.), Wirtschaft, Gesellschaft und Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa (Köln 1995), 219-242, hier 221.

der Privatisierung gegen die Armutsbekämpfung einsetzte, möchte ich mich der Situation auf dem slowakischen Arbeitsmarkt widmen, da die Arbeitslosenquote seit 1993 nie unter 10 Prozent gesunken war und mit der neuen Regierung 1998 fast 20 Prozent erreichte. In seiner zweiten Amtszeit als Ministerpräsident der Slowakei war Mikuláš Dzurinda ein Vollstrecker von mehreren radikalen Reformen, die den EU-Beitritt der Slowakei begleiteten. Neben mehreren Sozialreformen stimmte die Regierung für eine Flat-Tax-Reform, die alle Steuerzahler gleichstellen sollte. Dass dem nicht so ganz war, wird in einem der Unterkapitel dargelegt. Diese Neuordnung machte die Slowakei bei ausländischen Firmen sehr beliebt. Die direkten Auslandsinvestitionen⁴⁶ in der Slowakei überholten die Werte aller anderen Visegrád-Staaten binnen kurzer Zeit und machten das Land zu einem führenden Automobilhersteller in Europa. Neben dieser Entwicklung wird noch kurz auf die Gesundheits- und Rentenreform der Dzurinda-Regierung und deren Behandlung in den Weltbank-Berichten eingegangen.

1.6. Thesen

In Bezug auf das hier behandelte Thema werden zwei Thesen aufgestellt. Die erste lautet, dass nicht nur die Nichterfüllung von demokratischen Kriterien unter Vladimír Mečiar zum Ausschluss der Slowakei aus der ersten EU-Beitrittsrunde führte, sondern auch die problematische Umsetzung von wirtschaftlichen Reformen eine Rolle in der Absage spielte. In den Maastricht-Kriterien von 1992 steht, dass die wirtschaftlichen Bedingungen eines Beitrittskandidaten erfüllt werden, wenn eine funktionsfähige Marktwirtschaft ausgebildet wird, die der westlichen Konkurrenz standhalten kann.⁴⁷ Ich argumentiere, dass die slowakische Marktwirtschaft zu diesem Zeitpunkt durchaus funktionsfähig war, allerdings nicht den Vorstellungen von IWF und Weltbank entsprach, vor allem im Bereich der Privatisierung und der Öffnung gegenüber den ausländischen Investitionen.

Die zweite These lässt sich aus der Entwicklung nach dem Regierungswechsel 1998 ableiten. Das rasche Aufholen gegenüber anderen Visegrád-Staaten und den EU-Konvergenzkriterien wurde durch die Implementierung von Wirtschaftsstrategien erreicht, die

⁴⁶ Die Foreign Direct Investments spielten im Wirtschaftswachstum der ostmitteleuropäischen Region eine wichtige Rolle und werden im letzten Teil der Arbeit näher behandelt.

⁴⁷ In dem Vertrag wird mehrmals „an open market economy with free competition“ angesprochen, vgl. Council of the European Communities, Commission of the European Communities, Treaty on European Union (Brussels 1992), online unter: http://europa.eu/eu-law/decision-making/treaties/pdf/treaty_on_european_union/treaty_on_european_union_en.pdf (08.06.2016).

von dem IWF und der Weltbank im Laufe der 1990er Jahre formuliert und empfohlen wurden. Trotz hohen Haushaltsdefizits, steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Armut wurde die Slowakei in den ausgehenden 2000er als „*one of the fastest growing EU accession countries*“⁴⁸ präsentiert. Dies lag einerseits am hohen Wirtschaftswachstum, andererseits an der Durchführung von strukturellen Reformen, auf denen der IWF und die Weltbank ihre Reformstrategie aufbauten. Eine umfassende Privatisierung durch ausländische Firmen und die Verbesserung des Unternehmensklimas führte zum Zufluss an ausländischem Kapital in Form von direkten Auslandsinvestitionen, die 2002 bis zu 18 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) ausmachten.⁴⁹ Ein wirtschaftlicher Aufschwung in diesem Maße wäre, so die These, ohne der aktiven Zusammenarbeit mit den IWF- und Weltbank-Beratern nicht möglich gewesen. Die Reformen der Ära Dzurinda, wie auch die gesamte slowakische Wirtschaftstransformation, lassen sich demnach nur unter Berücksichtigung der Beratungsrolle vom IWF und der Weltbank seit 1993 verstehen.

⁴⁸ Slovak Republic: 2003 Article IV Consultation (IMF Country Report No. 03/234, International Monetary Fund, Washington 2003), 4, online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03234.pdf> (29.11.2017).

⁴⁹ Vgl. The World Bank, Slovak Republic – Joining the EU. A Development Policy Review (A World Bank Country Study, Washington 2003), 7, online unter: <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/14629> (25.11.2017).

2. Der globale Kontext der slowakischen Transformation

2.1. Der IWF und die Slowakei

Der IWF wurde zum Ende des Zweiten Weltkriegs als Ergebnis der Konferenz in Bretton Woods in den USA gegründet. Das Novum lag in der Schaffung einer internationalen Währungsordnung, die Wechselkursbandbreiten einführt und nationale Währungen an den US-Dollar koppelt, der wiederum in einer festen Parität zum Gold stand. Die Institution des IWFs sollte die neue Währungsordnung überwachen und vermeiden, dass Mitgliedsländer durch die Abwertung von eigenen Währungen auf Kosten anderer Mitgliedstaaten Handelsvorteile zu erzielen versuchen. Die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik sollte vor allem durch stabile Wechselkurse gefördert werden. Mit der Förderung von währungspolitischer Zusammenarbeit sollte der IWF langfristig zum Wachstum des Welthandels beitragen.⁵⁰

Um diese Aufgaben durchführen zu können, benötigt der IWF eine Mittelausstattung, die aus den Mitgliedsbeiträgen zusammengestellt wird. Jedem Land wird eine bestimmte Quote zugeteilt, die unter Berücksichtigung von relevanten volkswirtschaftlichen Daten berechnet wird. Sie bestimmt im weiteren Verlauf den Mitgliedsbeitrag, das Stimmengewicht in der Organisation und der Umfang einer eventuellen Kreditvergabe.⁵¹ Wenn nämlich ein Mitgliedsstaat in Zahlungsbilanzschwierigkeiten gerät, kann er vom IWF eine Anleihe erhalten, um die finanziellen Ungleichgewichte unter Kontrolle zu bringen. Der erste Kreditanteil in der Höhe von 25 Prozent der Quote kann jederzeit automatisch geschöpft werden. Weitere finanzielle Unterstützung vom IWF zur Überwindung von Finanzdefiziten ist allerdings an behördliche Auflagen gebunden. Das Empfängerland verpflichtet sich dabei, die auferlegten Bedingungen zu akzeptieren, was als „Konditionalität“ bezeichnet wird. Begründet wurde die Konditionalität dadurch, dass eine „schlechte“ Wirtschaftspolitik des Schuldnerstaates die Rückvergütung des Kredites gefährden könnte. Wenn beispielsweise ein Mitgliedstaat seinen Währungskurs ohne der Zustimmung vom IWF modifizieren würde, könnte der Zugang zu künftigen Anleihen verwehrt und ein Ausschluss aus der Organisation in Frage kommen.⁵² Aus

⁵⁰ Vgl. Fredebeul-Krein, Koch, Kulesa, Sputeck, Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 416.

⁵¹ Vgl. Patrick Lenain, Medzinárodný menový fond (Paris 1995), 20f.

⁵² Vgl. Ebenda, 20.

diesem Grund werden die größeren Kredite in mehreren Tranchen vergeben. Durch die Konditionalität gibt der Staat also eine gewisse Souveränität auf, in dem er sich verpflichtet, solche Maßnahmen durchzuführen, die er selber nicht ergriffen hätte. Es handelt sich immer um wirtschaftspolitische Maßnahmen, die das Empfängerland ergreifen sollte, um das Zahlungsbilanzdefizit zu verringern. Diese beinhalten in der Regel eine restriktive Währungs- und Geldpolitik und eine strenge Aufsicht über die öffentlichen Ausgaben.⁵³

Im Laufe der Zeit wandelte sich die politische und weltwirtschaftliche Funktion vom IWF. Nach dem Zusammenbruch des fixen Währungssystems von Bretton Woods und der Einführung von flexiblen Wechselkursen begann sich der IWF auf die entstehende „Dritte Welt“ zu orientieren. Zusammen mit der Weltbank hatte er die Funktion, die wirtschaftliche Entwicklung in Entwicklungsländern voranzubringen. Trotz der in den Satzungen eingeschriebenen Verpflichtung zur politischen Neutralität, sprechen kritische Auffassungen über diese Organisationen von einer „*umfassenden Einmischung in die Politik der kreditnehmender Länder*“.⁵⁴ Dies zeige sich vor allem ab den 1980er Jahren, als von der internationalen Schuldenkrise mehrere Staaten Süd- und Lateinamerikas betroffen waren und das Weltfinanzsystem sich in den Grundlagen erschütterte. Die großangelegten Kreditpakete vom IWF und der Weltbank sollten die verschuldeten Wirtschaften stabilisieren und das ökonomische Wachstum anstoßen. Im Gegenzug für die Finanzhilfe wurde die Erfüllung von Strukturanpassungsprogrammen verlangt, die unabhängig von den spezifischen Länderkontexten angewandt wurden. Die Kritik der Darlehensprogramme fokussierte sich vor allem auf die sozialen Auswirkungen der harten makroökonomischen Strategien und strukturellen Reformen, die den IWF als einen „makroökonomischen Polizisten“ schilderten.⁵⁵

Die Palette der Kreditfazilitäten des IWF wurde immer breiter und orientierte sich auf die jeweilige wirtschaftliche Situation. So entstanden nach der Finanzkrise 2009 mindestens vier neue Kreditlinien als Instrumente für schnelle Finanzierung und zur Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen.⁵⁶ Eine Reihe von neuen Strukturanpassungsprogrammen wurde auch nach dem Fall des Kommunismus in den ostmitteleuropäischen Staaten vorgestellt, als deren Ökonomien hohe Instabilität und Inflation aufwiesen. Der Eintritt in den IWF gestaltete sich beinahe automatisch, da jeder unabhängige und souveräne Staat die Mitgliedschaft erhalten konnte. Ungarn konnte aufgrund von Wirtschaftsreformen und der Abschwächung der

⁵³ Vgl. Fredebeul-Krein, Koch, Kulesa, Sputek, Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 434.

⁵⁴ Daniela Setton, Jürgen Knirsch, Daniel Mittler, Alexis Passadakis, WTO-IWF-Weltbank. Die «Unheilige Dreifaltigkeit» in der Krise (Hamburg 2008), 12.

⁵⁵ Ebenda, 13.

⁵⁶ Vgl. Fredebeul-Krein, Koch, Kulesa, Sputek, Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 434.

Planwirtschaft bereits 1982 beitreten und Polen folgte vier Jahre später.⁵⁷ In der Tschechoslowakei war die Hinwendung zur Demokratie nach den Wahlen im Dezember 1989 ein Schlüsselereignis, welches eine Einbindung in die westlichen Strukturen ermöglichte. Spezifisch war der Fall der Tschechoslowakei auch deswegen, weil sie bereits in der ersten Eintrittswelle in 1945 eine Mitgliedschaft im Währungsfond erwarb, allerdings aus diesem auf Druck der Sowjetunion 1954 austrat.⁵⁸

Der Weg von den Ostblockstaaten in den IWF wurde auf der globalen Ebene als ein Entwicklungsprojekt dargestellt, in dem große finanzielle Unterstützung der maroden Wirtschaften zur Verfügung gestellt werden sollte. In der Tat war aber die Finanzhilfe vom IWF relativ begrenzt und regional ungleich verteilt. Der schwedische Wirtschaftswissenschaftler Anders Åslund errechnete, dass die Kreditanleihen von der Weltbank in den ehemaligen Ostblockstaaten im Zeitraum von 1991 bis 2000 insgesamt 19 Mrd. Dollar ausmachten. Der IWF trug mit 38 Mrd. Dollar von 1990 bis 1999 zur Stabilisierung der Wirtschaftskrisen in der Region bei, wovon allerdings ein Großteil in die Russische Föderation floss.⁵⁹ Ein zweiter Marshall Plan fand nach 1989 also nicht statt.

Jedoch wurde die Assistenzrolle der westlichen wirtschaftlichen Institutionen im Generellen nicht hinterfragt. 1992 beschloß die US-amerikanische Library of Congress: “(...) *the Western support will be extremely helpful, if not essential, if the Eastern European countries are to succeed in their transitions from centrally planned to market economies.*”⁶⁰ Bereits 1994 sah es allerdings in der Praxis anders aus. Nicht nur, dass die vorhergesehene finanzielle Unterstützung für die osteuropäischen Länder geringer als gedacht war. Zu diesem Zeitpunkt überschritten sogar deren Schuldentrückzahlungen die erhaltenen Kredite.⁶¹ Im späteren Verlauf des Transformationsprozesses spielten die beiden Bretton-Woods-Institutionen vor allem eine ideologische Rolle, indem sie Wirtschaftsstrategien erarbeiteten, deren Verfolgung zu einer erfolgreichen Marktwirtschaft führen sollte. Die Finanzspritzen waren vor allem unmittelbar nach dem Umbruch wichtig, als die Ineffizienz der Planwirtschaft deutlich wurde und eine Rezession als Folge von ersten radikalen Reformprogrammen in allen Staaten des ehemaligen Ostblocks herrschte. Nach der Jahrtausendwende gab es nur noch ab und zu einige Anleihen,

⁵⁷ Vgl. Lenain, *Medzinárodný menový fond*, 67.

⁵⁸ Siehe die chronologische Auflistung auf der Homepage vom IWF, heute liegt die Anzahl der Mitgliedsländer bei 189: <https://www.imf.org/external/np/sec/memdir/memdate.htm> (02.05.2016).

⁵⁹ Vgl. Åslund, *How Capitalism*, 286.

⁶⁰ Zitiert in: Harvey Saphiro, *Investment Needs and Financial Flows*, In: John P. Hardt, Richard F. Kaufman (Ed.), *East-Central European Economies in Transition* (Joint Economic Committee, Congress of the United States, Armonk/London/New York/England 1995), 259-271, hier 260.

⁶¹ Vgl. Åslund, *How Capitalism*, 298f.

die zur Unterstützung einzelner Projekte dienen.

Die Tschechoslowakei erneuerte ihre Mitgliedschaft im IWF am 20. September 1990, nachdem zwei IWF-Teams in Prag eine Abschätzung der wirtschaftlichen Lage durchgeführt hatten. In dem Abkommen verpflichtete man sich zur Kooperation mit den IWF-Organen und zur Verfolgung einer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die auf eine Förderung vom Wirtschaftswachstum und Preisstabilität abzielte.⁶² Dieses Abkommen legte zugleich fest, unter welchen Bedingungen ein Kredit aufgenommen werden darf. Unter Berücksichtigung von der damaligen Wirtschaftslage wurde die Anleihe mit dem Titel *Stand-By Arrangement* vereinbart, um die finanziellen Schwierigkeiten, die aus den Liberalisierungsreformen mündeten, besser zu überwinden. Eine *Stand-By*-Vereinbarung ist von allen IWF-Kredittypen am meisten verbreitet und wird auf zwei Jahre aufgeteilt. Neben der Geldmenge selbst wird sie von einem ökonomischen Programm begleitet, zu dessen Durchführung sich das Empfängerland verpflichtet. In der Tschechoslowakei fand die Einführung des Reformprogrammes im denselben Zeitraum statt, als die Anleihe bewilligt wurde. Der ambitionierte Plan umfasste eine strikte Geldpolitik, Abschaffung von Preissubventionen, Privatisierung und eine Liberalisierung des Innen- und Außenhandels.⁶³ Die Ankündigung und anschließende Durchführung des Reformpaketes stellte für das IWF-Beobachterteam einen ausreichenden Beweis dar, dass das Land den Kriterien des Washington Consensus folgen möchte. Der Kredit umfasste 1,8 Milliarden Dollar, die bisher höchste vergebene Anleihe im östlichen Europa. Aber nicht nur die hohe Summe war von Bedeutung, wie es die US-amerikanische New York Times anmerkten: *„The loan is important not only because of its size but also because it represents an international seal of approval of a country's economic policies, which thus unlocks loans from other organizations. Hundreds of millions of additional dollars are expected now to flow to Czechoslovakia from the European Community and the World Bank.“*⁶⁴ Eine ähnliche Sichtweise auf das *Stand-By Arrangement* hatte die damalige slowakische Politikerin und spätere Finanzministerin Brigita Schmögnerová, die an mehreren Besprechungen mit den IWF-Repräsentanten teilnahm. In einem Interview vom Juni 1994 gab sie zu, dass die Anleihe eine besondere Bedeutung nicht wegen ihrer Höhe besaß, sondern, weil *„durch deren*

⁶² Entnommen dem 4. Paragraph des Articles of Agreement of the International Monetary Fund, online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/aa/> (05.05.2016).

⁶³ Vgl. Bijan B. Aghevli, Eduardo Borensztein, Tessa van der Willigen, *Stabilization and Structural Reform in Czechoslovakia: An Assessment of the First Stage* (IMF Working Paper 92/2, Washington 1992), 8.

⁶⁴ Clyde H. Farnsworth, *Czechoslovakia Gets \$ 1.8 Billion I.M.F. Loan*, In: *The New York Times* 8. Januar 1991, online unter: <http://www.nytimes.com/1991/01/08/world/czechoslovakia-gets-1.8-billion-imf-loan.html> (10.05.2016).

*Zuerkennung des Vertrauens in die Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierung durch die bedeutendste Finanzinstitution der Welt*⁶⁵ ausgedrückt wird. Tatsächlich stieg man damit in den Augen von anderen, ähnlich gesinnten Wirtschaftsorganisationen auf, wie im nächsten Kapitel über die Weltbank noch geschildert wird.

Da aber die öffentlichen Finanzen durch die unmittelbare Wirtschaftsrezession, die im nächsten Kapitel noch näher beschrieben wird, besonders stark betroffen wurden, ersuchte man sich beim IWF bereits noch 1991 um einen weiteren Kredit. Die *Contingency and Compensatory Financing Facility* (CCFF) ist für Länder gedacht, die Defizite bei Exporten durchmachen oder aber Importprobleme haben. Um diese Anlage erhalten zu können, muss das Defizit temporär sein und von Faktoren entstanden sein, die von der Regierung nicht beeinflusst werden können. Außerdem muss eine Zahlungsbilanzlücke vorliegen und eine volle Kooperation an deren Lösung mit dem IWF gegeben sein. Im Fall der Tschechoslowakei war der Grund für die Anlage die Erhöhung der Öl- und Erdgaspreise als Folge des Zweiten Golfkrieges. Ähnliche Anlagen schlossen auch Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien ab.⁶⁶

Als die Entscheidung über die Trennung der Tschechoslowakei im Laufe des Jahres 1992 getroffen und die Stimmen von slowakischen Politikern nach einer souveränen eigenständigen Wirtschaftspolitik erhört wurden, wurden die Finanzmittel von den zwei Kreditanleihen auf die beiden Republiken verteilt. Am 1. Januar 1991 wurde die Slowakische Republik gegründet und zugleich ihre Mitgliedschaft im IWF bestätigt.

Die slowakische Wirtschaft befand sich nach der Scheidung in einer schwierigen Lage. Das slowakische Staatsbudget wies 1993 ein Defizit von 23 Milliarden Kronen auf, alle wirtschaftlichen Sektoren verzeichneten Rückgänge und die Nachfrage nach slowakischen Gütern auf den bisherigen Absatzmärkten war gering. Um den Schwierigkeiten mit der Zahlungsbilanz entgegenzusteuern, wurden bereits am Anfang des Jahres Gespräche mit dem IWF aufgenommen und die Bedingungen für ein Kredit verhandelt. Der Währungsfonds forderte eine Abwertung der neu eingeführten slowakischen Krone um 30 Prozent, die den Einkauf von slowakischen Unternehmen durch ausländische Investoren vereinfachen sollte. Die neue Regierung lehnte dies ab und ging dazu über, Finanzquellen bei ausländischen Privatbanken zu erschließen.⁶⁷

Der IWF schien bei weiterem Treffen nachzugeben und fand mit der Slowakei einen gemeinsamen Nenner in der Form eines anderen Kredits. Die neu geschaffene *Systemic*

⁶⁵ Brigita Schmögnerová, *Cúvanie napred* (Bratislava 1997), 127.

⁶⁶ Vgl. International Monetary Fund, *Annual Report 1991*. (Washington 1991), S.45.

⁶⁷ Zitiert in: Hofbauer, *EU-Osterweiterung*, 167.

Transformation Facility (STF) war für den Zweck der finanziellen Unterstützung in der Übergangsperiode von Plan- zur Marktwirtschaft gedacht. Im Unterschied zu den bisherigen Hilfsanleihen konnte die STF von Staaten erworben werden, die die üblichen Bedingungen für die Strukturanpassungsprogramme nicht erfüllten.⁶⁸ Das hieß, dass die hohe Inflation (über 25 Prozent), das negative Saldo im BIP (-4,1 Prozent) und alarmierende Werte bei anderen makroökonomischen Indikatoren keinen Hindernis für die Erteilung der Anlage darstellten. Die STF war eine Antwort des IWFs auf die wirtschaftliche Rezession, die die meisten ostmitteleuropäischen Staaten nach der Einführung von makroökonomischen Reformen erlebten. Man war sich zwar 1990 darüber einig, dass die neue wirtschaftliche Ordnung seinen Preis haben würde, nur hatte man diesen unterschätzt und in viel niedrigeren Zahlen erwartet. Als die anfängliche Euphorie über eine schnelle und schmerzfreie Transformation vorbei war, adaptierte der IWF sein Hilfsprogramm an diejenigen Länder, die Probleme bei makroökonomischer Stabilisierung hatten. Neben der Slowakei, die umgerechnet 90 Millionen Dollar erhielt, haben diese Anleihe auch Bulgarien und Rumänien in Anspruch genommen, allerdings in höheren Summen.⁶⁹

Im Gegenzug für die STF verlangte der IWF eine Abwertung der Slowakischen Krone um 10 Prozent, was verglichen mit den 30 Prozent am Anfang des Jahres durchaus akzeptabler war. Mečiar musste zusätzlich einer Erhöhung der Mehrwertsteuer und Einführung von Lohnregelungen zustimmen.⁷⁰ Weitere Maßnahmen wirkten sich negativ auf den Außenhandel aus, der insgesamt nach der Scheidung von Tschechien tiefe Einschnitte durchmachte und ein Handelsdefizit von 800 Millionen Dollar aufwies.⁷¹ Im Endeffekt war die fiskalische Verschärfung, die mit der STF einherging, nicht erfolgreich. Das Haushaltsdefizit sollte bei 6,7 Prozent des BIPs eingedämmt werden, wuchs trotzdem auf 7,5 Prozent.⁷²

Im nächsten Jahr verbesserte sich die Situation kaum und die slowakische Mečiar-Regierung sah sich gezwungen, erneut um eine Anleihe beim IWF zu bitten. Die Konditionen dafür lauteten: Kürzung der staatlichen sozialen Beihilfe um 40 Prozent, Anhebung des Männerpensionsalters von 60 auf 65 Jahre und eine Steigerung von Energiepreisen um 20 Prozent.⁷³ Das zweite Stand-By Arrangement wurde im Juli 1994 genehmigt, jedoch wurde von

⁶⁸ Vgl. Lenain, *Medzinárodný menový fond*, 88.

⁶⁹ Vgl. die Übersichtstabelle in: Aziz Ali Mohammed, *The Role of International Financial Institutions*, In: Hardt, Kaufman, *East-Central European Economies*, 191-204, hier 202.

⁷⁰ Vgl. Brigita Schmögnerová, *Kniha o vládnutí* (Bratislava 2016), 423.

⁷¹ Vgl. Národná banka Slovenska, *Annual Report 1993* (Bratislava 1993), 27, online unter: <http://www.nbs.sk/en/statistics/exchange-rates/en-kurzovy-listok/nbs-daily-exchange-rates> (10.05.2016).

⁷² Kemal Dervis, *Slovakia. Restructuring for Recovery* (The World Bank 1994), 12.

⁷³ Vgl. Hofbauer, Noack, *Slowakei*, 232.

den geplanten 169 Millionen Dollar nur ein Viertel in Anspruch genommen.⁷⁴ Dies wird in den Berichten der Institution interessanterweise nicht erklärt. Um es zu verstehen, muss die politische Situation im Lande kurz geschildert werden. Wie bereits erklärt, war Vladimír Mečiar nicht bereit, alle Bedingungen vom IWF ohne Einwände zu bejahen. Allerdings verlor er im Februar 1994 den Posten des Ministerpräsidenten an Jozef Moravčík, der aus der Koalitionspartei austritt und eine neue Partei, „Demokratische Union der Slowakei (DEÚS)“ gründete. Zwar war der Regierungswechsel nur kurzfristig, er unterschied sich aber in Richtung der Wirtschaftspolitik fundamental. Moravčík willigte den Bedingungen vom IWF bezüglich ein und unterzeichnete die 263 Millionen Dollar schwere Anleihe. Dafür erhielt das Land von der Organisation eine Anerkennung und wurde zur Entstaatlichung der Wirtschaft aufgefordert.⁷⁵ Die Veräußerung der Staatskonzerne wurde jedoch im Herbst 1994 wieder aufgehoben, da aus den Parlamentswahlen Vladimír Mečiar zum dritten Mal als Sieger herausging. Von seiner Wiederwahl waren auch die Beziehungen zu IWF betroffen. Als Mečiar die geplante Aufhebung des Pensionsalters widerrief und sich gegen weitere Kürzung der Sozialbeihilfe wehrte, stellte der IWF jegliche Kredite Richtung Slowakei ein.

In den kommenden Jahren nahm die Slowakei keine weiteren Kredite vom IWF in Anspruch, mit der offiziellen Begründung, dass sich die wirtschaftliche Situation dermaßen verbessert habe, dass weitere Anleihen nicht mehr notwendig seien.⁷⁶ Stattdessen ersuchte man sich Kredite von Institutionen, deren Anleihen nicht an die Erfüllung von makroökonomischen Strategien gebunden waren. Wie noch gezeigt wird, stimmten die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der dritten Mečiar-Regierung mit den vom IWF geforderten Bedingungen nicht überein, was sich in den Beziehungen zum Währungsfond abspiegelte. Denn wenn der Währungsfonds der vorgelegten Regierungserklärung nicht zustimmte oder wenn diese nicht befolgt wurde, beendete man die Verhandlungen ohne Ergebnis.⁷⁷

Die neue Regierung von Mikuláš Dzurinda deutete auf einen neuen Abschnitt in der

⁷⁴ Siehe die Beilage vom: Slovak Republic: 2001 Article IV Consultation, In: IMF Country Report No. 01/126 (International Monetary Fund, Washington 2001), 39, online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2001/cr01126.pdf> (20.11.2017). Der Betrag ist von den Sondererziehungsrechten (SDR) auf die US-Dollar zum damaligen Kurs umgerechnet worden. Die Umrechnung von den IWF-Zahlungsmitteln auf US Dollar wurde wegen besserer Anschaulichkeit vorgenommen, basierend auf dem historischen Währungskursrechner des IWFs für SDR, online unter: https://www.imf.org/external/np/fin/data/rms_sdrv.aspx (20.11.2017).

⁷⁵ Vgl. Goldman, Slovakia, 112.

⁷⁶ Vgl. das Memorandum über die Wirtschaftspolitik der Slowakischen Republik von 1994 im Volltext der Tageszeitung SME, online unter: <http://www.sme.sk/c/2120322/memorandum-o-hospodarskej-politike.html> (10.05.2016).

⁷⁷ Mehrere Besprechungen in den ersten Mečiar-Regierungen scheiterten diesbezüglich, vgl. Schmögnerová, Cúvanie, 36.

Zusammenarbeit mit dem IWF hin. Zu diesem Zeitpunkt konnte die Slowakei anderswo Kredite erwerben, die zu niedrigeren Zinssätzen als vom IWF vergeben wurden. Vielmehr als finanzielle Hilfe benötigte man eine fachliche Beratung, wie die einzelnen Reformen durchzuführen waren. Deswegen beschloss man, das Angebot vom IWF zur Teilnahme an einem *Staff Monitored Program* anzunehmen. Im Rahmen dessen erhielt das Land regelmäßig Besuche von IWF-Vertretern, die über verschiedene Wirtschaftsthemen diskutierten und die durchzuführenden Reformen „überwachten“. ⁷⁸ Die Zusammenarbeit war recht intensiv. Allein in 15 Monaten zwischen 1999 und 2000 besuchten die Slowakei 5 IWF-Missionen und es fanden 9 Sitzungen mit dem Weltbank-Team statt. Außerdem erhielt das Land technische Assistenz: Von ausländischen Finanzspezialisten wurden Bildungskurse veranstaltet und detaillierte Berichte über die Wirtschaftsentwicklung verfasst, die im dritten Kapitel näher analysiert werden.

2.2. Die Weltbank und die Slowakei

Die Weltbank wurde als Sonderorganisation zusammen mit dem IWF in den USA gegründet und nahm ihre Tätigkeit im Juni 1946 auf. Ihren Beitrag zur Weltwirtschaft leistet sie durch Aufnahme vom Geld zu günstigen Bedingungen auf den Kapitalmärkten und dessen Weitervergabe an die Kreditnehmer. ⁷⁹ Im Unterschied zum IWF ist die Weltbank in erster Linie eine Entwicklungsbank, die als solche Finanzmittel für langfristige Entwicklungsprojekte bereitstellt. Wenngleich die Weltbank als eine Organisation genannt wird, besteht sie eigentlich aus 5 Institutionen, die jeweils eigene Rechtspersönlichkeit besitzen: der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Internationalen Finanz-Corporation (IFC), der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) und dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID). Alle haben ihren Sitz in Washington und fokussieren sich auf unterschiedliche Problembereiche, vor allem aber auf die Bekämpfung der Armut in Entwicklungsländern. Die Unterstützung findet nicht nur durch die Gewährung von Finanzkrediten statt, sondern auch durch technische Hilfe und Beratung.

Wie beim IWF ist die Tschechoslowakei ab 1945 auch ein Mitglied der Weltbank

⁷⁸ Der IWF musste der Regierungserklärung hinsichtlich ihrer Wirtschaftspolitik zuerst zustimmen, danach erarbeitete er eigene Empfehlungen, die gerne umgesetzt gesehen würden. Inhaltlich lehnte sich der IWF an die neoliberale Ideologie aus dem Washington Consensus an, vgl. Schmögnerová, Kniha, 430-432.

⁷⁹ Vgl. Fredebeul-Krein, Koch, Kulesa, Sputek, Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 413.

gewesen. Der Ausschluss vom IWF in 1950ern wurde mit der Kündigung der Mitgliedschaft in dessen Schwesterorganisation begleitet, unter anderem auch deswegen, weil zunehmende Einschränkungen über die Informationsvermittlung und Konsultationen mit beiden Institutionen eine effektive Zusammenarbeit im Bereich der Währungspolitik verhinderten.⁸⁰ Nach der Samtenen Revolution stand der Wiedereingliederung der Tschechoslowakei in die Weltbank nichts im Wege. Parallel mit der Einführung des umfassenden Reformprogramms wurde die Tschechoslowakei 1991 bei der Weltbank um finanzielle Hilfe vorstellig. Im Unterschied zum IWF lag der Weltbank-Fokus mehr auf den strukturellen Reformen. Als Folge der Preis- und Handelsliberalisierung wurden Geldmittel benötigt, um die Konkurrenzfähigkeit und das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln. In dieser ersten Phase der Transformation wurde seitens der Weltbank der *Structural Adjustment Loan* (SAL) in Höhe von 450 Millionen Dollar als Mittel zur Unterstützung einer „*raschen tschechoslowakischen Transformation zur Marktwirtschaft*“ beschlossen.⁸¹ Dementsprechend war der Umfang von Zielgebieten breit angelegt und reichte von Umstrukturierung der Privatunternehmen, durch Schaffung eines geeigneten Systems der Sozialleistungen bis zur Stärkung des Finanzsektors. Nach der Trennung beider Republiken wurden die Gelder im Verhältnis 2:1 aufgeteilt.

Die Slowakische Republik erhielt die Mitgliedschaft in der Weltbank-Gruppe zum 1. Januar 1993 und bald darauf begannen erste bilaterale Verhandlungen über mögliche Kredithilfen. Diese liefen zuerst reibungslos ab. Die Telekommunikationsanleihe im Umfang von 55 Millionen Dollar, die die Förderung vom einheimischem und internationalem Fernnetz zum Ziel hatte, wurde im Mai 1993 genehmigt und von EBRD und EIB mitfinanziert. Über einen zweiten wichtigen Zuschuss wurde im November entschieden. Hinter der Bezeichnung *Economic Recovery Loan* (ERL) verbarg sich ein 80 Millionen Dollar schwerer Kredit, der einen wirtschaftlichen Aufschwung für das Land versprach.⁸² Zu diesem Zeitpunkt erreichten nämlich die makroökonomischen Indikatoren der Slowakei einen neuen Tiefpunkt. Die

⁸⁰ Vgl. Jim Prust and an IMF Staff Team, *The Czech and Slovak Federal Republic. An Economy in Transition* (Washington 1990), 2.

⁸¹ Report and Recommendation of the President of the International Bank for Reconstruction and Development to the Executive Directors on a Proposed Structural Adjustment Loan in an Amount Equivalent to US\$ 450 Million to the Czech and Slovak Federal Republic (Report No.P-5583-CZ, The World Bank, June 7 1991), i, online unter: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDS/IB/1991/06/07/000009265_3961001094359/Rendered/PDF/multi0page.pdf (17.06.2016).

⁸² Vgl. Report and Recommendation of the President of the International Bank for Reconstruction and Development to the Executive Directors on a Proposed Economic Recovery Loan in Amount Equivalent to US\$80 Million to Slovak Republic (Report No.P-6166-SK, The World Bank 1993), 11, online unter: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDS/IB/1993/11/05/000009265_3961005114101/Rendered/INDEX/multi0page.txt (20.05.2016).

Inflation stieg auf 25 Prozent, die staatlichen Investitionen verzeichneten einen 30-prozentigen Einbruch und der Auslandshandel ging als Folge der tschechoslowakischen Trennung um ein Fünftel zurück.⁸³ Als Antwort darauf stellte die Weltbank eine „Assistenzstrategie“ vor, die die Zahlungsbilanzprobleme einerseits und Entwicklung des Privatsektors andererseits adressieren sollte. Sobald der erstere Bereich ins Gleichgewicht gebracht werde, so der Weltbank-Bericht, könne man mehrere Investitionsprojekte fördern, die auf die Entfernung von „Engpässen“ zur Entwicklung des Privatsektors abzielten.⁸⁴ Als solche wurden die slowakischen Banken betrachtet, die die entstehenden Privatunternehmen finanzieren sollten. Ein Dorn im Auge waren in erster Linie die schwache Bankenaufsicht und Regierungsführung in dem boomenden Bankensektor. Seit 1990 erhöhte sich die Bankenanzahl von 2 auf 16, davon wurden neun Auslandsbanken gegründet.

Die anstehende Reform des Bankwesens, wie von beiden Bretton-Woods-Institutionen als unabdingbar betrachtet wurde, sollte als Ausgangsbasis für weitere strukturelle Reformen dienen. Die Entwicklung des Privatsektors sei nur dann möglich, wenn sich der Staat aus der Wirtschaft zurückziehe und seine Aktivitäten „rationalisiert“ würden.⁸⁵ In der Weltbank-Rhetorik hieß dies, dass diese dermaßen beschränkt würden, so dass sie keinen großen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen hätten. Dass sich die erste slowakische Regierung an dieser Idee nicht besonders erfreute, scheint verständlich.

Die ERL-Anleihe sollte eine Kontinuität mit dem laufenden Reformprogramm gewährleisten und zugleich ein Zeichen von internationaler Unterstützung des slowakischen Anpassungsprogramms sein. Wie in der Begutachtung für den „Aufschwungskredit“ ausgeführt wird, sei dieser nur deswegen möglich, weil ein „befriedigender makroökonomischer Rahmen in Form von einem vereinbarten Programm mit dem IWF“⁸⁶ vorhanden sei. Darin wird nicht nur die nahe liegende Kooperation zwischen den beiden Bretton-Woods-Institutionen veranschaulicht, sondern auch die Bedeutung von deren Zustimmung über einen Hilfskredit. Eine Anerkennung der nationalen wirtschaftspolitischen Reformstrategie durch den IWF und die Weltbank diene als ein Siegel in der internationalen Gemeinschaft und war dementsprechend wichtig für die Außendarstellung der Slowakei.

Wie alle Kredite der Weltbank, war auch der ERL an Verpflichtungen für weitere Handlungen gebunden. Ausgehend von dem „*Letter of Development Policy*“, in dem die

⁸³ Vgl. Národná Banka Slovenska, Annual Report 1993, 23-25.

⁸⁴ Report (1993), 9.

⁸⁵ Ebenda, 8.

⁸⁶ Ebenda, 37. Mit dem „Programm“ ist die Systemic Transformation Facility gemeint, die 1993 genehmigt wurde.

slowakische Regierung ihr geplantes Reformprogramm darlegte und dessen Genehmigung einer der Bedingungen für die Erteilung der Anleihe war, formulierte das Weltbank-Team seine Empfehlungen. Die sogenannte „Policy Matrix“ erhielt eine Reihe von Zielen und Maßnahmen, die durchgeführt werden sollten, damit eine weitere Unterstützung in Frage käme.⁸⁷ Bereits 1994 zeigte sich, dass die Slowakei diese Empfehlungen nicht bedingungslos wahrnahm. Als die geplante zweite Welle von Couponprivatisierung verschoben und 1995 vollständig aufgehoben wurde,⁸⁸ interpretierte es die Weltbank-Gruppe als ein Versagen an der „Regierungsverpflichtung hinsichtlich kontinuierlicher und strenger Umsetzung des Reformprogrammes“⁸⁹ und bewertete die Zusammenarbeit mit der Slowakei lediglich als „teilweise zufriedenstellend“⁹⁰. Zudem gab Mečiar klare Anzeichen dafür, dass er sich mit der Reform des Finanzsektors, und somit mit dem Bankwesen, vorerst nicht beschäftigen werde.⁹¹ Auch deswegen sah man in den nächsten Jahren von einer weiteren Zusammenarbeit ab, obwohl Pläne für weitere Anleihen schriftlich ausgearbeitet waren.⁹² Als Grund für die Einstellung von weiteren Finanzanleihen wurde die Aufschiebung von strukturellen Reformen unter der Mečiar-Regierung angeführt und der Zeitraum von 1994 bis 1998 als eine „*period of low-level engagement*“⁹³ bezeichnet.

Ein Neustart der Beziehungen mit der Weltbank begann nach dem Regierungswechsel im September 1998. Angesichts der Bestrebungen zur Einladung zu den EU-Beitrittsverhandlungen wandte man sich an das Weltbank-Team mit der Bitte um technische Assistenz bei der Durchführung von Neuregelungen im Finanz- und Unternehmenssektor. Besonderer Wert wurde auf das neue Anti-Korruptionsprogramm gelegt, das die Vorwürfe gegen die Privatisierungspraktiken der vorigen Regierung untersuchen sollte. Stärker konzentrierten sich die in der Slowakei tätigen Weltbank-Teams auch auf die Entwicklungen im Sozialsektor und legten 2001 eine umfassende Studie über die Lebensstandards,

⁸⁷ Der Maßnahmenplan ist in neun Teile unterteilt und adressiert die ganze Wirtschaft, vgl. Report (1993), 55-61.

⁸⁸ Vgl. Goldman, Slovakia, 98.

⁸⁹ Report (1993), 13.

⁹⁰ Implementation Completion Report, Slovak Republic. Economic Recovery Loan (Report No. 15632, The World Bank, May 16 1996), iv, online unter: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1996/05/16/000009265_3961214135408/Rendered/PDF/multi0page.pdf (20.06.2016).

⁹¹ Vgl. Schmögnerová, Kniha, 425f.

⁹² Im Anschluss an die Stand-by-Anleihe vom IWF sollte die Weltbank weitere Anpassungsprogramme anbieten. Vgl. Report (1993), 13.

⁹³ Siehe hierzu die Kurzbeschreibung der Beziehungen zwischen der Weltbank und der Slowakei auf der Homepage der Weltbank: <http://web.worldbank.org/archive/website00978/WEB/OTHER/6A38AAB8.HTM?OpenDocument> (17.06.2016).

Beschäftigung und Arbeitsmarkt vor.⁹⁴ Eine derartig breite Unterstützung war aber nicht umsonst. Die slowakische Regierung musste sich zu einem Kredit mit dem Titel EFSAL (*Enterprise and Financial Sector Adjustment Loan*) verpflichten, mit dem beispielsweise das slowakische Finanzministerium nicht einverstanden gewesen war.⁹⁵ Die Ausgangsbasis für die Anleihe stellte die „Landesassistenstrategie“ dar, die ebenfalls 2001 erarbeitet wurde. Die größte Anleihe seit 1993 in Höhe von etwa 200 Millionen Euro hatte die Aufgabe, die Slowakei zurück an den „Weg zu einer raschen und dauerhaften Konvergenz mit ihren westeuropäischen Nachbarn“⁹⁶ zu bringen. Das klare Ziel des Kredits war die Privatisierung der drei größten staatlichen Banken und die Umstrukturierung des gesamten Bankensystems. Daraus erhoffte man sich einen Zufluss von ausländischen Investitionen, die wiederum zur Erhöhung der Beschäftigungsquote und Produktion im Allgemeinen beitragen sollten.

Neben den vielversprechenden Vorteilen des Programmes wurde aber auch eine Reihe von Risiken festgestellt. Die breite Koalitionszusammensetzung der damaligen Regierung könne die „politischen Kosten“ der anstehenden Reformen nicht tragen wollen und deren Durchsetzung angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit rückgängig machen.⁹⁷ Diese Befürchtungen erwiesen sich aber als unbegründet, als Mikuláš Dzurinda nach den Wahlen 2002 den Ministerpräsidentenposten wiedererhielt. Im Vergleich zur letzteren Anleihe in den 1990ern konnte diesmal das Weltbank-Team die Evaluierung des Projekts mit „sehr zufriedenstellend“ einschätzen, wobei als Schlüsselfaktor der „Reformwille“ der slowakischen Regierung hervorgehoben wurde.⁹⁸

⁹⁴ Slovak Republic. Living Standards, Employment and Labor Market Study (Report No. 22351-SK, The World Bank, August 9 2001), online unter: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2001/09/28/000094946_01092004005284/Rendered/PDF/multi0page.pdf (20.06.2016).

⁹⁵ Die damalige Finanzministerin Brigita Schmögnerová schreibt, dass sie sich gegen weitere Anleihen wehrte, weil die damalige Staatsverschuldung ohnehin sehr hoch war. Im Zeitraum von 1993-2000 zahlte man lediglich an Zinsen an die Weltbank mehr als 100 Millionen Dollar. Allerdings war der EFSAL an die fachliche Assistenz gebunden und hatte volle Unterstützung von Ivan Mikloš, dem damaligen Wirtschaftsminister, vgl. Schmögnerová, *Kniha*, 445-447.

⁹⁶ Report and Recommendation of the President of the International Bank for Reconstruction and Development to the Executive Directors on an Enterprise and Financial Sector Adjustment Loan in the Amount of Euro 200 Million to the Slovak Republic (Report No. P7459-SK, The World Bank, July 2 2001), 26, online unter: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2001/07/27/000094946_01071404015171/Rendered/PDF/multi0page.pdf (20.06.2016).

⁹⁷ Vgl. Ebenda, 28f.

⁹⁸ Implementation Completion Report on a Loan in the Amount of Euro 200 Million to the Slovak Republic for an Enterprise and Financial Sector Adjustment Loan (Report No. 31073, The World Bank, December 30 2004), 19, online unter: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2005/02/16/000112742_20050216101003/Rendered/PDF/310730SK.pdf (20.06.2016).

Abseits von EFSAL gab es bis 2006 nur noch kleinere Projekte, bei denen die Finanzhilfe von der Weltbank in Anspruch genommen wurde. Diese richteten sich vor allem auf die Bekämpfung der Armut in den östlichen Regionen des Landes.⁹⁹ Gefördert wurden das soziale Sicherheitsnetz und eine Modernisierung des Gesundheitssektors. Neben diesen Aktivitäten assistierte die Weltbank bei den Vorbereitungen auf den EU-Beitritt, indem mehrere Studien die Auswirkungen des Beitritts thematisierten. Die Erklärung der Weltbank im Jahr 2008, der zufolge die Slowakei nicht länger berechtigt war, Weltbank-Kredite auszuschöpfen, wurde als ein wichtiger Meilenstein angesehen. Denn dies bedeutete, dass die Organisation die Slowakei als eine „hochentwickelte Volkswirtschaft“¹⁰⁰ betrachtete, die keinen Anspruch auf die Entwicklungsgelder hatte.

2.3. Die Slowakei auf dem Weg in die EU

Die Beziehungen zwischen der Slowakei und der EU sind aus zwei Gründen für den slowakischen Transformationsprozess wichtig. Zum einen, weil der bereits nach der Wende formulierter Wunsch, nach Europa zurückzukehren, im eigentlichen Sinne eine Mitgliedschaft in der EU bedeutete und die Anpassung an deren politische, institutionelle und wirtschaftliche Standards voraussetzte. In diesem Sinne gab es einen „*consensus of destination*“¹⁰¹ der verhalf, einen Konsensus über die benötigten Reformen zu formieren und deren anschließende Durchsetzung erleichterte. Zum anderen gilt der Beitrittsprozess der Slowakei als Paradebeispiel von externem Einfluss in Ostmitteleuropa nach dem Zerfall des Ostblocks und zeigt, welche Rolle die Konditionalität der EU bei den Beitrittsvorbereitungen einnimmt.

Das großangelegte Projekt der Osterweiterung der EU wurde bald nach den demokratischen Wahlen in den ostmitteleuropäischen Staaten überlegt und fand positiven Widerhall auf beiden Seiten. Einerseits erhoffte man sich eine größere Integration auf dem Kontinent, andererseits neue Absatzmärkte für die Exporte und für Investitionen. Da man in der Region nach dem Systemwechsel mit dem Aufbau von neuen Wirtschaftsstrukturen begann, bot die Osterweiterung eine Möglichkeit für die westeuropäischen Länder, an diesem Prozess

⁹⁹ Eine besondere Aufmerksamkeit galt der Roma-Minderheit, vgl. die Studie: Poverty and Welfare of Roma in the Slovak Republic (April 2002, The World Bank, Foundation S.P.A.C.E., Ineko, The Open Society Institute), online unter: <http://siteresources.worldbank.org/EXTROMA/Resources/povertyinslovak.pdf> (20.06.2016).

¹⁰⁰ Ručinská, 116.

¹⁰¹ Joachim Ahrens, Governance and Economic Development. A Comparative Institutional Approach (New Thinking in Political Economy, Cheltenham/Northampton 2002), 298-318.

mit Knowhow und Finanzen zu partizipieren. Als Vorteile einer EU-Mitgliedschaft wurden in erster Linie breitere Handelsmöglichkeiten und der volle Zugang zu den Märkten anderer europäischer Staaten gesehen, aber auch die Einsetzung von modernen Technologien und die Nutzung von Eurofonds, etwa zur Modernisierung von innerer Infrastruktur und Durchsetzung landesweiter Projekte.

Zur selben Zeit als 1991 in Maastricht die ersten Beitrittskriterien vom Europäischen Rat entworfen wurden, unterzeichnete die EU die Assoziierungsabkommen mit der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn. Dank der Verträge wurde der Handel mit den westeuropäischen Staaten liberalisiert und gab den Ländern die Möglichkeit, auf neuen Absatzmärkten ihre Waren zu verkaufen. Jedoch diktierte bereits hier die EU ihre Bedingungen. Angesichts der niedrigen Preise von Stahlerzeugnissen, Textilien und Landwirtschaftsprodukten, die in den ostmitteleuropäischen Ländern in erster Linie produziert wurden, wurden für diese Produkte Restriktionen und Sonderregelungen geschaffen, die sie vom EU-Markt fernhalten sollten. In dem Europa-Abkommen, das 1993 in Bratislava unterschrieben wurde, wurde eine siebenjährige Übergangsfrist für slowakische Textilprodukte bestimmt, bis der Import dieser Waren in die EU völlig zollfrei erfolgen sollte.¹⁰² Unterzeichnet hatte man aber dennoch, denn dafür war das Versprechen auf eine künftige Integration in die Union zu verlockend.

Wenngleich der Bereich des Außenhandels einen gewissen Protektionismus seitens der EU aufwies, legte die Union viel Gewicht auf die Unterstützung der ehemaligen Ostblockstaaten vor deren eigentlichem Eintritt. Um den Verwaltungsapparat und die regionale Infrastruktur in den ostmitteleuropäischen Ländern aufzubauen, schuf die europäische Gemeinschaft bereits 1989 das Hilfsprogramm mit dem Namen „PHARE“, das ursprünglich lediglich für Polen und Ungarn¹⁰³ gedacht war, allerdings später auch auf andere ostmitteleuropäische Staaten ausgeweitet wurde. Das anfängliche Anliegen bestand darin, den Privatsektor zu stärken, regionale Unterschiede abzubauen und den Gemeinschaftsstandard durch Investitionen in verschiedene Bereiche zu erhöhen. Die Finanzhilfe durch PHARE war nicht zu unterschätzen. In den Jahren 1990 bis 1996 erhielt die Slowakei über 200 Millionen Dollar.¹⁰⁴ Zum späteren Zeitpunkt orientierte sich das Programm an der Schaffung von institutionellen Rahmenbedingungen für den EU-Beitritt.

¹⁰² Vgl. Hofbauer, EU-Osterweiterung, 69.

¹⁰³ Die Abkürzung steht für Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies.

¹⁰⁴ Vgl. Europäisches Parlament, Themenpapier N.33. Das Phare-Programm und die Erweiterung der Europäischen Union (Luxemburg 1998), 16, online unter: http://www.europarl.europa.eu/enlargement/briefings/pdf/33a1_de.pdf (11.06.2016).

Die genauen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen für den EU-Beitritt formulierte man im Juni 1993, als Ergebnis der Ratsversammlung in Kopenhagen. Zusammengefasst wurden sie unter drei Bereichen. Die politischen Kriterien, die eine institutionelle Stabilität als Garantie für eine Demokratie und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten voraussetzten. Die wirtschaftlichen Bedingungen waren etwas unklar formuliert, weil nicht genau erläutert wurde, wie eine „*etablierte und funktionsfähige Marktwirtschaft*“ aussehen soll. Zusätzlich wurde hier gefordert, dass die jeweilige Wirtschaft die Fähigkeit besäße, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten. Was genau eine Marktwirtschaft ausmacht, ist in dem Dokument nicht definiert worden. Die Übernahme des EU-Gesetzeswerkes, des sogenannten *acquis communautaire* und somit aller aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen, rundete das Bündel von Kriterien ab.¹⁰⁵

Seit dem Kopenhagen-Treffen war die Frage der EU-Osterweiterung nicht mehr ein „ob“, sondern ein „wann“. Ab 1994 stellten die zukünftigen Beitrittskandidaten in Brüssel Anträge auf eine Mitgliedschaft. Den slowakischen Antrag reichte der Ministerpräsident Vladimír Mečiar am 27. Juni 1995 ein. Mečiar, der sich seit 1990 auf der politischen Bühne der Slowakei befand, war zu dieser Zeit bereits bei der EU-Kommission mit besonderem Misstrauen betrachtet worden, weil er deren Vorgaben nicht als einen alternativlosen Weg zu EU-Integration ansah. Er ging davon aus, dass die Slowakei als ein gleichwertiger Partner behandelt werden sollte.¹⁰⁶ Wie es sich zeigen sollte, legte die Kommission besonders Wert auf die Erfüllung von politischen Kriterien als Voraussetzung zur Eröffnung der Beitrittsgespräche. Deswegen wurde in Brüssel den innenpolitischen Wendungen in der Slowakei besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Das erste heikle Thema war die slowakische Minderheitenproblematik, vor allem die Situation der ungarischen Minderheit in der Slowakei. Die Konflikte der Slowaken mit den Ungarn hatten tiefe historische Wurzeln.¹⁰⁷ Die EU-Abgeordneten äußerten sich mit Zurückhaltung gegenüber der „ungarischen Frage“ bei ihren

¹⁰⁵ Vgl. die Zusammenfassung von den Kopenhagener Kriterien auf der Webseite des EU-Rechts:

http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/accesion_criteria_copenhagen.html?locale=de (12.06.2016).

¹⁰⁶ Dies betonte der slowakische Finanzminister Sergej Kozlík in seinem Konferenzbeitrag zur slowakischen Integrationspolitik, vgl. Sergej Kozlík, *Hospodárska stratégia a politika SR v integračných procesoch*, In: NEZES, *Slovensko v siločiarach Európy a sveta na prahu 20. storočia* (Medzinárodná ekonomická konferencia, Bratislava 1995), 1-6, hier 1.

¹⁰⁷ In Österreich-Ungarn fand eine starke Magyarisierung der Slowaken statt. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es weitere Konflikte, mehrere Grenzverschiebungen und Bevölkerungsaustausche, wie auch einen „Kleinen Krieg“, wie die zweiwöchige Auseinandersetzung in März 1939 bezeichnet wird. Im Staatssozialismus ist die Problematik der Minderheiten verdrängt worden und wurde erst nach der Samtenen Trennung zum Thema.

Besuchen seit 1993.¹⁰⁸ Die verhältnismäßig große ungarische Minderheit (etwa zehn Prozent der Bevölkerung) erhob Ansprüche gegen Gesetze, die die Nutzung von Slowakisch als einziger offiziellen Amtssprache vorschrieb. Obwohl Mečiar in seinem Regierungsprogramm einen Schwerpunkt auf die Westintegration und Mitgliedschaft in der EU erklärte, reagierte er auf die Empfehlungen und Resolutionen des Europarates hinsichtlich der ungarischen Minderheit nicht und ignorierte die Warnungsnoten.¹⁰⁹

Im Zeitraum von 1995 bis 1997 sandte Brüssel mehrere Demarchen an die slowakische Regierungskoalition, die vermuten ließen, dass es Probleme bei der Einladung zu Beitrittsgesprächen geben könnte. Adressiert wurden vor allem autoritäre Tendenzen der Regierungskoalition, die die ganze politische Macht in seinen Händen konzentrierte und die Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates in Frage stellte.¹¹⁰ Die slowakischen Regierungsrepräsentanten reagierten gegenüber allen Warnungen ablehnend und bezeichneten diese als „unbegründet“. Trotz der Spannungen zweifelte Vladimír Mečiar nicht an der künftigen EU-Einladung und hob die außerordentlich gute geographische Lage des Landes hervor, die alleine für die Aufnahme hätte ausreichen müssen.¹¹¹ Dass sich der slowakische Ministerpräsident hierbei irrte, legte der Entschluss der Europäischen Kommission 1997 offen: *“Slovakia does not fulfil in a satisfying manner the political conditions set out by the European Council in Copenhagen because of the instability of its institutions, their lack of rootedness in political life and the shortcomings in the functioning of its democracy.”*¹¹² Diese Aussage besiegelte in der internationalen Szene das Bild der Slowakei als einen ostmitteleuropäischen „trouble maker“¹¹³. Zugleich diente es für die neue Regierung, die nach den Parlamentswahlen 1998 Mečiar verdrängte, als ein Anstoß zur aktiven Bemühung um eine Besserung der Beziehungen mit der EU. Innerhalb von kürzester Zeit fand die Regierung unter Mikuláš Dzurinda neue Lösungen für die bisher angehäuften Kritikpunkte. Die Partei der Ungarischen Koalition (SMK) trat der neuen Parteikoalition bei und repräsentierte eine Besserung in der seitens der EU kritisierten Minderheitenpolitik. Als noch wichtiger galt für die EU-Kommissare die Einhaltung der Grundregeln der Rechtsstaatlichkeit. Hier bemühte sich

¹⁰⁸ Vgl. Gruber, Wilder Osten, 166f.

¹⁰⁹ Vgl. Kneuer, Demokratisierung, 308-311.

¹¹⁰ Vgl. Gruber, Wilder Osten, 168.

¹¹¹ Zitiert in: Ivo Samson, Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU. Die Slowakei vor der Marginalisierung? In: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Discussion Paper C31 (Bonn 1999), 18, online unter: http://aei.pitt.edu/314/1/dp_c31_samson.pdf (12.06.2016).

¹¹² Agenda 2000, 130.

¹¹³ Silvia Miháliková, Slovakia in the European Union – Problems, Expectations, In: Schwarz, Suppan, Quo vadis EU?, 179-196, hier 180.

die neue Regierung am meisten, denn ab 1998 lässt sich kein Vorwurf gegen die politischen Kriterien in den regelmäßig erschienenen „*Regular Reports on Slovakia's Progress Towards Accession*“ finden.¹¹⁴ Wie von mehreren Autoren festgestellt wurde¹¹⁵, spielte die Konditionalität der EU eine Schlüsselrolle in dem Verhalten der Dzurinda-Regierung.

Der Dialog mit der EU brachte seine Früchte bereits ein Jahr nach dem Regierungswechsel, als 1999 in Helsinki entschieden wurde, die Beitrittsverhandlungen mit der Slowakei erneut aufzunehmen. Auf dem Programm des Aufnahmeverfahrens stand in erster Linie die Übernahme des *acquis communautaire*, also des gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU. Dieser umfasste 20 000 Rechtsakte auf 80 000 Seiten, die in 31 Kapitel unterteilt waren und in das nationale Gesetzwerk übernommen werden mussten. Das „Screening-Verfahren“, innerhalb dessen die Neuformulierung der Gesetze stattfand, räumte einer Verhandlung über die Inhalte keinen Platz ein. Nur der Zeitraum für die Umsetzung konnte verlängert werden.¹¹⁶ Der Fortschritt hin zur EU-Aufnahme wurde folglich durch eine möglichst rasche Implementierung der Gesetze gemessen und gab der Slowakei die Möglichkeit, gegenüber den Staaten aus der „ersten Gruppe“ aufzuholen. Nach lediglich 17 Monaten von Besprechungen wurden bereits 19 Kapitel abgeschlossen, womit man auf die Ebene von anderen Visegrád-Staaten gelang, die bereits drei Jahre verhandelten. Damit sah der damalige slowakische EU-Kommissar Ján Figel' den „catching-up“ Prozess, der auch als „Regattarennen“ treffend bezeichnet wurde, vorerst als erfolgreich abgeschlossen.¹¹⁷

Eine klare pro-europäische Linie wurde auch nach den Parlamentswahlen in September 2002 fortgesetzt. Damit bestätigte man in Brüssel die „*endgültige Gewissheit über die Irreversibilität der internationalen Verortung*“¹¹⁸ der Slowakei. Nachdem der EU-Beitritt auf den 1. Mai 2004 bestimmt wurde, befragte man im Referendum die slowakische Bevölkerung. Dessen Gültigkeit war mit Abstimmung von 52 Prozent der Wahlberechtigten knapp, allerdings stimmten für den Beitritt über 92 Prozent der Wähler. Somit stand der Eingliederung der Slowakei in die EU nichts mehr im Wege.

¹¹⁴ Angesehen wurden die Berichte im Zeitraum von 1999 bis 2002.

¹¹⁵ Siehe zum Beispiel: Darina Malová, Marek Rybář, *The European's Union Policies towards Slovakia. Carrots and sticks of political conditionality*, In: Jacques Rupnik, Jan Zielonka (Ed.), *The road to the European Union Vol. 1, The Czech and Slovak Republics* (Manchester 2003), 98-112.

¹¹⁶ Hier traten die EU-Länder ein, und setzten eine Änderung der Wartezeit für den freien Verkehr von Arbeitskräften Richtung Westen auf sieben Jahre um, vgl. Hofbauer, Noack, *Slowakei*, 147.

¹¹⁷ Diesen Verhandlungen wurde bis 2002 eine immense Rolle zugeschrieben, weil man dadurch eine Integrationswilligkeit und „Verhandlungspotential“ zeigen konnte, vgl. Ján Figel', Miroslav Adamiš, *Slovensko na ceste do Európskej únie. Kapitoly a súvislosti* (Bratislava 2003), 17-29.

¹¹⁸ Kneuer, *Demokratisierung*, 327. Vor der Wahl war befürchtete man in Brüssel die Rückkehr von Mečiar und HZDS. Das Wahlergebnis von 2002 bestätigte demnach die pro-westliche Orientierung der Slowakei.

3. Der regionale Kontext der slowakischen Transformation

3.1. Tschechien

Wie bereits die Verhandlungen zwischen den tschechischen und slowakischen Politikern 1992 andeuteten, legte Tschechien einen besonderen Wert auf eine radikale, reformorientierte Wirtschaftspolitik. Nach der Trennung von der Slowakei, die als „Bürde“ für die Entwicklung des Staates empfunden wurde, konnte unter dem Ministerpräsident Václav Klaus, der zwischen 1992 und 1997 die neoliberale Reformausrichtung des Landes bestimmte, Tschechien zu einem Musterknaben der ostmitteleuropäischen Transformation hinaufsteigen. Die Weltbank bezeichnete Ende 1990er das Land als die „*most successful transition economy in Central and Eastern Europe*“ und nannte es „*the clearest success story of the region*“.¹¹⁹

In Tschechien waren die politisch-institutionellen Bedingungen für umfassende Reformen sehr günstig. Der hohe Stand von Regierungsautonomie, befestigt durch eine klare Mehrheit der regierenden Partei im Parlament, ließ nur wenig Raum für die schwachen Gewerkschaften zu.¹²⁰ Mit einer rekordniedrigen Arbeitslosigkeit, sich in Grenzen haltender Inflation und sehr geringer Auslandsverschuldung wurden die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Transformation erfüllt.

Wenngleich Klaus eine „Marktwirtschaft ohne Attribute“ proklamierte, wurde eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen beibehalten. So konnten jene, die die negativen Auswirkungen des Marktwechsels am meisten fühlten, Unterstützung vom Staat erhalten, etwa in Form von Wohnungszuschüssen.¹²¹ In den meisten Bereichen folgte man aber der neoliberalen Rhetorik und setzte sich für Abschaffung der meisten durch den Staat geleiteten Beihilfen ein.

Neben der fortschreitenden Deregulierung und Liberalisierung war der wichtigste Bereich der tschechischen Transformation die Privatisierung von staatlichen Unternehmen. Mit der relativ neuen Methode der Massenprivatisierung, die sich durch die Verteilung von Coupons an die Bürger auszeichnete, konnte Klaus die Unterstützung von breiten Bevölkerungsschichten gewinnen. Die Hefte konnten benutzt werden, um Aktienanteile an

¹¹⁹ The World Bank, Czech Republic. Toward EU Accession. Summary Report (A World Bank Country Study, Washington 1999), 1.

¹²⁰ Vgl. Ahrens, Governance, 303.

¹²¹ Vgl. Orenstein, Out of the Red, 63.

staatlichen Unternehmen zu erwerben. Begonnen hatte diese „Große Privatisierung“ noch im gemeinsamen Staat, als in deren „ersten Welle“ fast 2 000 Unternehmen durch die Coupons privatisiert wurden. Dies erklärt, warum kurz vor dem Zerfall der Tschechoslowakei jeder fünfte Einwohner im Privatsektor tätig war.¹²² Die tschechoslowakische Trennung beschleunigte den Privatisierungsprozess in Tschechien – Anteile von hunderten weiterer Unternehmen wurden an die Bürger verteilt. Die große Akzeptanz der Voucher-Methode hing mit dessen egalitärem Ansatz zusammen, denn die Firmenanteile wurden zu äußerst geringen Preisen ausgegeben, was als sozial gerecht präsentiert wurde.¹²³ Bis 1996 erreichte der Anteil des Privatsektors an BIP mit 74 Prozent die besten Ergebnisse in der ostmitteleuropäischen Region und die tschechische Privatisierung wurde als Erfolgsgeschichte gefeiert.¹²⁴ Darüber hinaus blieben die makroökonomischen Indikatoren durchaus positiv. Die Arbeitslosenquote konnte dank der „*low wages – low unemployment policy*“ sehr niedrig gehalten werden und überschritt 4 Prozent erst 1997. Außerdem wuchs das BIP ab 1993 jedes Jahr schrittweise an, wengleich der Staatshaushalt immer wieder ein geringes Defizit aufwies. Von hohen Inflationsraten, mit denen die anderen ostmitteleuropäischen Staaten zu kämpfen hatten, blieb Tschechien verschont, da die Inflation nie 10 Prozent überstieg.¹²⁵

Um die Jahreswende 1996/1997 war allerdings das „tschechische Wunder“ längst vorbei. Die Wirtschaftszahlen begannen zum ersten Mal seit 1993 negative Werte zu erreichen. Erhebliche Schwachpunkte wurden im Finanzsektor deutlich und eine Reihe von Korruptionsskandalen zwang die Regierung von Klaus in die Knie. Gründe für die sowohl politische, als auch wirtschaftliche Krise lagen paradoxerweise in der Privatisierung, die als so erfolgreich angesehen wurde.

Im Zuge der Coupon-Vergabe 1992 bis 1994 gründeten sich viele Investmentfonds, die unter Versprechungen von mehrfachen Gewinnen die Coupons von den Bürgern abkauften. Da die Bevölkerung nur geringe Kenntnisse über die erworbene Coupons und deren Umsetzung besaß, trugen die Investmentfonds zu einer starken Eigentumskonzentration bei, was genau im Gegenteil zu dem eigentlichen Gedanken der Privatisierung stand.¹²⁶ Es war schwer, die

¹²² Vgl. Florian Eckert, Vom Plan zum Markt. Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa (Wiesbaden 2008), 217.

¹²³ An die Bevölkerung wurden die Voucherhefte gegen eine Gebühr von 1.000 Kčs. ausgegeben. Sie erhielten jeweils 1 000 Investitionspunkte, die verwendet wurden, um in einem zweiten Schritt Wertpapiere für die zur Privatisierung ausgeschriebenen Unternehmen zu kaufen, vgl. Ebenda, 220f.

¹²⁴ Vgl. The World Bank, Czech Republic, 1.

¹²⁵ Vgl. die Tabelle in: Jeffries, Eastern Europe, 199.

¹²⁶ Nach der zweiten Privatisierungswelle erwarben die Fonds ungefähr 70 Prozent von allen Coupons, vgl. Romana Careja, Policy Coherence and Economic Reforms in Central and Eastern Europe. The Great Transformation (Politica. Schriftenreihe zur politischen Wissenschaft 79, Hamburg 2010), 258.

proklamierte Umstrukturierung der Unternehmen einzuleiten, da oft Aktien von einer Firma auf mehrere Fonds verteilt wurden. Zusätzlich gingen viele Investmentfonds im Laufe der nächsten Jahren Pleite, weil sie die versprochenen Erträge nicht erbringen konnten.

Neben den Investmentfonds wurden die tschechischen Banken in den Prozess eingebunden, da sie als Kreditgeber fungierten, um den Ankauf der Beteiligungen durch die Fonds zu ermöglichen. Da die Regeln des Wettbewerbs nicht fest standen, war es möglich, dass eine Bank eigene Fonds errichtete und deren Firmenanteile in unübersichtlicher Weise an seine Hausbank ersteigerte.¹²⁷ Die daraus resultierende Intransparenz des Kapitalmarktes war ebenso die Folge, wie die Kreditvergabe an unrentable Unternehmen, die statt Bankrott zu gehen, weitere Anleihen bekamen. Daraus entstand das berüchtigte „tunelování“, in dem die Vermögensanteile von diesen Firmen zu besonders niedrigen Preisen von Banken gekauft und anschließend weiterverkauft wurden.

Das Resultat war neben einer schweren Bankenkrise die Bereicherung von einzelnen Investmentfond- und Bankenmanagern, mehrere Bankenzusammenbrüche und eine weit verbreitete Korruption, die bis in die politischen Kreise reichte. Politisch-finanzielle Skandale, wie die Beteiligung des tschechischen Finanzministers Ivan Kočarík an einer der Affären rund um den größten Investmentfond C.S.Fond, oder die Bereicherung der Regierungspartei ODS (Občanská demokratická strana) an bedenklichen Unternehmensverkäufen¹²⁸ untergruben die Autorität von Václav Klaus und seiner Partei. Der neoliberale Ministerpräsident sah sich schließlich gezwungen, im Herbst 1997 von seinem Post zurückzutreten. Vom Großteil der ODS gefolgt, befand sich das Land zum ersten Mal seit dem Umbruch von 1989 in einer schweren politischen und wirtschaftlichen Krise. Gekoppelt mit einem wachsenden Staatshaushaltdefizit trugen die oben genannten Faktoren zur massiven Abwertung der tschechischen Krone bei und die Interimsregierung von Jozef Tošovský sah sich gezwungen, mehrere Reformprogramme aufzustellen. Um das Vertrauen der ausländischen Investoren wieder zu gewinnen, wurde die „Kommission für Wertpapiere“ ernannt, die den Kapitalmarkt regulieren sollte. Außerdem wurde die Privatisierung von einigen Banken vorangetrieben, die in den letzten Jahren „faule“ Kredite angehäuft haben. Statt der Coupon-Methode, die darauf ausgerichtet war, den überwiegenden Teil des Besitzes im tschechischen Eigentum beizubehalten¹²⁹, begann Tschechien in zunehmendem Maße seine Tore dem ausländischen

¹²⁷ Vgl. Eckert, Vom Plan zum Markt, 224.

¹²⁸ Vgl. die unterschiedlichen Skandale in: Orenstein, Out of the red, 89-92.

¹²⁹ Zu dieser Zeit herrschte in Tschechien eine übersteigerte Angst vor einer Überfremdung ihrer Wirtschaft. Zitiert in: Wolfgang Franzen, Hans Peter Haarland, Hans-Joachim Niessen, Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität. Daten zur Systemtransformation 1990-2003 (Frankfurt/New York 2005), 46.

Kapital zu öffnen. Als Paradebeispiel gilt die Übernahme der Škoda-Werken in Plzeň und Mladá Boleslav durch die Volkswagen AG. Das entstandene Automobilwerk nahm in den 1990ern an tschechischen Exporten mit 10 Prozent teil und stellte Arbeitsmöglichkeiten für mehr als 20 000 Angestellten dar.¹³⁰

Eine deutliche Verbesserung der Bankenlandschaft und der Wirtschaftszahlen verzeichnete die Tschechische Republik unter der Regierung von Miloš Zeman (1998-2002). Für die Beibehaltung des Reformkurses sorgte der Beitrittsprozess zur EU, der die Erfüllung von festgelegten Bedingungen voraussetzte. Eine aktive Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen wurde über die Jahre hinweg aktiv angestrebt und mit der Mitgliedschaft in der Organisation für europäische und wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) in 1995 (als erstes Land des ehemaligen Ostblocks) belohnt. In dieser Periode versuchte man also jene Schwächen zu beseitigen, die zu der Währungskrise 1997 geführt haben.

Nach der erfolgreichen Sanierung des Bankensystems war die Aufgabe der nächsten Regierung unter Vladimír Špidla (2002-2004) die Berichtigung von makroökonomischen Kennziffern. Allerdings war es nicht einfach, das angewachsene Staatshaushaltsdefizit zu verringern und gleichzeitig Umstrukturierung von Unternehmen durchzuführen. Die 2003 avisierten Kürzungen von Staatsausgaben und Steuerreformen fanden aber nicht statt, weil man sie im Parlament nicht abstimmte.¹³¹ Trotzdem gelang es, das Wirtschaftswachstum und die Attraktivität der Auslandsinvestoren beizubehalten und mehrere Erfolge im Bereich der strukturellen Reformen zu verzeichnen. Der EU-Beitritt in 2004 wurde nach dem positiven Ergebnis des Staatsreferendums zur Wirklichkeit und diente als Abschluss einer keinesfalls einfachen, aber trotzdem erfolgreichen Transformation.

3.2. Polen

Der größte von den ostmitteleuropäischen Staaten kann als Vorreiter in der Transformation der behandelten Region bezeichnet werden. Als erstes brach Polen mit dem Machtmonopol der Kommunistischen Partei und stellte Reformprogramme vor, die die kritische Wirtschaftslage auf eigene Beine hätten stellen sollen. Unmittelbar nach dem Regierungswechsel in 1989 wurde in Zusammenarbeit mit dem IWF und anderen ausländischen

¹³⁰ Vgl. Hofbauer, EU-Osterweiterung, 162.

¹³¹ Vgl. Careja, Policy Coherence, 266.

Beratern das „Balcerowicz-Programm“ erarbeitet, benannt nach seinem Vertreter, dem polnischen Finanzminister Leszek Balcerowicz. Der Reformplan stellte den Kern des polnischen Übergangs zur Marktwirtschaft dar und kann tatsächlich als eine „Schocktherapie“ bezeichnet werden.¹³² Mit einem Schlag wurden alle Merkmale der kommunistischen Planwirtschaft abgeschafft und durch freien Markt ersetzt. Dies sorgte unmittelbar für eine Destabilisierung der Wirtschaft und für massive Einschnitte im Alltag der Bevölkerung. Die Inflation nach der Preisfreigabe stieg auf 600 Prozent und vernichtete jegliche Ersparnisse polnischer Bürger. Die Deregulierung hatte zur Folge, dass sämtliche staatliche Subventionen gestrichen wurden. Besonders „geschockt“ war die polnische Industrie, deren Produktion bis 1992 um fast die Hälfte zurückging.¹³³ Die polnischen Realeinkommen schrumpften um einen Viertel, die Arbeitslosigkeit erreichte mit 15 Prozent ihren Höhepunkt. Die Preise für die alltäglichen Produkte stiegen bei der Hyperinflation weiter an, allerdings verhinderte die von der Regierung eingeführte Lohnwachstumssteuer (*popiwek*) die entsprechende Lohnerhöhung. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung äußerte sich in mehreren Wellen von Arbeiterstreiks.¹³⁴

Für eine konsequente Befolgung des Wirtschaftsplans gab es als Belohnung große Schuldenerlasse von den westlichen Finanzinstitutionen. Die erste demokratische Regierung im Jahr 1989 begann ihre Amtszeit mit einer Auslandsverschuldung von 45 Mrd. US-Dollar. Um nicht zahlungsunfähig zu werden, mussten die Kreditvereinbarungen neu bewertet werden. Die Umschuldungsverhandlungen waren erfolgreich – die Hälfte der Summe¹³⁵ wurde vom Pariser Klub im März 1991 gestrichen. Internationale Gläubigerkonsortien waren anschließend willig, mehrere Kreditanleihen an Polen in 1991 zu vergeben: IWF im April, EBRD im Juni und die Weltbank im August.¹³⁶ Die Anleihen vom IWF umfassten in den ersten zwei Jahren nach 1989 ungefähr 800 Millionen, jene von der Weltbank machten mehr als eine Milliarde Dollar aus. Die Kredite waren an die Durchsetzung des Balcerowicz-Plans gebunden. Dass die staatlichen Eingriffe gegen die US-amerikanischen Ratschläge ungern gesehen wurden, wurde deutlich gemacht, als der polnische Sejm im August 1991 gegen die Kürzung der öffentlichen Ausgaben um 14,5 Prozent stimmte, die gedacht war, um den vom IWF vorgeschriebenen Staatshaushaltsdefizit zu erreichen. Die Reaktion seitens der Organisation auf diesen Schritt

¹³² Für eine Beschreibung der Hauptkomponenten des Balcerowicz-Programms siehe: Orenstein, *Out of the Red*, 33-35.

¹³³ Vgl. Hofbauer, *EU-Osterweiterung*, 109.

¹³⁴ Vgl. Fowkes, *The Post-Communist Era*, 31.

¹³⁵ Die Auslandsschulden Polens bewegten sich zu diesem Zeitpunkt auf ungefähr 33 Mrd. Dollar, vgl. Iwona Antowska-Bartosiewicz, Witold Malecki, *Foreign Debt, Foreign Capital, Stabilization and Transformation in Poland*, In: *Moct-Most 2* (1993), 3-23, hier 12.

¹³⁶ Vgl. Fowkes, *The Post-Communist Era*, 31.

war eine sofortige Aufhebung weiterer finanzieller Hilfe bis zur Genehmigung des Antrags.¹³⁷

Die Dynamik der ersten Jahre der Schocktherapie spiegelte sich auch auf der politischen Szene wider. Allein zwischen 1989 und 1993 wechselten sich in Polen fünf Regierungen. Die politische Szene wurde durch Machtkämpfe innerhalb der *Solidarność* gekennzeichnet.¹³⁸ Die ehemalige Bewegung spaltete sich bald nach der Gründung der ersten nichtkommunistischen Regierung in mehrere Fraktionen. Der harsch verfolgte Reformkurs führte zum ersten Wahlsieg einer postkommunistischen Partei im ehemaligen Ostblock. Die SLD (Bündnis der Demokratischen Linken) proklamierte in ihrem Programm „Strategie für Polen“ eine Beibehaltung des Reformkurses in den meisten Bereichen, versprach allerdings auch, die sozialen Kosten der Transformation für die Bevölkerung zu mildern.¹³⁹ Zu dieser Zeit wurden die ersten Früchte des radikalen Wirtschaftswechsels beobachtet. 1993 stieg das BIP um 3,8 Prozent, die Inflation sank zum ersten Mal auf 36,9 Prozent.¹⁴⁰ Das Ende der seit 1990 andauernden Rezession war vor allem dem Außenhandel und dem rasch wachsenden Privatsektor zu verdanken. Der Anteil der Beschäftigten im Privatsektor stieg auf 59 Prozent an, es entstanden tausende kleinere private Unternehmen.

Im Vergleich zu Tschechien, wo die Couponmethode als Kernstück der „Großen“ Privatisierung galt, zeichnete sich die polnische Privatisierung durch die Anwendung von unterschiedlichen Strategien aus. Durch die Methode des Management-Buyouts versuchte man zuerst, die Betriebsfunktionäre in die Rolle der Eigentümer zu versetzen. Nach wenig Erfolg wurde 1993 ein Massenprivatisierungsprogramm von der Regierung beschlossen. Ähnlich wie in Tschechien, wurden Investitionsfonds gegründet und Wertscheine an die polnischen Bürger vergeben, die meistens von den Fonds verwaltet wurden. Ein Durchbruch in der Privatisierung von strategischen Unternehmen fand erst nach dem Regierungswechsel 1997 statt. Der rechtskonservative *Solidarność*-Block verzeichnete einen Wahlsieg und verkaufte mehrere Firmen im Bereich der Metall- und Stahlindustrie, Telekommunikationsnetzwerke, Banken und weitere Großunternehmen, die bisher in staatlicher Hand geblieben waren.¹⁴¹ Der Verkauf wurde durch staatliche Vorleistungen im Energiebereich erleichtert und die Einnahmen zur Finanzierung von Sozialreformen bestimmt. Als letzter bedeutender Schritt in Richtung Privatisierung war der in 2000 stattfindende Verkauf von Großunternehmen im Versorgungs-

¹³⁷ Vgl. Ebenda.

¹³⁸ Vgl. Orenstein, *Out of the Red*, 37-40.

¹³⁹ Vgl. Ebenda, 52f.

¹⁴⁰ Vgl. Ben Slay, *The Polish Economic Transition*, In: Hardt, Kaufman (Ed.), *East-Central European Economies*, 465-479, hier 466.

¹⁴¹ Vgl. Hofbauer, *EU-Osterweiterung*, 115-116.

und Infrastrukturbereich.¹⁴²

Als weiteres Ziel setzte sich die neue Regierung die Erhöhung von FDI (Foreign Direct Investments) zur Aufgabe. Tatsächlich erfuhr Polen Ende 1990er einen Anwuchs an ausländischen Direktinvestitionen, der Großteils den Steuererleichterungen zugeschrieben werden kann, die den Investoren in sogenannten „freien Produktionszonen“ gewährleistet wurden. Wie auch in den anderen ostmitteleuropäischen Staaten, wurden neben den staatlichen Begünstigungen die billigen Arbeitskräfte zum Anziehungspunkt für die westlichen Konzerne. 2001 kehrte die SLD an die politische Bühne zurück und wurde zusammen mit der Arbeitsunion (UP) zur stärksten Kraft im Sejm. Aufgrund von zahlreichen Zahlungsrückständen der vorigen Regierung und erhöhten staatlichen Ausgaben für die Restrukturierung und Sozialleistungen galt die Fiskalkonsolidierung als Priorität. Auch blieb die hohe Zahl der Arbeitslosen ein Problem während der gesamten Wahlperiode.¹⁴³ Die Staatspolitik war geprägt durch die Vorbereitung auf den EU-Beitritt, der 2004 erfolgte. Allerdings konnte Polen unter den anderen Beitrittskandidaten diesmal keine führende Rolle annehmen. Aufgrund von Abschwächungen in Exporten und niedriger Investitionsnachfrage ließ das polnische Wirtschaftswachstum zunehmend nach.¹⁴⁴ Es wurde deutlich, dass die Schwankungen auf dem westeuropäischen Markt erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung hatten.

Resümierend kann die polnische Transformation als eine Erfolgsgeschichte angesehen werden.¹⁴⁵ Der polnische Bankensektor wurde im Vergleich zu seinen Nachbarländern als gesund betrachtet, was neben effektiven Regulierungsvorschriften auch der ausländischen Kontrolle über die polnischen Finanzinstitutionen zugeschrieben wurde. Bereits vor der Jahrtausendwende lag knapp 70 Prozent des Bankenkapitals im Eigentum von Deutschland, den USA und Italien.¹⁴⁶ Jedoch nicht in allen Bereichen erwies sich die Rolle des Auslands als fördernd für die polnische Wirtschaft. Mit der radikalen Preisliberalisierung und der Öffnung der Märkte wurde am meisten die polnische Landwirtschaft benachteiligt. Viele einheimische bäuerliche Privatbetriebe konnten mit ihren Produkten den Warenimporten von Westeuropa keine Konkurrenz machen. Folglich machte nach dem EU-Beitritt Polens der Anteil des

¹⁴² Vgl. Franzen, Haarland, Niessen, Osteuropa, 35.

¹⁴³ Die offizielle Arbeitslosigkeit stieg zwischen 2001-2004 auf 20%, vgl. die Daten aus der Webseite Trading Economics: <http://www.tradingeconomics.com/poland/unemployment-rate> (07.03.2017).

¹⁴⁴ Gegenüber dem Jahr 2000 gingen die Investitionen in 2002 um mehr als eine Hälfte zurück, vgl. Franzen, Haarland, Niessen, Osteuropa, 38.

¹⁴⁵ Eine Ausnahme bildet zum Beispiel Hannes Hofbauer, der in seinem Buch eine These über die entstandene Abhängigkeit Polens von westeuropäischen Geldflüssen aufstellt und diese mit der wachsenden Staatsverschuldung belegt. Diese vervielfachte sich gegenüber 1989 mehrmals, der Stand in 2006 betrug 126 Mrd. Euro, vgl. Hofbauer, EU-Osterweiterung, 110.

¹⁴⁶ Zitiert in: Franzen, Haarland, Niessen, Osteuropa, 36.

Agrarwesens am BIP nur 3,3 Prozent aus. Stattdessen gewannen der private Sektor und die Dienstleistungsbranche besonders an Bedeutung. In den meisten Bereichen hingegen, schien die polnische Schocktherapie geholfen zu haben.

3.3. Ungarn

Ungarn stellt insofern eine Ausnahme in den ostmitteleuropäischen Staaten dar, weil hier die ersten marktwirtschaftlichen Reformen bereits nach 1968 durchgeführt wurden. Im Rahmen eines „Dritten Weges“ versuchte man eine Alternative zwischen der Plan- und Marktwirtschaft einzuschlagen, um die Effizienz der Wirtschaft zu erhöhen. Ohne diese Änderungen in den politischen Bereich auszubreiten und somit gegen die Macht der Kommunistischen Partei (KP) zu verstoßen, konnte eine Reihe von privatwirtschaftlicher Initiativen noch vor der Wende umgesetzt werden.¹⁴⁷ Die wirtschaftliche und politische Transformation war demnach, im Vergleich zu Tschechien, eher eine „Evolution“ als eine „Revolution“. Darin lag auch der Grund für eine graduelle Umsetzung von Reformen nach 1989, weil man der Ansicht war, den radikalen Bruch mit der Planwirtschaft weniger zu benötigen, als dies der Fall in den Nachbarländern war.

An der Spitze der ersten postkommunistischen Regierung stand die national-konservative Partei *Ungarisches Demokratisches Forum* (MDF), welche sich seit ihrem Wahlsieg 1990 gegen die Entmachtung des Staates aussprach und versuchte, den Reformprozess möglichst zu steuern. Besonders gut lässt sich das am Verlauf der ungarischen Privatisierung veranschaulichen. Die MDF verzichtete auf die Couponmethode und entschied, die Unternehmen durch direkte Verkäufe zu privatisieren. Hierbei ging man allerdings zuerst vorsichtig vor – bis Sommer 1991 wurde nur ein einziges Großunternehmen privatisiert. Der Privatsektor wuchs also hauptsächlich durch die Entstehung von neuen Firmen an, die in der Regel effektiver waren, als jene im Staatbesitz.¹⁴⁸ Ab 1992 war man angesichts der hohen Verschuldung¹⁴⁹ willig, mehrere Unternehmen an strategische ausländische Investoren anzubieten, um mit den Gewinnen die Schulden abzubauen. Diese Strategie erwies sich als

¹⁴⁷ Als Referenz dient die Bezeichnung „Gulaschkommunismus“, in dessen Rahmen man die politische Linientreue mit wirtschaftlichen Erneuerungen verbandete. Als Beispiel sei hier die Bankenreform von 1986 genannt, mit der die Monopolstellung der ungarischen Nationalbank gebrochen wurde. Vgl. Hofbauer, EU-Osterweiterung, 90f.

¹⁴⁸ Vgl. Fowkes, *The Post-Communist Era*, 116.

¹⁴⁹ Die Auslandsverschuldung wuchs vor allem in den 1980ern und bewegte sich noch in 1993 auf ungefähr 15 Mrd. Dollar. Zitiert in: Careja, *Policy Coherence*, 277.

erfolgreich. Dank der Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für die Investoren, wie etwa deren Ansiedlung in Zollfreigebieten, nahm Ungarn an der Liste der FDI-Empfänger im Zeitraum 1990 bis 1995 den ersten Platz ein.¹⁵⁰

Die Präsenz des Staates manifestierte sich auch im Bankensektor, als 1993 die drei größten ungarischen Banken insolvent wurden und erst die Intervention des Staates in Form eines drei-Milliarden-Kredits diese retten konnte. Die Ursache für die Bankenkrise war eine Anhäufung an faulen Krediten, die von den unprofitablen Firmen den Banken nicht mehr zurückgezahlt werden konnten.

Ähnlich wie in den Nachbarstaaten führten die Abschaffung der Subventionen und die Öffnung der Märkte in Ungarn zum Verlust an Sicherheit bei der Bevölkerung und einem rapiden Anstieg von Arbeitslosigkeit. Durch die Umorientierung der Wirtschaft, den Zusammenbruch des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und Einbrüchen in der Industrieproduktion waren bereits zwei Jahre nach der Wende 627 000 Menschen ohne Arbeitsplatz, was fast 12 Prozent der Arbeitskräfte ausmachte.¹⁵¹ Die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen führte zum Regierungswechsel in den Parlamentswahlen 1994.

1994 übernahm die *Ungarische Sozialistische Partei* (MSZP) die Führungsrolle im Staat. Deren Wahlkampagne basierte an Sozialunterstützung und versprach eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Nichtsdestoweniger brachte eine linke Partei, ähnlich wie in Polen, keine grundsätzlichen Tendenzen zur Reformstilllegung. Im Gegenteil bedarf die Situation harter Sparmaßnahmen wegen dem Handelsbilanzdefizit, das am Beginn der Amtszeit von Ministerpräsident Gyula Horn 8,1 Prozent des BIP betrug.¹⁵² Um Anspruch auf einen Beistandskredit vom IWF erheben zu können, mussten die Ausgaben für Sozialwesen deutlich gekürzt werden. Vorgenommen wurde das im Rahmen des sogenannten „Bokros-Pakets“, benannt nach dem ungarischen Finanzminister Lajos Bokros. Es beinhaltete eine Reihe von Einschränkungen im Sozialbereich, Kürzungen im Bildungswesen und einen Fall der Reallöhne um 10 Prozent, verursacht durch die drastische Abwertung des Forints. Die Austeritätsmaßnahmen lösten eine heftige Kritik in der Opposition und der Öffentlichkeit aus, weil sie ohne Diskussion über das Wochenende abgestimmt wurden. Dank dem Paket und dem darauffolgenden Kreditzustrom konnte Ungarn die westlichen Investoren anlocken und im Privatisierungsprogramm vorangehen. Nachdem die meisten Großunternehmen im

¹⁵⁰ Vgl. die Tabelle von der Weltbank „World Development Indicators“, abgedruckt in: Ebenda, 222.

¹⁵¹ Vgl. Andras Intonai, *Economic Transformation: Hungary*, In: Hanspeter Neuhold, Peter Havlik, Arnold Suppan (Ed.), *Political and Economic Transformation in East Central Europe* (Boulder/San Francisco/Oxford 1995), 109-123, hier 119.

¹⁵² Vgl. Franzen, Haarland, Niessen, Osteuropa, 57f.

Industriesektor verkauft wurden, wandte man sich dem Bankensektor zu. Als eine dauerhafte Lösung für die schwachen Banken galt deren Übernahme durch ausländische Finanzinstitute. Mitte 1998 wurde die Mehrheit der in Ungarn tätigen Banken vom Ausland verwaltet.¹⁵³

Das Ergebnis der Parlamentswahlen im Juli 1998 war ein weiterer Regierungswechsel. Die größte Unterstützung gewann eine 1988 gegründete Partei Ungarischer Bürgerbund (FIDESZ) unter der Führung des selbstbewussten Viktor Orbán. Während sein Regierungsstil als „autoritär“ kritisiert wurde, konnte er Erfolge in der wirtschaftlichen Konsolidierung verzeichnen. Das Wirtschaftswachstum betrug 1998 fast 5 %, die Inflation sank von 14,2 % in 1998 auf 5,3 % in 2002.¹⁵⁴ Eine Abweichung vom bisherigen Reformkurs gab es nicht. Nach der Übernahme des Energiesektors durch Privatfirmen wurde die Privatisierung als erfolgreich vollzogen angesehen. Die restlichen sich im Staatsbesitz befindlichen Firmen wurden zu einer Umstrukturierung verpflichtet und erhielten Zuschüsse vom Staat.

FIDESZ wandte sich in ihrer ersten Regierungsperiode der bisher vernachlässigten Landwirtschaft zu. Die national-konservative Ausrichtung der Partei lässt sich gut am Beispiel deren protektionistischen Agrarpolitik beobachten. Mit einer Reihe von Investitionen versuchte sie, den „kleinen Bauern“ Anreize zur Bodenbewirtschaftung zu verschaffen, da diese den großen Agrarkonzernen keine Konkurrenz sein konnten. Zudem setzte sich FIDESZ gegen den Ausverkauf des ungarischen Bodens ein und beharrte auf dem Verbot des Landverkaufs an ausländische Grundstückbesitzer.¹⁵⁵ Es reichte allerdings nicht, um sich die Unterstützung der Bevölkerung bei den nächsten Wahlen ausreichend zu sichern.

2002 wurde FIDESZ in die Opposition getrieben und von den Sozialdemokraten (MSZP) ersetzt. Der neue Ministerpräsident Péter Medgyessy (MSZP) versprach Ungarn in die EU zu führen, was zwei Jahre später auch gelang. Das Hauptanliegen der ungarischen Wirtschaftspolitik blieb die makroökonomische Stabilisierung. Das proklamierte Ziel – ein Staatshaushaltsdefizit von nur 2 Prozent des BIP bis 2006 – erreichte man jedoch nicht.¹⁵⁶ Nach einer Reihe von Lohnerhöhungen fing darüber hinaus der Zufluss an FDI zurückzugehen, da dadurch die Arbeitskräfte an Attraktivität verloren haben. Nicht mal die staatlichen Begünstigungen, die im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses revidiert werden mussten, konnten einige Firmen vom Fortgang abhalten.

¹⁵³ Vgl. Fowkes, *The Post-Communist Era*, 123.

¹⁵⁴ Vgl. Careja, *Policy Coherence*, 285.

¹⁵⁵ Vgl. Hofbauer, *EU-Osterweiterung*, 87 und 96f.

¹⁵⁶ Im Jahre 2004 betrug das Defizit 5,3 Prozent, was eine Verbesserung von 0,6 Prozent gegenüber 2002 darstellte. Vgl. Careja, *Policy Coherence*, 288.

In Ungarn zog die Transformation eine völlige Umorientierung des Außenhandels nach sich. Der gesamte Exportsektor befand sich 2006 in ausländischem Besitz und war hauptsächlich für den EU- und US-Markt bestimmt. Die Handelsstruktur hat sich ebenfalls geändert – im Jahr 2000 bildeten 60 Prozent aller Exporte Maschinen und Transportteile aus dem Bereich der Automobilindustrie.¹⁵⁷ Im Laufe von 15 Jahren erreichte man eine gute Integration in den westeuropäischen Wirtschaftsraum, die allerdings zugleich zu einer gewissen Abhängigkeit an dessen Konjunkturen und Schwankungen führte, was sich in den kommenden Jahren, besonders der Weltwirtschaftskrise von 2009, zeigen sollte.

¹⁵⁷ Vgl. Hofbauer, EU-Osterweiterung, 93.

4. Der nationale Kontext der slowakischen Transformation

4.1. Von Samtener Revolution zur Samtenen Trennung

Als unumstrittener Ausgangspunkt der tschechoslowakischen Transformation kann die „Samtene Revolution“ von November 1989 bezeichnet werden, die durch die Zerschlagung von einer genehmigten Studentendemonstration in Prag am 17. November ausgelöst wurde. Ähnliche Unterdrückung von jeglichen Oppositionsstimmen erlebten die Prager Jugendlichen mehrmals in den letzten zwei Jahren.¹⁵⁸ Diesmal machte die Nachricht über das Schicksal eines Studenten namens Martin Šmíd einen Unterschied, der angeblich durch Sicherheitskräfte erschlagen worden sei. Wenngleich diese Geschichte erfunden worden war, sorgte sie als Katalysator für eine umfassende Massenmobilisierung. Als am 20. November 1989 in Prag die ersten Protestversammlungen auf dem Wenzelsplatz begannen und die Rufe nach Freiheit, Achtung der Menschenrechte und der Abschaffung von Zensur laut wurden, wussten die kommunistischen Parteifunktionäre mit Gustav Husák an der Spitze nicht, wie sie reagieren sollten. Die sowjetischen Panzer, die in die Hauptstadt vor mehr als 20 Jahren eingerollt sind, waren zwar noch immer im Lande stationiert, erhielten diesmal den Befehl zum Einsatz von dem „großen Bruder“ nicht. Auch in anderen Ostblockstaaten trug die Politik der Nichteinmischung von Michail Gorbatschow maßgeblich zum gewaltfreien Verlauf der Abdankung von kommunistischen Parteien bei.

Zentral bei den Verhandlungen mit der KSCĚ war das in Prag gegründete „Bürgerforum“ (Občanské fórum – OF) und seine slowakische Schwesterorganisation „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (Verejnosť proti násiliu – VPN). Beide Gruppen traten in Gespräche mit der KP ein und konnten sich auf einem friedlichen Machttransfer einigen. Der kommunistische Ministerpräsident resignierte am 7. Dezember 1989, gefolgt vom Präsidenten Gustav Husák. Als neuer Präsident wurde von der Übergangsregierung der Dissident Václav Havel gewählt.

Sobald der gemeinsame Gegner entfernt worden war und die Euphorie über den Regimewechsel verklang, traf eine Ungewissheit über die weitere Entwicklung ein. Die Geschwindigkeit der Ereignisse Ende 1989 führte dazu, dass man schnell die Freiheit erlangte,

¹⁵⁸ Zur Vorgeschichte der tschechoslowakischen Revolution siehe: Beata Blehová, Der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei (Europa Orientalis Bd. 2, Wien 2006).

ohne einen Konsensus darüber zu entwickeln, wer die 40 Jahre an der Macht regierenden Kommunisten ersetzen sollte. Diese „Entzauberung“ (rozčarování) äußerte sich nicht nur in den Meinungsumfragen¹⁵⁹, sondern auch in der Ausdifferenzierung des vorerst einheitlichen Parteiensystems. Die ersten demokratischen Wahlen fanden im Juni 1990 statt und brachten die Forumsbewegungen als klare Sieger hervor, wenngleich sie weder über ein ordentliches Parteienspektrum noch über ein ausformuliertes Programm verfügten.¹⁶⁰

Als die politische Konsolidierung erstmals erreicht wurde, wandte man sich den anstehenden Wirtschaftsreformen zu. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurden die Meinungsunterschiede über die künftige Entwicklung merkbar. Die Diskussion über den Weg zur Marktwirtschaft spaltete sich in zwei Richtungen. Dem durch den Vizepremier Valtr Komárek propagierten „sozialdemokratischen“ Konzept stand ein radikales, neoliberal orientiertes Wirtschaftskonzept von Václav Klaus gegenüber. Während der erstere Zugang eine graduelle Durchsetzung von Reformen vorsah und dem Staat eine wichtige Lenkungsrolle zuschrieb, lehnte sich das Programm von Klaus an den polnischen Balcerowicz-Plan und sah vor, eine „Marktwirtschaft ohne Attribute“ einzuführen.¹⁶¹ Mitte September wurde schließlich die radikale Variante von Klaus vom Parlament verabschiedet.

Die tschechoslowakische Wirtschaftsreform startete 1991 und umfasste jene Elemente, die von der Weltbank zur erfolgreichen Einführung einer „*funktionsfähigen Marktwirtschaft*“ erfordert wurden.¹⁶² Angekündigt wurde unter anderem eine umfassende Reform des Staatshaushalts und eine strikte anti-inflationäre Politik, die scharfe Lohnverluste mit sich brachte. Um die drastischen Auswirkungen dieser tschechoslowakischen „Schocktherapie“ auf die Bevölkerung zu mildern, einigte sich Václav Klaus mit dem Arbeitsminister Petr Miller auf einer sozialen Abfederung der Reformen durch eine Sozialpolitik, die der ganzen Reform einen „*social liberal hybrid character*“¹⁶³ verlieh. Die Abschaffung von staatlichen Subventionen, die Liberalisierung von 85 Prozent aller Preise wie auch die Massenprivatisierung wurden dementsprechend von einer massiven Arbeitsplatzschaffung, strikten Lohnkontrollen und einer Mindestlohneinführung begleitet. Positive Ergebnisse wurden bereits nach einem Jahr sichtbar:

¹⁵⁹ Laut den Ergebnissen einer Umfrage des Soziologischen Instituts in Prag im Herbst 1990 wurde die politische Lage von der slowakischen Bevölkerung negativer bewertet als von der tschechischen. Fast ein Drittel der slowakischen Befragten war mit der Entwicklung in allen erfragten Bereichen unzufrieden, hingegen nur 15 Prozent der Tschechen, zitiert in: Rüdiger Kipke, Karel Vodička, Slowakische Republik. Studien zur politischen Entwicklung (Tschechien und Mitteleuropa Bd.3, Münster 2000), 80f.

¹⁶⁰ Vgl. Stanislav Kirschbaum, A History of Slovakia. A Struggle for Survival (London 1995), 257.

¹⁶¹ Vgl. Juchler, Osteuropa, 330.

¹⁶² Czechoslovakia. Transition to a Market Economy (A World Bank Country Study, Washington 1991), 41-44.

¹⁶³ Es handelte sich hierbei um einen „strategischen Kompromiss“, der die radikalen makroökonomischen Reformen begleiten und die Unterstützung der Bevölkerung gewinnen sollte: Orenstein, Out of the Red, 71-76.

Die Inflation fiel auf 11 Prozent, die „kleine“ Privatisierung erzeugte tausende neue Privatunternehmen und die Arbeitslosigkeit, zumindest im tschechischen Landesteil, blieb niedrig.¹⁶⁴

Ganz anders sah die Situation in der Slowakei aus. Hier führte die Schließung von mehreren ineffizienten Rüstungsunternehmen zu hoher Arbeitslosigkeit, die um zwei Drittel die tschechischen Zahlen übertraf. Der slowakische Staatshaushalt wies noch vor Beginn der Radikalreform im Jahr 1991 ein Defizit auf. Die Aufwände seitens der slowakischen Regierungsträger betrafen die Unangemessenheit des Wirtschaftsprogramms für die slowakischen Verhältnisse und erforderten eine Neuordnung der staatlichen Strukturen mit einer Dezentralisierung der Kompetenzen auf der Ebene beider Republikregierungen. Die „slowakische Frage“ nahm seit 1990 eine Schlüsselrolle in der Innenpolitik der Tschechoslowakei ein und betraf mehrere Bereiche. Die erste, leicht groteske Auseinandersetzung fand wegen der Namensänderung der Föderation statt. Die im März 1990 verabschiedete Version lautete „Tschechoslowakische Föderale Republik“, wurde allerdings von der Regierung in Bratislava abgelehnt, welche darin eine „Vorherrschaft Prags“ und Benachteiligung der Slowaken sah.¹⁶⁵ Der Ruf nach mehreren Kompetenzen auf der Republikebene wurde durch die Abschaffung von einigen föderalen Ministerien erhört, konnte aber den sich abzeichnenden Konflikt nicht dauerhaft lösen. In der tschechoslowakischen Außenpolitik fühlten sich die slowakischen Politiker ebenfalls vernachlässigt. Die Slowakei war ihrer Ansicht nach im Ausland als ein Anhängsel von Tschechien betrachtet worden und hatte auf der internationalen Szene kaum Vertretung.¹⁶⁶

Im Laufe des Jahres 1991 spaltete sich das tschechische Bürgerforum in zwei Parteien: die demokratische Bürgerpartei (Občanská demokratická strana – ODS) unter der Führung von Václav Klaus und die Bürgerbewegung (Občanské hnutí – OH) mit dem langjährigen Dissidenten Jiří Dienstbier an der Spitze. Ähnlich ging es auch der Öffentlichkeit gegen Gewalt, aus der sich die national orientierte Bewegung für eine demokratische Slowakei (Hnutie za demokratické Slovensko – HZDS) unter dem Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar bildete. Die Parteienlandschaft der Tschechischen und Slowakischen Föderalen Republik (ČSFR) war vor den anstehenden Wahlen im Juni 1992 nicht nur fragmentiert, sondern vor allem polarisiert, mit

¹⁶⁴ Vgl. Ebenda, 81.

¹⁶⁵ Die Slowaken hielten den Begriff „Tschechoslowakisch“ für ein erfundenes Konzept, der den tschechischen Zentralismus und die Dominanz von Tschechien im gemeinsamen Staat hervorhebe, vgl. Goldman, Slovakia, 26.

¹⁶⁶ Die Slowaken waren in dem tschechoslowakischen Diplomatendienst deutlich unterrepräsentiert, nach der Trennung mussten alle Botschaften in Bratislava erst errichtet werden. Siehe hierzu die Erinnerungen des US-amerikanischen Diplomaten Paul Hacker in: Paul Hacker, Slovensko 1990-1993. Spomienky amerického diplomata (Bratislava, 2014), 24-34.

einem Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftsliberalen, proreformistischen Kräften (ODS) und links-national orientierten Parteien (HZDS).¹⁶⁷ Der klare Wahlsieg von ODS in tschechischen und von HZDS im slowakischen Landesteil führte direkt zu Konfliktpunkten, da die Parteien gegensätzliche Meinungen in fast allen Problembereichen vertraten. Es war gerade die Propaganda gegen den wirtschaftspolitischen Kurs von Václav Klaus, auf der die HZDS ihren Wahlkampf aufbaute.¹⁶⁸ Unterstützt von einem Drittel der Bevölkerung stellte Mečiar die Frage nach einer Neuregelung des Verhältnisses von Gesamtstaat und Republiken auf. Sein Vorschlag war ein gemeinsamer Staat von zwei souveränen Republiken mit jeweils eigenständigen Rechtspersönlichkeit.¹⁶⁹ Die Einstellung von Klaus zu dieser Frage war ebenfalls radikal: entweder eine starke, oder keine Föderation.¹⁷⁰ Die Trennung von beiden Staaten hing somit ab Sommer 1992 in der Luft, nachdem die slowakische Regierung eine Unabhängigkeitsdeklaration verabschiedete. Nach mehreren heftigen Treffen einigten sich Mečiar und Klaus darauf, dass eine Trennung der Föderation die beste Lösung für die beiden Republiken sein werde. Der tschechoslowakische Präsident Václav Havel reagierte mit seiner Amtsresignation, enttäuscht darüber, dass er der Teilung nicht entgegensteuern konnte.

Die Einzelheiten der Trennung wurden von den nationalen Regierungen und der Föderalversammlung ausgearbeitet, ohne die Bevölkerung in einem Referendum über deren Meinung zu befragen. Wie die Meinungsumfragen nach 1993 ergaben, teilten die Bürger die Auffassung der Politiker nicht. Hätte 1992 eine Befragung stattgefunden, wäre sie gegen die Trennung ausgefallen. Sowohl Klaus als auch Mečiar waren sich dessen bewusst.¹⁷¹ Nach der Regelung der meisten strittigen Punkte wurde die Teilung am 25. November 1992 in der Föderalversammlung abgestimmt. Das entsprechende Verfassungsgesetz trat ab dem 1. Januar 1993 in Kraft. Im Unterschied zum Zerfall Jugoslawiens verliefen diese Ereignisse friedlich ohne größeren Spannungen. Wie aber in den nächsten Kapiteln noch gezeigt wird, stellte die „ausgehandelte“ Unabhängigkeit von beiden Republiken eine große Herausforderung in der Umsetzung von marktwirtschaftlichen Reformen dar. Vor allem in der Slowakei wurde dieser Prozess mit dem Ausbau von staatlichen Institutionen gekoppelt und nahm einen eigenwilligen Weg ein.

¹⁶⁷ Vgl. Kipke, Vodička, Slowakische Republik, 88-90.

¹⁶⁸ Vgl. Ebenda, 89.

¹⁶⁹ Vgl. Juchler, Osteuropa, 341.

¹⁷⁰ Einer der Gründe, warum Klaus keine Konföderation wollte, war die Gefährdung des Reformkurses, vgl. Orenstein, Out of the Red, 84f.

¹⁷¹ Laut der im März 1993 durchgeführten Umfrage stimmte mehr als die Hälfte der Befragten gegen die Teilung. Nach einem Jahr sprach sich immer noch fast 30 Prozent von Slowaken für einen gemeinsamen Staat aus, vgl. die Graphiken in: Kipke, Vodička, Slowakische Republik, 91.

4.2. Die nationalen Aspekte der slowakischen Transformation

Um die Wirtschaftspolitik der Slowakischen Republik während der Transformationszeit verstehen zu können, muss deren politische Geschichte zumindest skizziert werden. Für den slowakischen Landesteil gestaltete sich die Transformation umso komplizierter, weil er in seiner ganzen Geschichte, mit einer Ausnahme von sechs Jahren im Zweiten Weltkrieg¹⁷², nie eine selbstständige staatliche Einheit und Souveränität besaß. Als die Tschechoslowakei Ende 1992 getrennt wurde, stand die Slowakische Republik auf einem historischen Kreuzweg. Bestimmt wurde dieser durch die stärkste politische Partei im Lande HZDS, die sich als Partei der demokratischen, national-emanzipatorischen Mitte verstand.¹⁷³ An ihrer Spitze stand der aufgehende Star auf der politischen Bühne Vladimír Mečiar.

Geboren 1942 in Mittelslowakei, stammte er aus einfachen Verhältnissen und arbeitete bis in die 1960er Jahre als Parteisekretär in der örtlichen Kommunalwirtschaft. In seiner Freizeit war er als Amateurboxer tätig, was in seiner späteren Karriere oft in Verbindung mit ironischen Bemerkungen stand.¹⁷⁴ Aufgrund seiner Kritik an der Niederschlagung des Prager Frühlings wurde er aus der KP ausgeschlossen und in ein Stahlwerk verlegt, wo er als Schmelzer arbeitete und ein Fernstudium der Rechtswissenschaften absolvierte. Ab 1974 war er als Unternehmensjurist tätig, bis er überraschenderweise, teilweise aufgrund von Kontakten zu Alexander Dubček, zum Innenminister der slowakischen Übergangsregierung gewählt wurde.

Bereits nach einem Jahr in der Funktion wurden er und sieben seiner Minister vom Premierminister Ján Čarnoburský aufgrund der angeblichen Behinderung des Reformschwunges abgesetzt. Es wurde ihm vorgeworfen, die sozialen und nationalen Aspekte in den Vordergrund zu bringen, was sich in der Weigerung widerspiegelte, im Föderalparlament das Restitutionsgesetz anzunehmen. Mečiar argumentierte, dass dieser Schritt besonders die Mieter und Arbeiter hart treffen würde und weitere soziale Verwerfungen entstehen würden.¹⁷⁵ Ein weiterer Kritikpunkt waren seine Kontakte nach Moskau, wohin er ohne Genehmigung im März 1991 eine Auslandsreise unternahm, um die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit

¹⁷² Der sogenannte „Slowakische Staat“ wurde am 14. März 1939 auf Druck NS-Deutschlands ausgerufen und agierte im Zweiten Weltkrieg als dessen Schutzstaat bis zur Befreiung durch die Rote Armee im Mai 1945.

¹⁷³ Vgl. Rüdiger Kipke, Slowakische Republik, In: Günther Heydemann, Karel Vodička (Hg.), Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990-2012 im Vergleich (Göttingen 2013), 193-214, hier 196.

¹⁷⁴ Einen großen Beitrag dazu leistete sein Ansturm an einen zudringlichen Journalisten in 2002, vgl. den Artikel in der Zeitung SME: Mečiar zaútočil na novinára, In: SME 14.09.2002, online unter:

<https://www.sme.sk/c/662268/meciar-zautocil-na-novinara.html> (24.03.2017).

¹⁷⁵ Vgl. Hofbauer, Noack, Slowakei, 71.

nach der Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu sichern. Ein Teil der Gespräche widmete sich auch der Verlängerung von Lizenzen auf die sowjetischen Waffen, die in den Rüstungsfabriken in der Zentralslowakei produziert wurden und deren Zukunft zu dem Zeitpunkt ungewiss war.¹⁷⁶

Bei den nächsten Parlamentswahlen im Juni 1992 zeigte sich Mečiar als ein rasanter Wahlkämpfer. Seine Partei HZDS verzeichnete einen klaren Sieg mit 37,3 Prozent der Stimmen und bildete mit der Slowakischen Nationalpartei (SNS) eine Koalition. Mit dieser führte er die Slowakei in die Unabhängigkeit und akkumulierte eine große Macht in seinen Händen. Es war gerade seine Machtgier und ein starker Nationalismus, die als Motivation für sein Engagement in den wissenschaftlichen Studien hervorgehoben werden.¹⁷⁷ Bis zur ersten Wahlniederlage 1998, aus der sich Mečiar und seine Partei nie vollständig erholten, bestimmte er die slowakische Politik und war im entscheidenden Maße für den Image des Landes im Ausland verantwortlich. Zum Erfolg bei seiner Wählerschaft verhalf ihm seine rhetorische Begabung und Charisma, mit welcher er über die Mäßigung des Reformtempos, Respektierung der slowakischen Spezifika und einer schmerzlosen Gestaltung des Übergangs zur Marktwirtschaft sprach.¹⁷⁸ Diese populistischen Versprechungen erfüllten anscheinend den Wunsch vieler Slowaken und Slowakinnen nach einer starken Autorität, die deren Bedürfnisse vertreten würde.

Weniger beliebt war Vladimír Mečiar im Regierungslager. Wegen seines aggressiven politischen Regierungsstils und der Verdrängung anderer Politiker aus Entscheidungsprozessen traten zunehmend Abgeordnete aus der HZDS aus, darunter auch der Außenminister Jozef Moravčík. Dies führte zum Verlust der parlamentarischen Mehrheit der HZDS und weiterhin zur Abrufung Mečiar vom Ministerposten durch ein Misstrauensvotum.¹⁷⁹ In den wenigen Monaten von März bis September 1994 wandte sich die Slowakei, mit Moravčík an der Spitze, stark dem Westen zu, indem Schritte zur Beschleunigung der Entstaatlichung der Wirtschaft unternommen und ein 263-Millionen-US-Dollar Kredit vom IWF genehmigt wurden. Die Privatisierung von großen Unternehmen, welche bisher kaum verwirklicht wurde, wurde derart vorangetrieben, dass Mečiar vom „Raub am Volkseigentum“ sprach und das Vorgehen der

¹⁷⁶ Vgl. Ivo Samson, Die Slowakei zwischen Annäherung an Moskau und Streben nach Westintegration (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1997), 20f.

¹⁷⁷ Vgl. Tim Haughton, Constraints and Opportunities of Leadership in Post-Communist Europe (Aldershot 2005).

¹⁷⁸ Vgl. Silvia Miháliková, Die Rückkehr der Slowakei nach Europa, In: Dittmar Schorkowitz (Hg.), Transition – Erosion – Reaktion. Zehn Jahre Transformation in Osteuropa (Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel 8, Frankfurt am Main 2002), 298-318, hier 302.

¹⁷⁹ Für mehr Informationen zu der Regierungskrise 1993-1994 siehe: Goldman, Slovakia, 61-68.

Moravčík-Regierung heftig kritisierte.¹⁸⁰ Weitere bedeutende Änderungen konnten aufgrund der kurzen Regierungszeit der Nicht-HDZS-Koalition nicht durchgeführt werden. Die vorgezogene Nationalratswahl vom September 1994 sollte für lange vier Jahre die wirtschaftspolitische Richtung der Slowakei bestimmen. Im Wahlkampf hob Mečiar die Bedeutung von nationalem Eigentum hervor, das vor Ausverkauf für niedrige Preise geschützt werden sollte. Er übte Kritik an die jetzigen ökonomischen Verhältnisse aus und beschuldigte Moravčík für die zweistellige Arbeitslosenquote.¹⁸¹ Dass Mečiar bei seiner Wählerschaft eine große Popularität besaß, war von den Wahlergebnissen abzulesen. Die HZDS erreichte 34,96 Prozent der Stimmen und wurde mit Abstand zur stärksten politischen Kraft im Lande. In die Koalition wurden die SNS und die Arbeiterbewegung der Slowakei (ZRS) dazu genommen, womit alle politische Spektren vertreten waren.

Innerhalb der nächsten vier Jahre konzentrierte Mečiar in seinen Händen mehr Entscheidungsmacht als je zuvor und scheute sich nicht diese zu seinen Gunsten zu nutzen. Als Beispiel sei die berüchtigte „Nacht der langen Messer“ vom 3. auf den 4. November 1994 genannt, im Rahmen welcher die Vergabe von allen staatlichen Schlüsselposten, inklusive Medien, an die eigenen präferierten Kandidaten erfolgte und somit der Opposition jegliche Kontrollmechanismen genommen wurden. In der fast 23 Stunden dauernden Sitzung wurden 54 Privatisierungen der Moravčík-Regierung wiederverstaatlicht, trotz Boykott der gesamten Opposition, die das Vorgehen als undemokratisch einstufte.¹⁸² Die geplante zweite Welle der Voucher-Privatisierung wurde verschoben. Das Verfassungsgericht unternahm dagegen fast nichts, trotz lauter Kritik des Staatspräsidenten Michal Kováč. Dieser stand während seiner ganzen Amtszeit in Konflikt mit Mečiar, was das Image der Slowakei als ein Demokratieland im Ausland maßgeblich beschädigte. Die Auseinandersetzung mit dem slowakischen Präsident kulminierte 1995 in der Entführung von Kováčs Sohn nach Österreich durch den slowakischen Geheimdienst, die bis heute wegen den von Mečiar erteilten Amnestien ungeklärt bleibt.¹⁸³ Obwohl die Beteiligung von Vladimír Mečiar an dem Verbrechen nie bewiesen werden konnte, wurde dieses als ein Signal an den amtierenden Präsidenten interpretiert, von seinem Amt abzutreten.¹⁸⁴ Dies passierte jedoch nicht. Im Gegenteil vertiefte sich noch die

¹⁸⁰ Vgl. Hofbauer, Noack, Slowakei, 108.

¹⁸¹ Die Arbeitslosigkeit der Slowakei in 1994 bewegte sich auf einem Niveau von 15 Prozent, vgl. Jeffries, Eastern Europe, 352.

¹⁸² Vgl. Hofbauer, Noack, Slowakei, 111.

¹⁸³ Mittlerweile wird in der Slowakei das Thema der Aufhebung von Amnestien erneut heftig diskutiert, am 5. April wurde im Parlament deren Aufhebung abgestimmt. Das Verfassungsgericht soll nun den Schritt aus dem Rechtsstandpunkt prüfen.

¹⁸⁴ Vgl. Goldman, Slovakia, 73.

Gegenüberstellung der zwei Persönlichkeiten und stellte die Rechtsstaatlichkeit der slowakischen Exekutive international in Frage.

Die EU-Kommission betrachtete das Vorgehen von Vladimír Mečiar mit Skepsis und sandte mehrere Demarchen Richtung Slowakei. Der Ministerpräsident bezeichnete diese als unbegründet und weitete seine Entscheidungsmacht weiterhin aus. Die EU-Beobachter waren empört, als im sogenannten „Fall Gaulieder“ dem HZDS-Abgeordneten František Gaulieder nach dem Austritt aus der Partei sein Abgeordnetenmandat entzogen wurde, trotz seiner Erklärung, diesen weiterhin behalten zu wollen. Das Verfassungsgericht bestätigte zwar nach einem halben Jahr die Rechtswidrigkeit des Mandatsabzugs, in der Regierung fand sich aber keine notwendige Mehrheit, um Gaulieder wieder in den Nationalrat aufzunehmen.¹⁸⁵

Die fraglichen Regierungspraktiken des Ministerpräsidenten gipfelten im gescheiterten NATO-Referendum vom Mai 1997. Um den demokratischen Anschein zu verstärken und zugleich den bevorstehenden Ausschluss von der ersten Beitrittsrunde in die NATO zu legitimieren, sollte die slowakische Bevölkerung über die NATO-Mitgliedschaft in einer Volksbefragung abstimmen. Die Fragen wurden so gestellt, dass sie eine negative Antwort nahelegten.¹⁸⁶ Die Opposition fügte zu den drei Fragen eine vierte hinzu, in der die Möglichkeit einer Direktwahl des Präsidenten durch die Bevölkerung angefragt würde. Weil aber diese Frage den Präsidentensitz für Vladimír Mečiar gefährdete¹⁸⁷, sorgte er dafür, dass am Tag der Volksbefragung Zettel nur mit den drei NATO-bezogenen Fragen verteilt wurden. Die gesamte Opposition war aufgebracht und rief zum Wahlboykott auf. Das Ergebnis und die Umstände dieses Referendums waren für die Slowakei blamierend. Die Beteiligung lag bei 9,5 Prozent, mit einer Mehrheit gegen den NATO-Beitritt. Im Ausland wurde das Regime von Mečiar als „*illiberal democracy*“ bezeichnet, mit einer fragwürdigen Außen- und Integrationspolitik.¹⁸⁸

Anschließend wurde die Slowakei bei dem NATO-Gipfel im Madrid im Juli 1997 nicht einmal erwähnt und von der EU-Kommission wegen „Nichterfüllung von politischen Kriterien“ von der Gruppe der EU-Beitrittsländer ausgeschlossen. Es wurde deutlich gemacht, dass eine

¹⁸⁵ Zu den Reaktionen der EU und einer genaueren Analyse des Vorfalls siehe: Gruber, Wilder Osten, 294-308.

¹⁸⁶ Die nächsten zwei Fragen lauteten: Sind sie dafür, dass in der Slowakei atomare Waffen stationiert werden? Sind sie dafür, dass in der Slowakei fremde Militärbasen errichtet werden?, zitiert in: Rastislav Báchora, Slowakische Republik. Parteipolitische Implikationen der sicherheitspolitischen Transformation 1993-2002 (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 1, Wien 2003), 20.

¹⁸⁷ In den Öffentlichkeitsmeinungen von 1997 war Michal Kováč beliebter als Vladimír Mečiar, der im Rahmen einer Abstimmung im Nationalrat den Präsidentenamt anstrebte, vgl. Goldman, Slovakia, 80.

¹⁸⁸ Für eine ausführliche Untersuchung der slowakischen Außenpolitik in den 1990er Jahren siehe: Ivo Samson, EU, NATO and the Slovak Republic: The National Principle Versus the Integration Principle, In: Reimund Seidelmann (Ed.), EU, NATO and the Relationship Between Transformation and External Behavior in Post-Socialist Eastern Europe (Demokratie, Sicherheit, Frieden 144, Baden-Baden 2002) 93-152.

„Rückkehr zum Westen“ mit einer Änderung des politischen Kurses einhergehen muss. Eine EU- und NATO-Integration war mit der HZDS an der Macht ausgeschlossen.

Die Parlamentswahlen vom 25. und 26. September 1998 waren somit sowohl innen- als auch außenpolitisch von immenser Bedeutung und bestimmten die weitere Entwicklung des Landes. Trotz heftiger Medienkritik erreichte die Partei von Vladimír Mečiar 27 Prozent der Wählerstimmen, eng gefolgt von der neu gegründeten SDK (Slowakische Demokratische Koalition) mit dem ambitionierten und in Westeuropa präferierten¹⁸⁹ Mikuláš Dzurinda an der Spitze. Da Mečiar zwar offiziell der Wahlsieger war, aber bei der Koalitionsbildung versagte, wurde er in die Opposition getrieben und von einer breiten Regierungskoalition unter der Führung von Dzurinda ersetzt. Dieser Regierungswechsel bedeutete eine „*fundamentale Wende der außenpolitischen Orientierung*“¹⁹⁰. In der Regierungserklärung von 1998 hieß es dementsprechend, dass die Hauptaufgabe der neuen Regierung sei „*den Kreis der internationalen Isolation durchzubrechen*“.¹⁹¹ Mit dem Ziel das Land in die NATO und EU zu integrieren, wurden mehrere Verfassungsänderungen durchgeführt und der Konditionalität seitens der EU-Kommission strikt gefolgt. Als Belohnung wurde die Slowakei im März 2004 Mitglied der NATO und zwei Monate später trat sie der EU bei.

Neue Regelungen führte die erste Dzurinda-Regierung vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik durch. Mikuláš Dzurinda war im Westen für seine Befürwortung von neoliberalen Reformen beliebt, die die Slowakei „*zurück auf den Weg des stabilen Wirtschaftswachstums*“¹⁹² bringen sollten. Als ein ordentlicher Musterknabe folgte die Regierung den Anweisungen des IWFs und der Weltbank und verabschiedete 1999 ein Stabilisierungspaket, das zwar nicht so stark wie das ungarische Bokros-Paket die Bevölkerung traf, dennoch für Unpopularität sorgte.¹⁹³ Des Weiteren wurden notwendige Schritte für die Bankenprivatisierung unternommen, Gelder für Umstrukturierung von Unternehmen ausgesondert und die verdächtigen Privatisierungsgeschäften der Mečiar-Regierung zur

¹⁸⁹ Simon Gruber meint, dass ohne der westlichen Unterstützung die Wahlen anders ausgegangen wären. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und NGOs traten vor den Wahlen auf und warben für Stimmenaufgabe für die SDK, vgl. Gruber, Wilder Osten, 375.

¹⁹⁰ Kneuer, Demokratisierung, 325.

¹⁹¹ Programové vyhlásenie vlády Slovenskej Republiky, 2, online unter: http://www.vlada.gov.sk/data/files/981_programove-vyhlaseenie-vlady-slovenskej-republiky-od-30-10-1998-do-15-10-2002.pdf (14.06.2016).

¹⁹² Ebenda, 6.

¹⁹³ Als Teil der Sparmaßnahmen wurden die Strompreise um ein Drittel erhöht, die Gehälter im öffentlichen Dienst eingefroren und Kürzungen öffentlicher Investitionen vorgeschrieben, vgl. 1999 Regular Report From the Commission on Slovakia's Progress Toward Accession (13.10.1999), 21, online unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/archives/pdf/key_documents/1999/slovakia_en.pdf (21.04.2017).

Untersuchung freigegeben. Somit sollte man sich von der Ära des „mečiarismus“ distanzieren, diese diskreditieren und zugleich verhindern, dass die HZDS jemals wieder an die Macht käme.

Unter dem Motto einer „*beschleunigten und simultanen Privatisierung*“ wurden jene Wirtschaftssubjekte zum Verkauf angeboten, die bisher von privater Initiative unangetastet geblieben waren. Davon versprach sich die Regierung erstens Einnahmen, mithilfe welcher das wachsende Haushaltsdefizit abgebaut werden sollte. Zweitens wurde dadurch die Attraktivität der Slowakei für die Auslandsinvestoren gefördert, um die bisher niedrigen FDI-Zuflüsse zum steigenden Trend zu bringen. In diesem Bereich leistete die Regierung sehr gute Arbeit, da die Finanzmittel von ausländischen Konzernen kontinuierlich anwuchsen.¹⁹⁴ Die OECD bewertete die Entwicklungen in der Slowakei in 2000 als durchaus positiv und beschloss deren Aufnahme in den Bund im selben Jahr. Dies wurde ebenfalls als ein Durchbruch in Richtung der West-Integration propagiert, denn Tschechien, Ungarn und Polen gehörten schon seit Mitte 1990er zu den Mitgliedern.

Der Leistungsbilanzsaldo des Staates hat sich allerdings weiterhin vertieft, wofür die Mečiar-Regierung und deren unkontrollierte Ausgabenpolitik verantwortlich gemacht wurden. Dies wurde effektiv auch im Wahlkampf um die Parlamentswahl von 2002 ausgetragen. Das Ergebnis des Urnenganges sollte entweder den gegenwärtigen Weg hin zur EU-Integration bestätigen, oder die Rückkehr von Mečiar und somit die Gefährdung des Fortschritts Richtung Westen bedeuten. In diesem Sinne wurden die Wahlen auch in den westeuropäischen Ländern interpretiert, ähnlich wie jene von 1998.¹⁹⁵ Eine Verzögerung bei den Aufnahmeverfahren in die EU fand schließlich nicht statt, obwohl sich die HZDS in den Wahlen von September 2002 weiterhin als die stimmenstärkste Partei ganz vorne platzierte. Die knappen 20 Prozent reichten allerdings nicht zur Regierungsbildung, die Koalition wurde aus den „pro-westlichen“ liberalen Parteien SDKÚ (Slowakische Demokratische und Christliche Union), KDH (Christlich-demokratische Bewegung), SMK-MKP (Partei der ungarischen Koalition) und ANO (Allianz des neuen Bürgers) zusammengesetzt. Mikuláš Dzurinda nahm wiederholt den Posten des Ministerpräsidenten ein, der diesmal Parteien hinter sich hatte, die ideologisch näher beieinanderstanden und somit leichter Reformen abstimmen konnten, wovon im vollen Rahmen Gebrauch gemacht wurde.

¹⁹⁴ Die direkten Auslandsinvestitionen stiegen ab der Regierung Dzurinda um mehrfaches: 1998 betrug sie umgerechnet etwa 2 Milliarden Euro, vier Jahre später waren es bereits über 6 Milliarden Euro, vgl. die Daten in: Ručinská, Slowakische Wirtschaft, 80 und 153.

¹⁹⁵ Das große Interesse für die Wahlen ist auch dem zuzuschreiben, dass die Chancen der HZDS bei den Wahlen 2002 nicht so gering waren, wie man denken könnte. Laut einer Meinungsumfrage vom August 2002 würden 19,2 Prozent der Wähler für die Partei stimmen, vgl. Báčora, Slowakische Republik, 51.

Gleich zu Beginn der nächsten Wahlperiode versuchte die Regierungskoalition die Situation im Staatshaushalt mit einem harten Sparpaket zu sanieren. Unter dem Schlagwort „Deregulierung der Preise“ wurden eine Kürzung von öffentlichen Ausgaben, Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie Erhöhung der Energiepreise, der Mieten und der Preise für den öffentlichen Verkehr angeordnet.¹⁹⁶ Der Grund für diese Maßnahmen lag in den Maastricht-Kriterien, die erfüllt werden mussten, um der EU beitreten zu können. Das Budgetdefizit sollte durch die Abschaffung aller versteckten staatlichen Subventionen abgebaut werden.

Die slowakische Regierung führte mehrere große Reformen durch, auf die sie sich in den vorangegangenen vier Jahren vorbereitet hatte. Die Gesundheitsreform bedeutete die Auflösung eines Großteils vom staatlichen Gesundheitswesen, diese Initiative sollten die privaten Firmen ergreifen. Dies führte zum Kostenwachstum und einer gewissen Monopolbildung, als der einflussreiche Investor „Penta Group“ viele Krankenhäuser und Ambulanzen erwarb. Ärztliche Behandlung wurde teurer, viele Ärzte wanderten ins Ausland aus, wo sie dieselbe Arbeit für ein Vielfaches an Gehalt ausüben konnten. Eine lange vorgeschobene Rentenreform hob das Rentenalter auf 62 Jahre an, schaffte die Mindestrente ab und führte das Drei-Säulen-System in die Rentenversicherung ein.¹⁹⁷

Nach wie vor blieb die hohe Arbeitslosigkeit ein Problem, die im Jahr 2002 mit 18,5 Prozent alarmierende Werte erreichte und gegen die man mit einer Reform der Sozialleistungen vorging. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt versuchte man mit dem Einladen von Automobilkonzernen – durch steuerliche Begünstigungen – zu verbessern. Automobilunternehmen wie der deutsche Volkswagen, der französische Peugeot und die südkoreanische KIA überschwemmt den Arbeitsmarkt und gründete Filialen, die Arbeitschancen für insgesamt 17 000 Arbeitnehmer anboten.¹⁹⁸

Nach der Privatisierung der slowakischen Gasindustrie in der ersten Dzurinda-Regierung, blieben nur noch wenige große Unternehmen im Staatseigentum. Das größte Privatisierungsprojekt der zweiten Regierung Dzurinda war der Verkauf der Slowakischen Kraftwerke und der beiden Flughäfen Bratislava und Košice. Die Gewinne wurden zur Finanzierung der Rentenreform benutzt. An der Sanierung und Restrukturierung der Banken hatte man eng mit der Weltbank zusammengearbeitet, anschließend wurden diese von den ausländischen Finanzinstituten übernommen. Alle diese Schritte wurden im Regierungslager

¹⁹⁶ Die Energien wurden um etwa 40 Prozent teurer, die Mehrwertsteuer auf die Güter des täglichen Bedarfs von 10 auf 14 Prozent aufgehoben, vgl. Hofbauer, EU-Osterweiterung, 174.

¹⁹⁷ Für mehr Informationen siehe: Ručinská, Slowakische Wirtschaft, 103-106.

¹⁹⁸ Vgl. Ručinská, Slowakische Wirtschaft, 149.

als Erfolg gefeiert, da man sich von neuen Eigentümern höhere Wettbewerbstätigkeit versprach.¹⁹⁹

Gekrönt wurde die radikale neoliberale Politik der Dzurinda-Regierung von der Einführung der Flat-Tax im Januar 2004. Mit einer Senkung der Einkommenssteuer und gleichzeitiger Erhöhung von Mehrwertsteuer auf 19 Prozent auf die meisten Güter des täglichen Gebrauchs erhoffte sich die Regierung die Schaffung starker Anreize für Unternehmensgründung und selbstständige Erwerbstätigkeit. Durch die Abschaffung der progressiven Besteuerung wurden die Reichen begünstigt, der verbreitete Mittelstand wurde jedoch benachteiligt.²⁰⁰ Als Vorreiter der Flat-Tax unter der ostmitteleuropäischen Staaten wurde die Slowakei für diese „Innovation“ gepriesen, die FDI strömten wieder in hohen Zahlen ein.²⁰¹ Ebenso stieg das Wirtschaftswachstum wieder rasanter an, 2004 verzeichnete das BIP einen 5,5 prozentigen Zuwachs und 2006 sogar 8,3 Prozent.²⁰²

Der Regierungswechsel von Mečiar zu Dzurinda deutete auch auf der wirtschaftspolitischen Ebene an einen Bruch mit den Strategien und Verhalten der Mečiar-Regierung. Wurde die Slowakei unter Mečiar als eine „*black hole in the heart of Europe*“²⁰³ bezeichnet, änderte sich das kontroverse Bild der Slowakei rasant nach 1998. Vor 2004 verglich man das Land mit einem „*Tiger*“ unter den Beitrittskandidaten, gemäß der Schnelligkeit bei der Umsetzung der EU-Kriterien. Unmittelbar im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt bediente man sich Reformen, um im Ausland gut anzukommen. Die positive Entwicklung im Bereich des Geschäftsumfeldes machte die Slowakische Republik zum „*Prädator aus dem Osten*“²⁰⁴ und am Ende der zweiten Dzurinda-Regierung im Jahr 2006 wurde deren Beschäftigungssystem zum dritten kostengünstigsten im europäischen Raum. Wie es dazu

¹⁹⁹ Vgl. Careja, Policy Coherence, 339.

²⁰⁰ Vgl. Sharon Fischer, John Gould, Tim Haughton, Slovakia's Neoliberal Turn, In: Europe-Asia Studies 59, 6 (2007), 977-998, hier 981.

²⁰¹ Im Jahr 2004 machten die FDI umgerechnet 20 Milliarden Euro aus, 2006 waren es sogar 25 Mrd. Euro, vgl. Ručinská, Slowakische Wirtschaft, 153.

²⁰² Vgl. die Zahlen in Ručinská, Slowakische Wirtschaft, 129f.

²⁰³ Diese oft zitierte Äußerung stammt von Madeleine Albright, der Außenministerin der USA in den 1990ern, die hiermit auf die undemokratischen Praktiken der Mečiar-Regierung hinweisen wollte. Diese Bezeichnung ist seit dem so verbreitet worden, dass sie für die Beschreibung der gegenwärtigen politischen Situation in der Slowakei benutzt wird, wobei die negative Konnotation zu Mečiar weiterhin besteht, vgl. zum Beispiel die polnische Online-Zeitschrift Financial Observer: Tom Nicholson, In Slovakia, Little Change Despite Decades of Protest, In: Financial Observer 16.ß1.2015, online unter: <http://www.financialobserver.eu/ce/in-slovakia-little-change-despite-decades-of-protest/> oder den Slovak Spectator: Tom Nicholson, In a black hole – again, In: The Slovak Spectator 07.09.2016, online unter: <https://spectator.sme.sk/c/20264843/in-a-black-hole-again.html> (beide Seiten wurden abgerufen am 18.05.2017).

²⁰⁴ Vgl. Miháliková, Slovakia, 184.

gekommen ist und wie diese Entwicklung die Weltbank und der IWF beobachteten, wird auf den nächsten Seiten geschildert.

5. Die slowakische Wirtschaftspolitik im Lichte von IWF und Weltbank

5.1. Der schwerwiegende Einstieg in die Unabhängigkeit (1993)

5.1.1. Die Makroökonomische Strategie zur wirtschaftlichen Erholung

Die wirtschaftliche Situation der am 1. Januar 1993 gegründeten Slowakischen Republik hatte ihre Wurzeln in dem radikalen Transformationsprogramm, der 1990 noch im gemeinsamen Staat mit Tschechien in Gang gesetzt wurde. Damals wurden von Václav Klaus eine Freigabe der Preise, eine strenge Wechselkurspolitik und die Abschaffung von staatlichen Subventionen angeordnet, um die Marktwirtschaft alsbald möglich einzuführen. Die Folgen dieses „Stabilisierungsprogramms“ für den slowakischen Landesteil waren gravierend: Bis 1993 war ein Produktionsrückgang in allen makroökonomischen Kennziffern zu beobachten, das BIP sank nach der Wende um ein Viertel, die Exporte fielen um die Hälfte. Die Preisliberalisierung und eine dreifache Devaluation der tschechoslowakischen Krone führten zur Explosion der Inflationsrate auf 61,2 Prozent. Dies wirkte sich auf die Lebenshaltungskosten sowie die Reduktion der Kaufkraft und der Investitionen dramatisch aus.²⁰⁵ Zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden der damaligen Tschechoslowakei 450 Millionen Dollar von der Weltbank als Kredit zur Verfügung gestellt. Die Geldmittel wurden direkt an die Erfüllung von bestimmten Bedingungen geknüpft, die mit dem Reformprogramm weitgehend übereinstimmten. Das Zurückziehen des Staates aus der Wirtschaftssphäre, eine rasche Privatisierung und die Reform des Finanzsektors mussten zu den Herzstücken der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik gemacht werden. In deren Umsetzung erwies sich die Regierung recht konsequent, weswegen der Staat im April 1992 weitere 236 Millionen Dollar vom IWF in Anspruch nehmen konnte. Damit wurde in der internationalen Gemeinschaft unterstrichen, dass das Land der Konditionalität beider Finanzorganisationen folgte.

Durch die Teilung der Tschechoslowakei wurden viele Wirtschaftskontinuitäten unterbrochen. Die Anleihen des IWFs und der Weltbank wurden zwischen den Staaten geteilt

²⁰⁵ Der Verbrauch ging um ein Viertel zurück, die Investitionen fielen von 34 % auf 25 % des BIP. Die Daten sind folgendem Bericht entnommen: The World Bank (1993), 2.

und die Slowakei konnte ihre Wirtschaftspolitik selber bestimmen, was einer der Streitpunkte in der Trennungsdebatte war.²⁰⁶ Von der Deregulierung und Marktöffnung war sie allerdings härter getroffen worden als ihr Nachbarland. Zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Teil der Republik bestand eine ungleiche wirtschaftliche Verflechtung, die sich vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts herausbildete. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war die Slowakei ein Agrarland ohne bedeutende Industriezentren. Ein massiver Ausbau von Energie- und Rohstoffindustrie fand in der kommunistischen Zeit statt, mit der Schwerpunktlegung auf Rüstungsindustrie, Metallindustrie und chemische Industrie. Es galt, die Differenzen zwischen den hochindustrialisierten Gebieten in Tschechien und den durch die Agrarwirtschaft geprägten slowakischen Regionen zu nivellieren.²⁰⁷

Nach der Wende 1989 musste die Volkswirtschaft einen tiefgreifenden Wandel durchmachen, um sich an die neuen Verhältnisse anpassen zu können. Die Schwerindustrie ging drastisch zurück, da das Kapital für die notwendige Modernisierung fehlte. Die Agrar- und Forstwirtschaft verlor maßgeblich an Bedeutung und die Waffenindustrie befand sich in tiefer Krise, da nach dem Zerfall des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe im Juni 1991 kaum Absatzmärkte für die Produkte vorhanden waren. Wegen dieser Faktoren hatte die Slowakei noch in der gemeinsamen Republik eine um 7,8 Prozent niedrigere Wirtschaftsproduktivität als Tschechien, allerdings einen höheren Anteil am Verbrauch, Investitionen und Ausgaben des Staates. Die jährlichen Transferzahlungen von ihrem wirtschaftlich stärkeren Bruder ermöglichten es, mehr zu verbrauchen als zu produzieren.²⁰⁸ Die Weltbank berichtete, dass nach der Selbstständigkeitserklärung die Slowakei drei „Schocks“ gegenüberstände, wobei alle als Folge der Trennung anzusehen seien: ein weiterer Rückgang des Außenhandels (um ein Fünftel), verursacht durch die Trennung von Tschechien, ein Verlust von den Transferzahlungen, die 7,5 Prozent des BIPs ausmachten und ein Mangel an institutioneller Infrastruktur, deren Etablierung neue Regulierungsinstrumente (Zentralbank) und Institutionen (Außenministerium) voraussetzt, wobei eine Knappheit an Fachkräften herrsche, da die meisten Stellen in Prag geblieben waren.²⁰⁹ Zusätzlich dazu herrschte im Land eine Arbeitslosigkeit von 10 Prozent, mit einem steigenden Trend und viel höheren Werten im östlichen Landesteil.

²⁰⁶ Vgl. Lukan, Transformationsprozeß, 25.

²⁰⁷ Vgl. Kipke, Vodička, Slowakische Republik, 206.

²⁰⁸ Im Jahr 1992 betrug die Unterstützung ungefähr eine Milliarde US Dollar, vgl. Vera Mayer, Regionale Disparitäten und Arbeitsmarkt in der Slowakischen Republik, In: Fassmann, Die Rückkehr, 83-139, hier 90.

²⁰⁹ Vgl. The World Bank (1993), 3f.

Es waren vornehmlich diese Gründe, weshalb nach der „samtenen Scheidung“ die Schocktherapie in Frage gestellt und ein wirtschaftlicher „Sonderweg“ der Slowakei diskutiert wurde.²¹⁰ Im Jahr 1993 hielt allerdings die slowakische Regierung die makroökonomischen Vorsichtsmaßnahmen ein und wurde von der Weltbank gelobt, die meinte, dass deren mittelfristige Aussichten viel-versprechend waren, aufgrund von „ausgebildeten und preisgünstigen Arbeitskräften, starker Produktionstradition und der Nähe zu den europäischen Märkten“.²¹¹ Damit war eigentlich gemeint, dass die slowakischen Arbeiter bereit waren, für niedrige Löhne harte Arbeit zu leisten und die geographische Lage für die Investitionen aus den westeuropäischen Ländern vorteilhaft war.

Um den wirtschaftlichen Niedergang zu mildern²¹² und Grundlagen für ein zukünftiges Wachstum zu schaffen, sollte die Regierung „notwendige Maßnahmen“ vornehmen, die zur Beurteilung der erfolgreichen Transformation im Laufe der 1990er Jahre immer wieder herangezogen wurden. In erster Linie sei die „makroökonomische Stabilität“ aufrechtzuerhalten, was hieße, das Leistungsbilanzdefizit abzubauen und die Staatseinnahmen zu erhöhen. Als zweiter wichtiger Punkt wurde die Privatisierung genannt, die im nächsten Unterkapitel näher behandelt wird. Um das Wachstum des privaten Sektors zu steigern, sei eine „umfassende Reform des Finanzsektors“ nötig, da zu dieser Zeit Wertpapiermärkte nicht gut funktionierten und im Banksektor viele Institutionen durch notleidende Kredite belastet seien. Ein weiteres Hindernis für ausländische Investitionen sei die damalige Infrastruktur. Beispielsweise sei das Fernmeldewesen zu klein und besitze eine veraltete Technik, die Eisenbahnen, Flughäfen und der Flusshafen in der Hauptstadt lägen in finanziellen Schwierigkeiten. Als letzter Punkt wurde das soziale Sicherheitsnetz angesprochen, wo eine „aktive Arbeitsmarktpolitik“ durch die Weltbank verlangt wurde, die sich einerseits die Schaffung von genügend Arbeitsplätzen zur Priorität macht und andererseits jene, die von der Armut am meisten betroffen sind, schützt.²¹³

Die Unterstützung von der Weltbank für diese umfassenden Aufgaben sollte in erster Linie in Form eines immensen Kredits (*Economic Recovery Loan*) erfolgen, der ungefähr 500 Millionen Dollar ausmachen und über drei Jahre (1994 bis 1996) ausgezahlt werden sollte. Allerdings hielten die Repräsentanten der Weltbank bereits zu diesem Zeitpunkt fest, dass dies

²¹⁰ Damit war eine Balance zwischen den radikalen und graduellen Reformen gemeint, die die nationalen Spezifika mehr berücksichtigen würde, oft bezeichnet als ein „slowakischer Weg“ vgl. Lukan, Transformationsprozeß, 26.

²¹¹ The World Bank (1993), 5.

²¹² Das BIP verzeichnete 1993 ein Defizit von -4,1 Prozent, Inflation machte 25 Prozent aus. Vgl. Národná Banka Slovenska, Annual Report 1993, 24f.

²¹³ The World Bank (1993), 5-8.

nur dann möglich wäre, wenn das Reformtempo seine bisherige Zügigkeit beibehielte. Die Weltbank warnte vor einem „*allgemeinen Abschwung in den Reformanstrengungen wegen innerpolitischem Druck*“, der durch das Wachstum der Arbeitslosigkeit und das Andauern der wirtschaftlichen Rezession zu drohen schiene. Es wird offen angeführt, dass „*unzureichende makroökonomische Strategien*“, wie auch die Nichteinhaltung der Empfehlungen für weitere Reformen weitere Zusammenarbeit ausschließend würden.²¹⁴ Die Vertreter der Finanzinstitution wussten zu diesem Zeitpunkt noch nicht, dass sich gerade dieses „*low case scenario*“ in den nächsten Jahren erfüllen wird.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Aussichten der Weltbank, die eng mit den IWF ihre Arbeit koordinierte, durchaus positiv und basierten auf dem „Letter of Development Policy“, der im November 1993 vom damaligen slowakischen Finanzminister Július Tóth geschrieben worden war. In diesem werden die bereits vorgenommenen Maßnahmen der slowakischen Regierung geschildert und die Unterstützung der Weltbank zur Umsetzung des Reformprogramms angefragt.²¹⁵ Die slowakischen Autoritäten versprachen zugleich, eine „enge Zusammenarbeit in allen geeigneten Bereichen“ mit der Weltbank zu leisten. Auch hier hat die Geschichte einen anderen Lauf genommen.

5.1.2. Der Privatsektor entsteht

Neben dem Fokus auf die makroökonomischen Indikatoren, stand die Privatisierung im Vordergrund der Aufmerksamkeit vom IWF und der Weltbank. Dieser Prozess war deswegen so wichtig, weil eine erfolgreiche Privatisierung als Voraussetzung für den gesamten Transformationsprozess bezeichnet werden kann. Die Herstellung von Besitz, der statt dem Staat zu gehören in den Händen von privaten Subjekten liegt, wurde als die wichtigste Garantie für den Aufbau einer funktionsfähigen Marktwirtschaft erachtet. Man erwartete dadurch nicht nur die Schaffung der Eigentümerkontrolle durch private Eigentümer, sondern auch eine Verbesserung der Effektivität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, deren Modernisierung und eine stärkere Kapitalbildung.²¹⁶

Auf dem Gebiet der Slowakischen Republik begann man mit dem Aufbau des Privatsektors in 1990, wobei der Vorgang in drei große Teile untergliedert war. Durch oft

²¹⁴ Ebenda, 11.

²¹⁵ Der Brief ist als Anhang in dem Bericht zu finden, vgl. Ebenda, 41-54.

²¹⁶ Vgl. Galgoczi, Privatisierung, 221.

komplizierte Restitutionsmaßnahmen wurde das verstaatlichte Eigentum an die ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben oder eine finanzielle Entschädigung vom Staat geleistet. Im Rahmen einer „Kleinen Privatisierung“ wurden Kleinbetriebe, vor allem im Dienstleistungsbereich, mittels öffentlicher Auktionen versteigert. Über 9 000 Kleinunternehmen konnten in Privatbesitz bis Ende 1993 übergeführt werden, womit die „Kleine Privatisierung“ als abgeschlossen galt. Am komplexesten erwies sich die „Große Privatisierung“ von ehemaligen staatlichen Unternehmen. Diese wurden in der Tschechoslowakei durch Verkauf von Aktien in Form von Investitionscoupons an die interessierte Bevölkerung veräußert. Bis Ende 1993 galt ungefähr eine Hälfte aller dieser Betriebe als privatisiert.²¹⁷

Mit der Privatisierung ging in den ostmitteleuropäischen Staaten eine unabdingbare Restrukturierung einher. Eine Reorganisation der Unternehmen war notwendig, weil diese nicht nach Regeln, die in der Marktwirtschaft zu befolgen sind, funktionierten. In der Slowakei war vor allem eine rechtliche und finanzielle Restrukturierung notwendig, viele Unternehmen verzeichneten in den vorangegangenen Jahren Verluste, häuften Schulden an oder produzierten unprofitable Produkte und mussten aus diesem Grund neu organisiert werden.²¹⁸

Der slowakische Privatisierungsprozess wurde 1993 von der Weltbank als „Fortschritt“ bezeichnet. Durch die Gründung von zahlreichen neuen Kleinunternehmen wuchs der Dienstleistungssektor deutlich an. Herausforderungen sah die Weltbank in der Bewältigung der „zweiten Welle“ der Privatisierung, für die die slowakische Regierung ab 1993 zunehmend die „standardmäßigen“ Methoden anzuwenden begann, da viele Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten waren und durch die Coupon-Methode keine neuen Besitzer finden konnten. Noch über 500 Unternehmen mussten dabei einen neuen Besitzer finden, wobei Auslandsinvestitionen eine größere Rolle spielen sollten.

„Je schneller, desto besser.“ So könnte man die Wünsche der Weltbank und des IWF bei der Privatisierungspolitik der Slowakei bezeichnen. Mehrere Investitionsprojekte wurden in dem Bericht vom November 1993 angekündigt, die die Engpässe für die Entwicklung des privaten Sektors entfernen sollten. Gekoppelt wurde die Verfügbarkeit der Geldmittel an die „Effektivität und Beschleunigung“ des Privatisierungstempos.²¹⁹ Um die Kreditgeber zu überzeugen, kündigte die slowakische Regierung an, bis Ende 1994 ein Drittel aller der sich

²¹⁷ Vgl. dazu: Dankwart Plattner, *Privatisierung in der Systemtransformation. Eine ökonomische Untersuchung am Beispiel der Privatisierungspolitik in Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Polen und Rumänien* (Berlin 1996), 138-150.

²¹⁸ Für mehr Informationen zum Thema Restrukturierung siehe: Ebenda, 107-115.

²¹⁹ The World Bank (1993), 25.

noch in staatlicher Hand befindlichen Unternehmen privatisieren zu wollen. Zusätzlich sollte Ende 1994 eine zweite Welle der Coupon-Privatisierung stattfinden.

Die Weltbank schätzte diesen Zugang sehr und verkündete, dass sich die Regierung nicht davor scheuen sollte, „*nicht lebensfähige*“ Unternehmen zu schließen, wenngleich in diesem Zusammenhang Kosten entstünden. Das Ziel des gesamten Privatisierungsverfahrens sei generell der „*Rückzug des Staates aus dem Produktionssektor*“ und eine „*Rationalisierung*“ jener Aktivitäten, die im Staatsbesitz verbleiben.²²⁰ Dass hier mit dem Wort „rationalisieren“ eigentlich „einschränken“ gemeint ist, muss nicht näher erläutert werden. Laut der neoliberalen Rhetorik hatte man den Staat in der neuen Marktwirtschaft nicht gerne gesehen und wenn, dann sollte er möglichst „schlank“ auftreten.

5.1.3. Der slowakische Arbeitsmarkt

Für die Situation auf dem slowakischen Arbeitsmarkt in den ersten Jahren des Transformationsprozesses ist in deren Geschichte kaum ein Präzedenzfall zu finden. Innerhalb der ersten drei Jahre verloren zehntausende Menschen ihren Arbeitsplatz. Die Slowakische Nationalbank musste Ende 1993 feststellen, dass 14,4 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Anstellung war.²²¹ Der Beschäftigungsverlust war für die Slowaken ein Schock, auf den sie nicht vorbereitet waren. Unter der Führung der Kommunistischen Partei gab es in der Tschechoslowakei keine Arbeitslosigkeit, zumindest nicht offiziell. Die Abschaffung der Planwirtschaft und zunehmende Deregulierung der Märkte bedingte, dass viele soziale Sicherheiten, darunter auch die Regel, dass jeder eine Arbeit haben musste, wegfielen und die Arbeitslosenrate zu wachsen begann. Vor allem jene Wirtschaftszweige, die am Anfang der 1990er Jahre unproduktiv wurden, beispielsweise die veraltete Schwerindustrie, waren vom Beschäftigungsabbau stark betroffen. Für den Fakt, dass in diesem Bereich die Slowakei besonders ungünstige Voraussetzungen hatte, spricht auch die Tatsache, dass in der benachbarten Tschechischen Republik die Arbeitslosigkeit nach der Trennung nur 3 Prozent ausmachte. Die slowakische Regierung stand hier vor einer schwierigen Aufgabe, die die ganze Transformationszeit deren Vertreter beschäftigen sollte.

Eine kurzfristige Lösung für die hohe Arbeitslosenrate gab es nicht, weil die

²²⁰ Ebenda, 8.

²²¹ Die ganze Zeit handelte es sich um einen steigenden Trend, vgl. Národná Banka Slovenska, Annual Report 1993, 26.

Schaffung neuer Arbeitsplätze eine Umstellung der gesamten Wirtschaft voraussetzte. Also galt es, das Problem aus der anderen Richtung anzugehen. Die Weltbank nahm sich das System der Sozialleistungen ins Visier und kritisierte, dass der Staat „*umfangreiche Ansprüche mit hohen Leistungen*“ betreibe, die bis zu 40 Prozent aller Staatsausgaben und ein Fünftel des BIPs kosteten. Man sprach sich für mehr Kontrolle und Einschränkung dieser Finanzen aus, um die haushaltspolitischen Ziele zu erreichen. Dies sollte durch „*better targeting*“ der Auszahlungen passieren. In der Slowakei gäbe es über 60 unterschiedliche Leistungsansprüche, die im Rahmen der Sozialunterstützung erhoben werden könnten. Laut Weltbank fielen diese bescheiden aus, allerdings könnten sie dermaßen kumuliert werden, dass sie einen „negativen Anreiz“ für die Arbeitssuche darstellen.²²² Wichtig anzumerken ist hier, dass das System der Sozialleistungen genauso wie der Anspruch auf einen Arbeitsplatz eine Errungenschaft der sozialistischen Ideologie war und als Selbstverständlichkeit bei der Bevölkerung wahrgenommen wurde. Allerdings meinten die Repräsentanten der Finanzorganisation, dass jenes System „*unvereinbar*“ mit den Zielen der slowakischen Wirtschaftsreform sei und die Initiative für die Versorgung des Haushalts zunehmend in der Verantwortung der Einzelpersonen liegen sollte.²²³ Derartige Aussagen konnten die slowakische Bevölkerung in der Umbruchszeit nicht befriedigen und waren Wasser auf der Mühle für Vladimír Mečiar, der ein harter Verfechter der sozialen Frage zugunsten der Armen war.

Für die Weltbank war es wichtig, dass der „*social safety net*“ so angelegt war, dass jene, die am meisten durch die radikalen Reformen betroffen wurden und im Bereich der Armut lebten, angemessene Unterstützung vom Staat erhielten, wie auch die Möglichkeit, eine neue Beschäftigung zu erlangen. Daher war die Aufgabe des Staates im Bereich der Sozialleistungen eine zweifache – es galt, die notwendige finanzielle Unterstützung für die Menschen ohne Arbeit zu leisten und zugleich Anreize zu schaffen, nach einer neuen Beschäftigung zu suchen. In beiden Fragen verpflichtete sich die damalige Regierung zu Reformen in der Zukunft, unmittelbar waren die Änderung der Anspruchskriterien auf die Sozialhilfe und Reduzierung der Familienzulagen geplant.²²⁴

Als der größte Vorteil des slowakischen Arbeitsmarktes wurden dessen Arbeitskräfte identifiziert. Die Weltbank lobte diese in ihrem Bericht, da sie „*gut geschult und sehr wettbewerbsfähig*“ seien und zu den „*in Ostmitteleuropa am besten ausgebildeten*“ zählten.²²⁵

²²² The World Bank (1993), 17 und 28.

²²³ Ebenda, 29.

²²⁴ Ebenda.

²²⁵ Der Bildungsgrad in der Slowakei sei noch höher als in Österreich, vgl. The World Bank (1993), 31.

Auch die niedrige Entlohnung trage zur Konkurrenzfähigkeit der Arbeiter bei. Gleich dahinter liest man in dem Bericht, dass die slowakischen Gehälter 10 Prozent jener in Deutschland ausmachen und sogar noch unter dem Gehaltsniveau Polens und Ungarns lägen. Wenn man diese Aussagen mit der hohen Arbeitslosigkeit verknüpft, wird die Nachricht der Weltbank klar. Vom Anfang an wurde die Slowakei als das „Billigland“ für potentielle Investoren präsentiert, in welchem trotz schwacher Infrastruktur ein großes Potential zur Verfügung stand. Die geographische Lage, niedrige Kosten und ein riesiges Arbeitskräftereservoir schufen sehr gute Voraussetzungen für Ansiedlung ausländischer Firmen. Zuerst musste jedoch die Marktwirtschaft ordentlich ausgebaut und das ökonomische Wachstum wiederhergestellt werden. Dafür galt es, die durch die Weltbank und den IWF gesetzten Bedingungen zu erfüllen und sich an deren Ratschläge zu halten.

5.2. Der „slowakische Weg“ in die Isolation (1994-1998)

5.2.1. Vom Wachstum in die Verschuldung

Als die Weltbank im Juli 1994 in ihrem ersten umfassenden Bericht über die slowakische Wirtschaftspolitik die Regierung zu „*aggressiveren Reformbemühungen*“²²⁶ aufforderte, befand sich das Land in einer Sondersituation. Ab März hatte den Posten des Ministerpräsidenten nicht der bei den Slowaken populäre Vladimír Mečiar inne, sondern im Rahmen eines Interregnums war es Miroslav Moravčík, der die Wirtschaftsreform bestimmte. Zwar wurden in den wenigen Monaten seiner Regierungszeit mehrere Reformen, vor allem im Bereich der Privatisierung²²⁷ durchgeführt, an der Macht konnte er sich nach den Parlamentswahlen vom September 1994 aber nicht halten. Die Gefahr, dass der gesellschaftliche Konsens für die Reform verschwinden könnte, wovor der die Weltbank in demselben Jahr offen gewarnt hatte, kam in diesem Moment zur Geltung. Die Arbeitslosigkeit erreichte 15 Prozent, die Realeinkommen waren im Vergleich zu 1990 um ein Viertel gefallen und die Preise für Produkte des alltäglichen Bedarfs erhöhten sich nach der Abschaffung der

²²⁶ The World Bank, Slovakia. Restructuring for Recovery (A World Bank Country Study, Washington 1994), xvii, online unter: <http://documents.worldbank.org/curated/en/413621468781508074/pdf/multi0page.pdf> (26.06.2017).

²²⁷ Die Geschäftsanteile von 88 staatlichen Unternehmen wurden zum Verkauf angeboten und fast eine Hälfte wurde binnen kurzer Zeit verkauft. Des Weiteren wurde die zweite Welle der Voucher-Privatisierung kundgegeben, im Rahmen welcher mehr als 600 staatliche Firmen verkauft werden sollten, vgl. Goldman, Slovakia, 97.

staatlichen Subventionen dramatisch. Als eine Lösung sah man die Wahl von Vladimír Mečiar, der mit populistischen Aussagen bei den slowakischen Wählern punkten konnte. Die verkündeten Versprechungen von einer langsameren Transformation und einer Verbesserung der sozialen Verhältnisse, wie auch seine Betonung von Nationalismus und der Besonderheit der Slowaken entsprachen dem, was man statt der radikalen Schocktherapie von Václav Klaus hören wollte.

Nach der Wahl zum Ministerpräsidenten war Mečiar der Meinung, dass der Staat eine wichtige Rolle in der Regelung der Wirtschaftspolitik hatte, womit er direkt den Forderungen der Weltbank und des IWF widersprach, die eine Einschränkung der staatlichen Kontrolle in diesem Bereich forderten. Auch war er nicht bereit, den strikten Forderungen der IWF-Vertreter in Washington nachzugeben, als diese 1993 eine 40-prozentige Abwertung der Slowakischen Krone im Gegenzug zum Hilfskredit forderten. Im Laufe seiner Regierungszeit bis 1998 änderte sich daran nur wenig.

In der Transformation der ostmitteleuropäischen Staaten galt generell, dass der gewählte Zugang zur makroökonomischen Stabilisierung die Einstellung eines Landes zu dessen Wirtschaftsstrategie charakterisierte.²²⁸ Die Slowakei schlug hier einen eigenen Weg ein, der aber in einigen Punkten durchaus die von der Weltbank und dem IWF geäußerten Hinweise befolgte. Zu sehen ist das in der Fiskalpolitik. Noch 1993 führte die Regierung ein Stabilisierungsprogramm ein, das eine strikte Währungs- und Fiskalpolitik umfasste und die staatlichen Einnahmen und Ausgaben regulierte. Basierend darauf konnte das Haushaltsdefizit, das 1992 noch 13 Prozent des BIP ausmachte, zwei Jahre später um fast die Hälfte gesenkt werden. Erreicht wurde dies durch die Erhöhung der Umsatzsteuer von 23 auf 25 Prozent und von fünf auf sechs Prozent für die Produkte des täglichen Gebrauchs. Die Währungspolitik blieb restriktiv, vor allem nach der Trennung von Tschechien verzeichnete man einen starken Rückgang der Devisenreserven und sah sich gezwungen, eine Kronenabwertung um 10 Prozent und Importzuschläge einzuführen. Die öffentlichen Finanzen wurden bis 1995 von einer vorsichtigen Stabilisierungspolitik geprägt²²⁹, wodurch laut der Weltbank eine „*gesamtwirtschaftliche Glaubwürdigkeit*“²³⁰ geschaffen wurde.

Weniger Vertrauen erwarb sich die Regierung, als sie sich weigerte, die staatliche Unterstützung in Form von Subventionen in sämtlichen Bereichen aufzuheben. Trotz der Forderungen der Weltbank und des IWFs wurden dafür weiterhin Geldmittel im Staatshaushalt

²²⁸ Vgl. Åslund, *How Capitalism*, 111.

²²⁹ Vgl. Ručinská, *Slowakische Wirtschaft*, 68.

²³⁰ *The World Bank* (1994), x.

ausgesondert.²³¹ Die vom IWF geforderte Deregulierung der Preise nahm sich die Regierung ebenfalls nicht zum Herzen, was davon abzuleiten ist, dass sich 1996 das Bildungs-, Gesundheits- und Wohnungswesen immer noch durch staatliche Preisverordnungen auszeichneten.²³²

Überraschenderweise schien aber die Wirtschaftspolitik der Slowakei unter Vladimír Mečiar, zumindest was die makroökonomischen Zahlen angeht, Erfolg zu haben. Die Inflation konnte dank der umsichtigen Geldpolitik der Slowakischen Nationalbank (NBS) bedeutend gesenkt werden, wofür die Institution vom IWF gepriesen wurde, sie „*reagiere effektiv auf die herausfordernden und sich ändernden Bedingungen*“.²³³ Das selbstständige und marktorientierte Handeln der NBS stieß auf eine positive Resonanz seitens des IWF vor allem deswegen, weil die Bank ihre Tätigkeiten unabhängig von der Regierung durchführte. Immerhin beanstandete der IWF den Kontrollmangel der Nationalbank über die staatlichen Schulden.²³⁴

In der Mitte der 1990er Jahre erwartete man, dass die Staaten des ehemaligen Ostblocks nach der Krise der ersten Jahre nun einen Wirtschaftsaufschwung erfahren würden und die wirtschaftliche Leistung die roten Zahlen verlassen würde. Die Slowakei war in dieser Hinsicht eine Überraschung, weil sie bereits 1994 positive BIP-Werte verzeichnete, mit einem Wachstum von 4,9 Prozent. Die Zahlen steigerten sich im nächsten Jahr sogar auf 6,8 Prozent, wonach das Land zu den „besten Transformationsländern“ gezählt wurde.²³⁵ Die wirtschaftliche Konjunktur dauerte bis 1997, als erste Brüche in der Wirtschaftspolitik sichtbar wurden. Angefangen hat die Erholung mit einem Anstieg der ausländischen Nachfrage nach slowakischen Gütern. Die Exporte wuchsen 1994 um 15 Prozent, als sich das Land in die internationalen Märkte zu integrieren begann. Die Währungsabwertung von 1993 spielte hier eine große Rolle, so verhalf sie doch zur Attraktivität der slowakischen Waren im Ausland. Im nächsten Jahr wurde wiederum die Inlandsnachfrage zur tragenden Säule des

²³¹ Wofür die Regierung das Geld ausgab, stand im Vordergrund des Weltbank-Berichtes von 1994. Zuschüsse an Unternehmen machten 1993 fünf Prozent des BIP aus, zwei Jahre später blieb diese Zahl ungefähr gleich, obwohl eine Verringerung vorgesehen war vgl. The World Bank (1994), x. und International Monetary Fund, Slovak Republic. Recent Economic Developments (IMF Staff Country Report No. 97/43, Washington 1997), 19. Dieser Bericht wurde nicht online freigegeben, sondern wurde dem Verfasser der Arbeit auf Anfrage direkt vom IWF per Email zugesandt.

²³² Vgl. Ebenda, 19.

²³³ Am Ende 1993 hielt sich die Geldentwertung bei 25 Prozent, 1995 verzeichnete diese lediglich 10 Prozent. Das Zitat ist folgendem Bericht entnommen: International Monetary Fund, Slovak Republic. Selected Background Issues (IMF Staff Country Report No. 95/103, Washington 1995), 27. Dieser Bericht wurde ebenfalls freundlicherweise dem Verfasser vom IWF zur Verfügung gestellt.

²³⁴ Vgl. Ebenda.

²³⁵ Das Land verdanke es der „beeindruckenden gesamtwirtschaftlicher Leistung“ seit 1994, vgl. IMF (1997), 6.

Wirtschaftsaufschwungs. Die Weltbank berichtete, dass sich die Importe um ein ganzes Viertel erhöhten, was auch der Tatsache geschuldet war, dass sie Waffenlieferungen aus Russland beinhalteten, die als Zahlungsmittel zur Tilgung alter Schulden dienten.²³⁶ Auch die Inflation verzeichnete weiterhin einen senkenden Trend und machte die Slowakei zum Land mit der niedrigsten Inflation von den ostmitteleuropäischen Staaten.²³⁷ Zugeschrieben wurde dies einer graduellen Preisliberalisierung, die im Vergleich mit Polen oder Tschechien langsamer erfolgte.

Bald folgte aber das Ende des slowakischen Wirtschaftswunders. Ab 1996 verzeichnete man einen Rückgang der Exporte einerseits, andererseits wuchs die Binnennachfrage beträchtlich. Somit befand sich die Wirtschaft in einer schwierigen Situation, indem sie mehr Ressourcen verbrauchte, als sie im Stande war zu nutzen. Die staatliche Handelsbilanz wies 1996 fast 11 Prozent Defizit auf, in den nächsten zwei Jahren besserten sich die Werte kaum. Der Grund für den Anstieg des Haushaltsdefizits lag laut dem IWF und der Weltbank in übertriebenen staatlichen Investitionen, die vor allem im Ausbau- und Infrastrukturbereich getätigt wurden.²³⁸ Gerade die Modernisierungsprojekte der Mečiar-Regierung, im Rahmen welcher das Geld in „*ineffiziente Betriebe*“ gepumpt wurde, stellten keine Garantie für Investitionsrentabilität in der Zukunft dar. Auch den umfangreichen Infrastruktur-Projekten, die sich vor allem auf den Ausbau von Autobahnen konzentrierten, standen die beiden Finanzzentralen misstrauisch gegenüber. Der Grund dafür war, dass deren Rückflussdauer zu lang war und sie kaum die künftigen Exportmöglichkeiten förderten, durch welche Einnahmen erzeugt werden könnten.²³⁹

Wie reagierte nun die Regierung auf diese ungünstige Lage? Sie führte einen Importzuschlag in Höhe von sieben Prozent ein, der die Importe dämpfen und zugleich Erlöse generieren sollte. Der IWF und die Weltbank kritisierten dieses Vorgehen, weil es 75 Prozent aller Importe betraf und gegen die Europa-Abkommen verstieß. Sie forderten eine baldige Abschaffung des Aufpreises und eine „*Wiederherstellung von offener Handelspolitik*“.²⁴⁰

Wie gezeigt wurde, sorgten die hohen Investitionen und Intervention der Mečiar-

²³⁶ Dass dies die Weltbank-Beobachter nur ungern sahen, kann alleine von dem Fakt, dass es in dem Bericht aufgeführt wird, abgeleitet werden, vgl. The World Bank, Slovak Republic. A Strategy for Growth and European Integration (A World Bank Country Study, Washington 1998), 5, online unter: <http://documents.worldbank.org/curated/en/557541468759589097/pdf/multi0page.pdf> (26.06.2017).

²³⁷ Diese betrug 5,4 Prozent am Ende des Jahres 1996, vgl. IMF (1997), 36.

²³⁸ Die höchsten Investitionen flossen in den Stromsektor, was in Verbindung mit dem Ausbau des Atomkraftwerkes in Mochove stand. Weitere Anlagen wurden im Bereich der Maschinenindustrie getätigt, vgl. International Monetary Fund, Slovak Republic. Recent Economic Developments (IMF Staff Country Report No. 98/60, Washington 1998), 8, online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/1998/cr9860.pdf> (26.06.2017).

²³⁹ Vgl. The World Bank (1998), 6.

²⁴⁰ IMF (1998), 19, und The World Bank (1998), xii.

Regierung in die slowakische Wirtschaft für Warnungen des IWF und der Weltbank über die Tragfähigkeit der expansiven Fiskalpolitik. Ein Defizit in der staatlichen Handelsbilanz belastete nämlich unausweichlich dessen Zahlungsbilanz. Der Staat musste das fehlende Geld irgendwo einholen, was durch die Kreditaufnahme passierte. Wie gravierend die Auswirkungen derartiger Wirtschaftspolitik waren, kann an dem Stand der Staatsverschuldung gemessen werden. Die Slowakei stieg in die Unabhängigkeit mit einer verhältnismäßig niedrigen Auslandsverschuldung von umgerechnet 2,8 Mrd. Dollar. Bis Ende des Jahres 1998 stieg diese laut den Angaben der NBS ums vierfache auf 11,9 Mrd. Dollar. Die Pro-Kopf-Verschuldung stieg gegenüber 1993 um 393 Prozent an.²⁴¹

Warum erreichte die Slowakei laut dem IWF und der Weltbank einen derartigen Wirtschaftsrückgang? Als die Hauptursache für die Situation wurde die Aufschiebung der institutionellen und strukturellen Reformen genannt, zusammen mit einem Mangel an Restrukturierung von mittleren und größeren Unternehmen. In diesem Bereich wurde zugleich die willkürliche Wirtschaftspolitik von Vladimír Mečiar am meisten sichtbar. Diesem Thema widmet sich das nächste Kapitel.

5.2.2. Vernachlässigung von strukturellen Reformen

Bis sich die Slowakei von Tschechien getrennt hatte, befanden sich fast 30 Prozent der zu privatisierenden Firmen im Privatsektor. Als man nach zwei Jahren diese Zahl auf 50 Prozent erhöhen konnte, verdiente man sich Lobspprüche von der Weltbank, wenngleich auf die Coupon-Privatisierung verzichtet wurde.²⁴² Für die zweite Welle der Privatisierung verkündete die erste Mečiar-Regierung 1993 den Übergang zu den „Standardmethoden“, die in direkten Verkäufen und kleineren Auktionen bestehen sollten, weil man glaubte, dadurch höhere Gewinne verzeichnen zu können. Auch wurde durch die Voucher-Verteilung das Eigentum zerstreut, ohne einen klar definierten Besitzer zu haben. Kritisch stand der Ministerpräsident vor allem den ausländischen Unternehmern gegenüber und versuchte diese von dem Privatisierungsprozess auszuschließen. Sein Ziel beschrieb die Weltbank als *„to foster the emergence of a class of domestic entrepreneurs with a stronger hand in managing*

²⁴¹ Národná Banka Slovenska, Annual Report 1998, 42, online unter: <http://www.nbs.sk/img/Documents/Publikacie/AnnualReport/ARNBS98.pdf> (27.06.2017).

²⁴² Die Tschechische Republik erreichte zum selben Zeitpunkt bereits einen 80-prozentigen Wert von privatisierten Unternehmen, vgl. Ručinská, Slowakische Wirtschaft, 71.

*enterprises*²⁴³. In Mečiar's Rhetorik hieß es, sich nicht auf das ausländische Kapital verlassen zu müssen, was er offen auch in der Zukunft bei seinen investitionsschweren Projekten darlegte. Als beispielsweise der Ausbau vom Autobahnnetz gestartet wurde, verkündete der Ministerpräsident, dass hierzu keinerlei ausländische Finanzmittel benötigt werden.²⁴⁴

Die Weltbank-Vertreter waren erst erleichtert, als man ab 1. September 1994 die Zweite Welle der Privatisierung mittels Vouchers ausschrieb, in der die Mehrheit der restlichen Betriebe durch die Bürger veräußert werden sollte.²⁴⁵ Diese Entscheidung hat die Regierung von Miroslav Moravčík getroffen, nicht nur weil sie als eine „demokratische Variante“ galt, sondern auch am schnellsten Ergebnisse zu bringen schien. Da Moravčík nicht wusste, wie lange er sich an der Macht halten könnte, versuchte er möglichst rasch die Reform durchzusetzen.

Nach den Wahlen 1994 war aber Mečiar zurück und annullierte die meisten Schritte der vorigen Regierung. So stimmte die Regierung ein novelliertes Gesetz ab, das besagte, dass die Privatisierung unter der Aufsicht des Fonds des Nationalen Eigentums (FNM) stattfinden solle. Diese Institution, deren Ausschuss durch das Parlament gewählt wurde, spielte eine zentrale Rolle in der slowakischen Privatisierung. Der Fond übernahm das Staatseigentum und überführte dieses auf der Basis von Privatisierungsentscheidungen an die neuen Besitzer. Wie sich in den kommenden Jahren herausstellte, war der FNM hochgradig politisiert und arbeitete oft ohne staatlicher Kontrolle, was zu vielen Verlusten bei den Verkäufen führte.²⁴⁶

Am meisten wurden die IWF- und Weltbank-Beobachter durch die Neuausrichtung in der zweiten Privatisierungswelle beunruhigt. Im Sommer 1995 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, laut dem die bereits verteilten Coupons mit Schuldscheinen ersetzt werden sollten. Diese wurden im Nominalwert von 10 000 Kronen an die angemeldeten Bürger ausgeteilt. Dieses Vorgehen führte allerdings kaum zum Eigentumswechsel, da die Obligationen in verschiedenen Formen getilgt werden konnten.²⁴⁷ Die slowakischen

²⁴³ The World Bank (1994), 51.

²⁴⁴ Vgl. Den Artikel in SME: Podľa premiéra V. Mečiara výstavba diaľnic si nevyžiada zahraničné pôžičky, In: SME 17.05.1995, online unter: <https://www.sme.sk/c/2118164/podla-premiera-v-meciara-vystavba-dialnic-si-nevyziada-zahranicne-pozicky.html> (28.06.2017).

²⁴⁵ Zugleich fügte man aber hinzu, dass die zweite Welle sich komplizierter als die erstere erwiesen könne, weil in dieser mehrere Unternehmen figurieren, die komplex und fest in staatlicher Hand verankert seien, vgl. The World Bank (1994), Ebenda.

²⁴⁶ Als Beispiel sei der Aktienverkauf von Slovnaft genannt, der führenden slowakischen Erdölgesellschaft, deren Anteile für 230 Mil. Kronen veräußert wurden, was weniger als 25 Prozent des Marktpreises ausmacht (895 Mil.), vgl. Anton Marcinčin, Miroslav Beblavý (Ed.), *Hospodárska politika na Slovensku 1990-1999* (Bratislava 2000), 288.

²⁴⁷ Die Obligationen waren bis Ende 2000 fällig und konnten an Unternehmen oder Banken verkauft werden, welche die Schuldner von FNM waren. Die Unternehmen sollten mit den Nominalscheinen ihre Schulden an

Wirtschaftswissenschaftler führen an, dass bis Ende von 1998 lediglich 5 Prozent aller Schuldscheine zum Zweck von Aktienwerb der privatisierten Unternehmen benutzt worden sind.²⁴⁸

Ansonsten schritt die Entstaatlichung schnell voran, zumindest auf dem Papier. Bis 1996 wurden 217 der sich im Staatsbesitz befindenden Betriebe verkauft. Der Grund für die Zügigkeit lässt sich in den IWF-Berichten nachlesen. Diese legen offen, dass die Kaufpreise der Unternehmen nur etwa 40 Prozent deren Buchwertes ausmachten.²⁴⁹ Wie wurde das begründet? In dem Kaufvertrag verpflichtete sich der neue Besitzer, dass er Investitionen in bestimmter Höhe in seine neue Firma einsetzen werde. Dadurch erhoffte sich der Staat, dass die Kosten für die Umstrukturierung der Betriebe jeweils der neue Eigentümer tragen wird. Inwieweit dies tatsächlich stattfand und ob sich derartige „Geschäfte“ für die Regierung lohnten, muss hinterfragt werden. Vielmehr scheint es, dass viele Unternehmen einfach unterhalb des Marktwerts an ausgewählte Manager und politische Bekannte weitergegeben wurden, wie es ein Forschungsbericht des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) anführt.²⁵⁰

Die von Mečiar erwünschte „starke Unternehmensschicht“ zeichnete sich vor allem durch ihre Loyalität gegenüber dem Regime aus. Tatsächlich war es der FNM, der entschied, was, wem und für wie viel verkauft wurde. Die slowakischen Studien bestätigen ebenfalls die Annahme, dass die Privatisierung von Mečiar zur Ausbeutung des slowakischen Eigentums führte. Aufgrund der intransparenten und unkontrollierbaren Privatisierung verlor der Staat angeblich Milliarden slowakischer Kronen. Alleine zwischen 1995 und 1997 wurden 889 Unternehmen durch direkte Verkäufe veräußert, im Buchwert von 103 Mrd. Kronen. Der tatsächlich bezahlte Kaufpreis war allerdings 48,8 Mrd. Kronen, also war privatisierte Eigentum für fast die Hälfte seines eigentlichen Wertes verkauft worden.²⁵¹

Dass dieses Vorgehen bei den westlichen Finanzorganisationen Alarm auslöste, muss nicht näher ausgeführt werden. Mit ähnlichem Misstrauen begegnete man dem zweiten Gesetz

FNM begleichen, was aber ziemlich intransparent verlief. Weiterhin war es möglich, statt in die Unternehmen zu investieren, die Geldpapiere für Rentenversicherung oder sogar Wohnungserwerb zu benutzen, was viele in Anspruch genommen haben. vgl. Marcinčin, Beblavý, *Hospodárska politika*, 295f.

²⁴⁸ Hingegen wurde fast ein Viertel an Personen ausbezahlt, die älter als 70 Jahre waren. Vgl. Ebenda.

²⁴⁹ Vgl. IWF (1997), 18.

²⁵⁰ Vgl. Zdenek Lukas, *Slovakia: Challenges on the path towards integration* (Research Reports WIIW No. 261, Wien 1999), 5.

²⁵¹ Die Autoren geben in der Studie an, dass gerade bei den direkten Verkäufen der Mečiar-Regierung die Korruption blühte. Im Vergleich dazu bewegte sich der Preis der früheren Privatisierungen vor 1995 um 80 Prozent des Buchwertes. Die gesamten Daten sind zu finden in: M.E.S.A. 10, *Privatizácia*, In: Juraj Borgula, Martin Bútorá u.a., *Sľuby a realita. Slovenská ekonomika 1995-1998* (M.E.S.A. 10, Bratislava 1998), 45-57, hier 49.

des Sommers 1995, das einen neuen Begriff im Wörterbuch der Privatisierung etablierte: „strategisches Unternehmen“. So wurden jene Unternehmen bezeichnet, in denen der Staat das Eigentum behalten wollte. Auf der Liste befanden sich 29 Großbetriebe im Gesamtbuchwert von etwa 100 Mrd. Kronen.²⁵² Die auch als „*essential enterprises*“ bezeichneten Unternehmen verkörperten die Einzigartigkeit der slowakischen Privatisierungspolitik. Außerdem versuchte Mečiar weitere 45 Unternehmen auszusondern, in denen der Staat über die wesentlichen Entscheidungen das Recht besitzen würde, künftige Privatisierungen verbieten zu dürfen. Kein Wunder, dass der IWF und die Weltbank die Aufhebung des Privatisierungsvetos forderten und dies als „*Einschränkung der Funktionsfähigkeit von slowakischer Marktwirtschaft*“ bezeichneten.²⁵³ Es kam so weit, dass das Verfassungsgericht das Regierungsveto aufheben musste, weil es gegen die Gleichstellung der Eigentümerrechte verstieß.²⁵⁴ Damit fand die Regierung sich nicht ab und setzte zumindest durch, dass die strategischen Unternehmen vom Bankrott befreit werden. Durch diese Maßnahme wurden einerseits die Unternehmensführung und die finanzielle Disziplin des Staates gefährdet, andererseits blieb ein großer Teil der Unternehmen in staatlicher Hand und die Entstaatlichung schritt kaum voran.²⁵⁵

Warum war man über die Verlangsamung der Privatisierung in Washington so besorgt? Zum einen, weil in die oft uneffektiven Betriebe unter der Staatsaufsicht das Geld gepumpt wurde, anstatt diese einfach zu schließen. Zum anderen deswegen, weil dies die Restrukturierung von Unternehmen verhinderte und deren Entwicklung bremste. Somit verfehlte man das eigentliche Ziel der Privatisierung – ein unternehmerisches Umfeld zu schaffen, das effizienter die slowakische Betriebsphäre hätte machen sollen.

Ein Grund, weswegen die Bretton-Woods-Institutionen mit den Ergebnissen nicht zufrieden waren, war die geringe Öffnung der Slowakei gegenüber den westeuropäischen Ländern. Der IWF kritisierte, dass die slowakische Umstrukturierung „*praktisch ohne das ausländische Kapital und Knowhow*“ zustande käme.²⁵⁶ Ende 1996 warnte die Weltbank die Mečiar-Regierung, dass die Beschränkung von ausländischer Beteiligung deren EU-Beitritt gefährde, indem diese gegen die Grundidee des fairen und offenen Wettbewerbs verstieße.²⁵⁷ Unterstrichen werden diese Aussagen mit den tatsächlichen Zahlen: von 367 stattgefundenen

²⁵² Auf der Liste befanden sich 29 Großbetriebe vornehmlich aus der Rüstungsindustrie, Stromsektor, Telekommunikation und Landwirtschaft, vgl. IWF (1997), 18.

²⁵³ Ähnliche Formulierungen befinden sich sowohl in: IWF (1998), 15, als auch in: The World Bank (1998), 44.

²⁵⁴ Vgl. Kipke, Slowakische Republik, 106.

²⁵⁵ Vgl. IWF (1997), 19.

²⁵⁶ Daraus resultierten sehr geringe ausländische Investitionen, die in einem anderen Kapitel eingehend behandelt werden. Das Zitat ist entnommen von: IWF (1998), 15.

²⁵⁷ Vgl. Goldman, Slovakia, 104.

Privatisierungen im Jahr 1995 gingen nur fünf an Ausländer, von 400 ein Jahr später sogar nur zwei.²⁵⁸

Die Konsequenzen einer derartigen Wirtschaftspolitik waren für die slowakischen Unternehmen gravierend. Die Weltbank-Länderstudie von 1998 legte offen, dass es eine ganze Reihe von Betrieben gab, die ständig Verluste verzeichneten.²⁵⁹ Statt effektive Maßnahmen zu ergreifen und den Aufrufen der Weltbank nach Bankrotterklärung zu folgen, stellte die Regierung den sogenannten „Revitalisierungsakt“ vor, der die ungünstige Situation lösen sollte. Dieser bot einem Unternehmen massive Steuererleichterungen und eine Schuldenabschreibung im Gegenzug für die Einreichung von einem Restrukturierungsplan an. Anschließend wurde die Angemessenheit der Vorlagen geprüft. Die Weltbank reagierte hierauf zurückhaltend und betonte, dass eine derartige Strategie nur unter der Bedingung akzeptierbar sei, wenn „*so wenig direkte Regierungseinmischung wie möglich*“²⁶⁰ vorhanden werde. Wie reagierte hier die Regierung der Slowakei? Zu den Repräsentanten der Kommission zählten Angestellte von fünf Ministerien, der drei größten Banken und der staatlichen Versicherungsanstalt. Statt die „*policy interference*“ auszuschließen, machte man diese zum Bestandteil des Aktes. Besondere Sorgen bereitete der Revitalisierungsakt den Banken, da dadurch deren Glaubwürdigkeit und Kapitallage in Frage gestellt worden war.²⁶¹ Es ist der politischen Geschichte zu verdanken, dass die Kommission nicht lange ihre Funktion hat ausüben können und nach den Parlamentswahlen 1998 aufgelöst wurde.

Wie gezeigt wurde, hatte es der Unternehmenssektor bis 1998 nicht geschafft, die Leistungsfähigkeit bei der Mehrheit der alten Unternehmen zu erhöhen. Im Gegenteil, diese verschuldeten sich und waren bei potentiellen Investoren als unattraktiv angesehen. Ein weiteres Problem bestand bei den staatlichen Banken, die unrentable Firmen mit Gelder subventionierten und somit faule Kredite angehäuften hatten. Das Ausmaß dieser „*bad loans*“ war dermaßen hoch, dass aufgrund dessen das gesamte slowakische Bankwesen von der Weltbank als „*unterentwickelt*“ eingestuft wurde. Zudem waren laut dem Weltbank-Bericht die finanziellen Einsparungen aufgrund der expansiven Investitionspolitik der Mečiar-Regierung

²⁵⁸ Vgl. M.E.S.A. 10, 50.

²⁵⁹ Besonders hoch seien diese bei den strategischen Unternehmen. Eine genaue Zahl wird aber nicht genannt, da kein Zugang zu diesen Daten bestehe. Auch sei es unklar, woher diese Betriebe finanziert würden. Vgl. The World Bank (1998), 35f.

²⁶⁰ The World Bank (1998), 44.

²⁶¹ Vgl. den Artikel in der englischsprachigen Zeitschrift über die Slowakei „Slovak Spectator“: Tom Nicholson, Banks nervously await revitalization process, In: The Slovak Spectator 11.09.1997, online unter: <https://spectator.sme.sk/c/20014550/banks-nervously-await-revitalization-process.html> (28.06.2017).

niedrig und konnten die neuen, vom Privatsektor getragenen Initiativen, kaum umsetzen.²⁶² Um die Leistungsfähigkeit der Banken zu erhöhen, empfahl man deren Privatisierung. Zwar wurden Anteile von den zwei größten slowakischen Banken im Rahmen der Coupon-Privatisierung in Privathände überführt, dennoch seien „größere Anstrengungen“ notwendig, um die Regierungsteilnahme im Banksektor zu verringern.²⁶³

Wie wurde diese Wirtschaftspolitik von der slowakischen Öffentlichkeit wahrgenommen? Laut einer Umfrage von 1995 stimmte nur 29 Prozent der Befragten mit der Privatisierungspolitik der Regierung überein, 61 Prozent äußerten sich dagegen. Über 86 Prozent waren zudem überzeugt, dass die Privatisierung zugunsten der Ausweitung der Koalitionsmacht gesteuert wurde.²⁶⁴ Somit wuchs die Chance, Vladimír Mečiar bei den nächsten Wahlen vom Regierungssessel abzusetzen.

5.2.3. Zwischen Ost und West – die slowakische Außenwirtschaft unter Mečiar

Wie bereits angedeutet, waren die Auswirkungen der „Samtenen Scheidung“ von Tschechien auf die slowakische Wirtschaft schwerwiegend. Die hohe Konzentration von Schwerindustrie erwies sich als eine ungünstige Ausgangsbasis für den Übergang zur Marktwirtschaft. Ein Großteil der Betriebe galt bereits in dem vorigen Regime als ineffektiv und veraltet. Für die Modernisierung waren kaum Geldmittel vorhanden und jene Betriebe, die weiterhin Waren produzierten, konnten kaum mit der Konkurrenz von den ausländischen Märkten mithalten. Am schlimmsten war die Rüstungsindustrie betroffen. Vor 1989 galt die Tschechoslowakei als der sieb-größte Waffenlieferant der Welt, die Produktion von Rüstungsgütern machte ein Zehntel der industriellen Kapazitäten des Landes aus.²⁶⁵ Nach der Auflösung der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges sind deren Produkte redundant geworden. Als der tschechoslowakische Präsident Václav Havel im Rahmen seiner Friedenspolitik die Schließung der meisten Waffenfabriken in seinem Land anordnete, kostete dies fast 80 000 Slowaken den Arbeitsplatz.²⁶⁶

Für den slowakischen Außenhandel bedeutete der Zerfall des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe einen Verlust von Absatzmärkten, vor allem für jene Rüstungsgüter, die noch

²⁶² The World Bank, Slovakia (1994), 25.

²⁶³ Ebenda, 38.

²⁶⁴ Vgl. Die Daten in Marcinčin, Beblavý, Hospodárska politika, 295.

²⁶⁵ Vgl. Mayer, Regionale Disparitäten, 95.

²⁶⁶ Zitiert in: Báchora, Slowakische Republik, 12.

produziert wurden. Die Russische Föderation selbst befand sich in einer tiefen Wirtschaftskrise und die Nachfrage nach Waffen war nach dem Ende des Kalten Krieges nicht vorhanden. Wenngleich sich die Außenwirtschaft relativ schnell auf die Länder jenseits des ehemaligen Ostblocks verlagerte²⁶⁷, verzichtete die Slowakei nicht auf ihren östlichen Handelspartner. Russland galt als der wichtigste – und in vielen Bereichen der einzige – Rohstofflieferant für die slowakischen Fabriken. Zu den wichtigsten Rohstoffen gehörten Erdöl, bestimmt für den Monopolkonzern Slovnaft, Gas, der die Slowakische Gasindustrie (SPP) versorgte und Eisenerz, der in den Ostslowakischen Stahlwerken (VSŽ) weiterverarbeitet wurde. Ob es die Energieabhängigkeit von Russland war, die den populistisch agierenden Vladimír Mečiar dazu bewegte, enge Beziehungen zu der einstigen Großmacht aufzubauen, sollte hinterfragt werden. Vielmehr scheint sich darin die Verfolgung des von ihm proklamierten „slowakischen Weges“ widerzuspiegeln, der die Slowakei als eine Art Brücke zwischen Ost und West positionierte. Der slowakische Ministerpräsident war der Meinung, dass die Slowakei geopolitisch ein „außerordentlich gut situiertes Land“²⁶⁸ sei und es die westeuropäischen Länder seien, die die Slowakei bräuchten, nicht umgekehrt. Dass für den Ministerpräsident eine enge Zusammenarbeit mit Russland als eine Alternative zur westeuropäischen Integration galt, drückte er 1995 in einem seiner meistzitierten Aussprüchen aus: „*Wenn uns der Westen nicht haben will, dann gehen wir eben zum Osten.*“²⁶⁹ Nach derartigen Aussagen zweifelte man auch in Washington an der Glaubwürdigkeit der Regierungserklärung von 1994, die die Notwendigkeit einer EU-Integration in den Vordergrund stellte.²⁷⁰

Es blieb nicht nur bei den Worten, die slowakische Regierung engagierte sich tatsächlich in Abkommen, die sie näher an die Russische Föderation hätten binden sollen. Im Rahmen des sogenannten Surgut-Projekts sollten kontinuierliche Lieferungen von russischem Erdöl tief unter dem Weltmarktniveau an die Slowakei erfolgen und der Ausbau einer gigantischen Pipeline zur Versorgung westeuropäischer Ländern mit russischem Gas stattfinden.²⁷¹ Wenngleich das Projekt auf diese Art und Weise nie zustande kam, sorgte dennoch der Energiebereich für kritische Stimmen bei der Weltbank, die besonders in den Ländern des ehemaligen Ostblocks das Thema des Umweltschutzes ins Visier nahm.²⁷² Große Sorgen rief das Atomkraftwerk Mochovce hervor, das sich seit 1978 im Ausbau befand. Dessen

²⁶⁷ Bis 1998 richtete man eine Hälfte der Exporte auf die EU-Märkte aus, vgl. Lukas, Slovakia, 29 und 64.

²⁶⁸ Samson, Die Slowakei, 13.

²⁶⁹ Zitiert in: Ebenda, 14.

²⁷⁰ Vgl. den ersten Abschnitt der Regierungserklärung über die Außenbeziehungen, online auf der Webseite der slowakischen Regierung: <http://archiv.vlada.gov.sk/old.uv/1183/1-zahranicne-vztahy.html> (04.07.2017).

²⁷¹ Vgl. Samson, Die Slowakei, 27f.

²⁷² Für die diskutierten Punkte siehe: The World Bank (1998), 105-116.

Kernreaktoren sollten mit der veralteten sowjetischen Technologie vervollständigt werden, die den westlichen Standards nicht entsprach. Besonders im benachbarten Österreich opponierte man gegen das Kraftwerk, da man eine Tschernobyl-ähnliche-Katastrophe fürchtete.²⁷³ Meciar verteidigte die Fertigstellung der Reaktoren, da diese eine „*ergiebige und billige Energiequelle*“ darstellen und eines Tages die Energie-Exporte ermöglichen würden.²⁷⁴ Eine wichtige Rolle spielte darin bestimmt auch, den Nationalstolz durch eigene Stromproduktion zu stärken und dem Westen den Rücken zu zeigen. Dies wurde deutlich, als für Mochovce ein Investor gesucht wurde – die Finanzmittel gab es zu dieser Zeit in der Staatskasse nicht. Die EBRD aus London bot einen Kredit an, unter der Bedingung, dass das Kraftwerk nach dem westlichen Modell aufgebaut wird und sich die Energiepreise ums vierfache erhöhen werden. Dies lehnte die Slowakei ab und hieß stattdessen 150 Millionen Dollar von Moskau willkommen.²⁷⁵ Über die enge Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation zeugt auch die Unterzeichnung des langfristigen Vertrag über die gemeinsame Nutzung der Pipelines vom russischen Gazprom in 1997. Damit war deren Antwort auf die Forderungen der Europäischen Kommission und der Weltbank, die Energiequellen zu „diversifizieren“, eindeutig.²⁷⁶

Die slowakische Außenwirtschaft orientierte sich trotzdem rasch auf die westeuropäischen Märkte um, wenngleich dies nicht automatisch zum Exportanstieg führte. Das erste Jahr nach der Unabhängigkeit brachte eine negative Handelsbilanz von 200 Millionen Dollar mit sich. Wie bereits geschildert, stiegen die Exportverkäufe ab 1994, allerdings kam es immer wieder zu Ungleichheiten in der Außenhandelsbilanz, die es bis 1998 nicht zu entfernen gelang. Ab 1995 wuchsen die Exporte immer langsamer, weil die Nachfrage nach den slowakischen Gütern stagnierte.²⁷⁷ Umgekehrt stiegen die Importe bedeutend, weil die einheimische Produktion die slowakische Nachfrage nicht befriedigen konnte.²⁷⁸ Die slowakischen Wirtschaftsstudien führen an, dass diese Entwicklung mit der Struktur und Kommodität der hergestellten Produkte zusammenhing. Bei diesen handele sich um einfache,

²⁷³ Das Thema wird von der österreichischen Presse bis heute verfolgt, vgl. Der Standard, Hohe Werte an radioaktivem Wasserstoff nahe AKW Mochovce, In: Der Standard 26.04.2017, online unter: <http://derstandard.at/2000056595165/Hohe-Werte-an-radioaktivem-Wasserstoff-nahe-des-A> (14.07.2017).

²⁷⁴ Vgl. Goldman, Slovakia, 114.

²⁷⁵ Vgl. Ebenda.

²⁷⁶ In dem Weltbank Bericht wird eine „*Verringerung von Energieabhängigkeit*“ gefordert, vgl. The World Bank (1994), 58. Die Europäische Kommission wird zitiert in: Hofbauer, Noack, Slowakei, 106.

²⁷⁷ Stiegen die Exporte in 1995 noch um 19 Prozent, waren es 1996 nur 6,1 und 1997 lediglich 2,5 Prozent, dargestellt in: Marek Jakoby, Inez Krautmannová, Zahraničný obchod, In: Borgula, Bútorá, Sľuby a realita, 95-101, hier 96.

²⁷⁸ Die Importe wuchsen um 8,6 Prozent in 1994, um 23,1 Prozent in 1995 und in 1996 sogar um 30,7 Prozent, vgl. Ebenda.

wenig ausgefeilte arbeitsintensive Güter, die eine geringe Wertschöpfung besäßen.²⁷⁹ Die Weltbank warnte bereits 1994, dass sich die slowakischen Wirtschaftszweige auf Sektoren konzentrieren, welche in anderen Ländern überschüssige Kapazität aufweisen.²⁸⁰ In der Außenwirtschaft können sich solche Produkte nur dank deren Preiskonkurrenz durchsetzen, wodurch auf lange Sicht nur schwierig Attraktivität geschaffen werden kann. Außerdem stiegen die slowakischen Löhne und somit auch die Arbeitskosten in der Periode 1995 bis 1997 an, was die externe Wettbewerbstätigkeit des Landes schwächte.²⁸¹

Dass die slowakische Außenwirtschaft von der eigenständigen Politik ihres Ministerpräsidenten negativ betroffen war, belegen die niedrigen Zahlen von ausländischen Direktinvestitionen. Deren Höhepunkt lag 1998 nur bei 50 Mrd. Kronen, was einen Zehntel von FDI in Tschechien ausmachte, in Ungarn waren diese sogar fünfzehnmal höher.²⁸² Als Gründe, warum das Interesse der Investoren in das Land dermaßen gering blieb, werden in der slowakischen Literatur die legislative Instabilität, wenig transparente Privatisierung, außergewöhnliche Steuererleichterungen und Schwankungen auf dem Kapitalmarkt genannt.²⁸³

Die einzige Erfolgsgeschichte, deren Kontinuität bis heute andauert, war die Ansiedlung des Automobilwerks Volkswagen, das als erste Kraftfahrzeugfabrik seine Tore Anfang 1992 unweit von Bratislava öffnete und innerhalb weniger Jahre zum größten Exporteur auf dem slowakischen Markt wurde. Weitere große Investoren konnten wegen der oben genannten Gründe nicht angelockt werden. Die Aussagen der Weltbank 1994, dass das Land einen Vorteil in seiner geographischen Lage habe, da die „reichen europäischen Märkte“ viel näher lägen, als es der Fall bei den anderen ostmitteleuropäischen Staaten sei, hatten auf die Regierung keinen Effekt.²⁸⁴ Vier Jahre später stellte die Organisation fest, dass die „Probleme bei der Etablierung von engeren geschäftlichen Verbindungen mit westlichen Märkten“ den Hauptgrund für die Rückstände in den Exportumsätzen bildeten. Konkret sah man Schwierigkeiten im Privatisierungsprozess, von dem ausländische Firmen ausgeschlossen seien: „*Limited flows of foreign direct investment seem to result from the exclusion of foreign*

²⁷⁹ An der Spitze hielten sich Eisen und Stahl, gefolgt von Holz-, Chemie- und Textilartikeln, Vgl. Marcinčin, Beblavý, *Hospodárska politika*, 145-153.

²⁸⁰ Vgl. The World Bank (1994), xvii.

²⁸¹ Dies war ein Teil der Sozialpolitik von Mečiar, die den Lebensstandard der Bevölkerung steigern wollte. In anderen ostmitteleuropäischen Ländern waren derartige Lohnerhöhungen eine Ausnahme, vgl. Lukas, *Slovakia*, 29.

²⁸² Vgl. The World Bank (1998), 21.

²⁸³ Peter Pažitný, *Zahraničné investície*, In: Borgula, Bútorá, *Sľuby a realita*, 103-109, hier 103.

²⁸⁴ Die Tatsache, dass Wien nur 60 Kilometer von Bratislava entfernt ist, wird in dem Bericht zwar vorgehoben, spielt zu dieser Zeit aber in dem slowakischen Außenhandel eine geringere Rolle als beispielsweise der Warenaustausch mit Deutschland, vgl. The World Bank (1994), xvii.

companies and individuals from the privatization process, and a general perception that foreign capital is not welcome (...).²⁸⁵

Für die neue Regierung von Mikuláš Dzurinda war demnach klar, dass gerade Änderungen in diesem Bereich für eine Verbesserung des schlechten Images der Slowakei sorgen können. Anfangen musste man aber bei den staatlichen Finanzen.

5.3. Die „Rückkehr“ nach Europa (1998-2002)

5.3.1. Die Notwendigkeit der finanzwirtschaftlichen Konsolidierung

Der Regierungswechsel nach den Septemberwahlen von 1998 brachten eine neue Koalitionsregierung mit Mikuláš Dzurinda an der Spitze hervor, die sich zu „*grundsätzlichen Änderungen*“²⁸⁶ in allen Bereichen verpflichtete. Als besonders wichtig galt es, die Wirtschaft zu sanieren und ihr eine Neuausrichtung zu geben, wobei die ideologischen Grundlagen im Liberalismus und später im Neoliberalismus lagen.²⁸⁷ In den ersten vier Jahren der Regierung Dzurinda erforderte die Situation eine Konzentration auf die makroökonomische Stabilisierung, da die öffentlichen Finanzen durch die in vorigen Kapiteln geschilderte expansive Fiskalpolitik seines Vorgängers beeinträchtigt worden waren. Man war bereit, auf das Wirtschaftswachstum zu verzichten und stattdessen die Aufmerksamkeit auf die Stabilisierungsmaßnahmen im Staatshaushalt zu lenken. Dzurinda teilte die Auffassung vom IWF, dass durch eine Strenge im makroökonomischen Bereich zusammen mit strukturellen Reformen nachhaltige Wachstumsraten zu erreichen sind, wenngleich die Wirtschaftsleistung in den Anfängen zurückgehen mag.²⁸⁸ Alle Schritte der neuen Regierung richteten sich zudem darauf, die Einflussnahme der Regierung auf die Wirtschaft zu verringern, was ebenfalls im Einklang mit den Forderungen der IWF und der Weltbank stand.

Die einfachste Methode, wie man das Geld in die Staatskasse holen konnte, war die

²⁸⁵ The World Bank (1998), 27.

²⁸⁶ Mit diesem Schlagwort wurde bereits die Wahlkampagne von SDK geführt und die Worte wiederholten sich mehrmals in der Regierungserklärung von 1998, online unter: http://www.vlada.gov.sk/data/files/981_programove-vyhlasenie-vlady-slovenskej-republiky-od-30-10-1998-do-15-10-2002.pdf (23.08.2017).

²⁸⁷ Vgl. Karol Morvay u.a., *Transformácia ekonomiky: skúsenosti Slovenska* (Bratislava 2005), 62.

²⁸⁸ Die Annahme war, dass je schneller diese Schritte umgesetzt würden, desto früher werde das Wachstum einsetzen, vgl. International Monetary Fund, *25 Years of Transition. Post-Communist Europe and the IMF* (Regional Economic Issues, Special Report, Washington 2014), 24, online unter: http://www.imf.org/external/region/bal/rr/2014/25_years_of_transition.pdf (23.08.2017).

Verteuerung von administrativen Preisen, was in mehreren Wellen passierte. Durch diese von der Weltbank als „starke und überzeugende Stabilisierungsmaßnahmen“²⁸⁹ bezeichneten Sparprogramme machte sich der Ministerpräsident bei der Bevölkerung unbeliebt. Um die Jahrtausendwende erreichte die Arbeitslosigkeit fast 18 Prozent und Einschränkungen in den staatlichen Investitionen führten nur begrenzt zu neuen Beschäftigungsmöglichkeiten. Zudem beäugten die ausländischen Firmen die Slowakei immer noch mit Abstand und zögerten mit größeren Kapitalanlagen.

Die Verpflichtung von Dzurinda zu einem ausgewogenen Haushaltsplan fand ihre Realisierung in der Erhöhung des Steuermindestsatzes vom 6 auf 10 Prozent, in der Einfrierung der Gehälter und in der Senkung von Ausgaben für den Infrastrukturausbau. Die letzteren zwei Punkte waren nur temporär, einen Dauereffekt brachte die Deregulierung von Heizungspreisen und landwirtschaftlichen Dotationen.²⁹⁰ Die Schlüsselindikatoren der einheimischen Wirtschaft blieben aber 1998-2002 durchaus ambivalent. Wie erwartet, ging das BIP zurück und verzeichnete nur ein geringes Wachstum von etwa zwei Prozent bis 2001.²⁹¹ Infolge der Abwertung der slowakischen Krone und weiterer Faktoren stieg die Inflationsrate der Verbraucherpreise Ende 2000 auf 9 Prozent an. Gleichzeitig gelang es jedoch, durch einen starken Anwuchs von Exporten das Leistungsbilanzdefizit auf 5,5 Prozent des BIPs zu halbieren und die hohen Realzinssätze zu sinken.²⁹² Dies verhalf, die unter Mečiar verlorene finanzpolitische Glaubwürdigkeit wieder zurück zu gewinnen.

Nachdem der in den Weltbank-Berichten mehrfach hervorgehobene „dringende Bedarf zur Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität“²⁹³ vorerst saniert wurde, und die Regierung seit 1999 den Akzent an die strukturellen Reformen legte, verdiente sich die Slowakei Lobspprüche in den Berichten, was zugleich mit verbesserten Aussichten an die EU-Mitgliedschaft einherging. Wurde der politische Regierungswechsel von Mečiar zum Dzurinda als Berichtigung der „politischen Bedingungen“ für den Beitritt angesehen, so spielte das Sparprogramm eine Schlüsselrolle in der Marktreform und verhalf, die „wirtschaftlichen

²⁸⁹ The World Bank, Memorandum of the President of the International Bank for Reconstruction and Development and the International Finance Corporation to the Executive Directors on a Country Assistance Strategy for the Slovak Republic (Report No.20232-SK, Washington 2001), i, online unter: <http://documents.worldbank.org/curated/en/631971468781508455/pdf/multi-page.pdf> (23.08.2017).

²⁹⁰ Die Strompreise wurden um 30 Prozent aufgehoben, der Erdgaspreis für die Haushalte um 50 Prozent. Für eine nähere Beschreibung der Fiskalpolitik siehe die detaillierte Publikation von slowakischen Ökonomen, die auf Basis vom IWF-Daten erarbeitet wurde: Anton Marcinčin (Ed.), *Hospodárska politika na Slovensku 2000-2001* (Bratislava 2002), 51f.

²⁹¹ Vgl. Marcinčin, Beblavý, *Hospodárska politika*, 47.

²⁹² Vgl. The World Bank (2001), Memorandum, 6.

²⁹³ Diese Strategie wird auch unter dem Begriff „fiscal adjustment package“ oder „fiscal consolidation process“ subsumiert, siehe: Ebenda, 7.

Kriterien“ als sich erfüllend wahrzunehmen.²⁹⁴ Dies ist bemerkenswert, weil die Verschuldung anstieg und die Wachstumszahlen weiterhin niedrig blieben.

Allerdings kam diese Anerkennung nicht umsonst. Im Rahmen einer *Country Assistance Strategy* (CAS), die auf Anfrage der slowakischen Regierung durch die Weltbank-Gruppe 2001 erarbeitet wurde, wurde eine Wiederherstellung von BIP-Wachstum auf 4,5 Prozent 2002 und eine Senkung der Arbeitslosenquote unter 15 Prozent vorgesehen. Der IWF schrieb wiederum ein Ziel für das gesamtstaatliche Defizit vor, das 1998 vor der Regierungsübernahme 6 Prozent des BIP ausmachte und innerhalb von zwei Jahren fast halbiert wurde. Dennoch erhoffte man sich, das Negativsaldo bis Ende von 2002 auf 2 Prozent zu reduzieren.²⁹⁵ Dies war eine enorme Herausforderung, denn die Staatsausgaben wiesen in der vorigen Mečiar-Regierung nicht nur einen rein steigenden Trend auf, sondern waren zugleich die höchsten von allen vier Visegrád-Staaten.²⁹⁶ Daher sah man gerade in diesem Bereich trotz mehrerer Ausgabenkürzungen der neuen Regierung „Spielraum für weitere Rationalisierung“ und entwarf mehrere Reformvorschläge im Bereich der Sozialleistungen, der Rentenversicherung und der Steuererhebung.

Durch eine sofortige Umsetzung dieser umfassenden Programme hätte zum damaligen Zeitpunkt Mikuláš Dzurinda die Unterstützung der Bevölkerung höchstwahrscheinlich verloren, weswegen er diesen Schritt nicht wagte. Trotz verbesserter externer Faktoren, steigenden Exports und Stabilisierungsmaßnahmen gelang es nicht, die einheimische Nachfrage dermaßen einzuschränken, dass das staatliche Leistungsbilanzdefizit die vom IWF vorgegebenen Ziffern erreichen würde. Im Gegenteil referierten die Beobachter der Weltbankgruppe über einen „unhaltbar hohen Haushaltsdefizit“, der 2002 sogar 8 Prozent des BIP erreichte.²⁹⁷ Nicht nur, dass man sich damit von den Maastricht-Kriterien entfernte, die 3 Prozent Defizit vorschrieben, sondern man konnte die vom IWF formulierten Hinweise zur effektiveren Erhebung der Mehrwertsteuer nicht umsetzen. Die Regierung entschloss sich, die Körperschaftssteuer von 40 Prozent (die höchste von allen V4 Staaten) auf 29 Prozent zu senken

²⁹⁴ Beide Punkte standen in direkter Verbindung, wie auch diese Aussage darlegt: „Maintaining macroeconomic stabilization underpins this program and is critical to enhancing prospects for accession to the EU.“, in: Ebenda, 9.

²⁹⁵ Vgl. IMF, Slovak Republic: Selected Issues and Statistical Appendix (IMF Staff Country Report No. 00/115, Washington 2000), 62, online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2000/cr00115.pdf> (03.09.2017).

²⁹⁶ Vgl. Ebenda, 67.

²⁹⁷ IMF, Slovak Republic: Development Policy Review (Volume I: Summary Report, Report No.25211-SK, Washington 2002), vii, online unter: <http://documents.worldbank.org/curated/en/386441468776808826/pdf/multi0page.pdf> (05.09.2017).

und die Abführungsbelastung zu reduzieren.²⁹⁸ Es waren diese Schritte, die zur Ausbreitung des gesamtstaatlichen Defizits führten. Finanziert werden konnten die Rückstände dank einem Überschuss an Kapitalbilanz, die durch Privatisierungsverkäufe erreicht wurde. Da diese eine große Rolle in der ersten Dzurinda-Regierung spielten, sollen sie nun im nächsten Kapitel behandelt werden.

5.3.2. Die „nachgeholte“ Privatisierung

Neben den Einschränkungen in der Fiskalpolitik waren es die strukturellen Reformen, die in jedem der Berichte des IWF und der Weltbank betont wurden. Während Vladimír Mečiar in der vorigen Regierung auf Überinvestitionsströme setzte, sollte das Wirtschaftswachstum laut Dzurinda durch die Unternehmen generiert werden. Eine Vielzahl von verlustbringenden Firmen wurde geschlossen und jene, welche überlebten, waren gezwungen, sich einer Umstrukturierung zu unterziehen. In diesem Zusammenhang waren die Reformen im Bankensystem bedeutend, weil sie die Möglichkeit, Kreditanleihen anzunehmen, streng regulierten.

Wie war der Stand der Privatisierung am Anfang der neuen Regierung? Laut dem Weltbank-Bericht von 1998 befand sich durch die rechtswidrigen Praktiken des früheren Ministerpräsidenten fast die Hälfte der zu privatisierten Betriebe weiterhin in staatlicher Hand.²⁹⁹ In einer späteren Untersuchung wird sogar aufgeführt, dass die Verkäufe unter Mečiar *„zu günstigeren Preisen an Gruppen, die politisch mit der Regierung verbunden waren“*, stattfanden.³⁰⁰ Der IWF kritisierte im selben Jahr die Aussonderung der strategischen Unternehmen vom Privatisierungsprozess und bezeichnete die Praktiken der Regierung als *„unerwünschte Eingriffe der Staatsmacht in das Funktionieren des Marktes“*³⁰¹, die zur Verlangsamung der Unternehmensumstrukturierung führen sollten.

Dzurinda räumte mit dem Gesetz über die strategischen Unternehmen auf, hob das Revitalisierungsgesetz auf und begann, die restlichen Unternehmen zu privatisieren, wobei nun die Priorität beim Verkauf auf den ausländischen Interessierten lag. Wie es auch in den anderen ostmitteleuropäischen Staaten der Fall war, bediente sie der Staat durch die Staatsbanken mit

²⁹⁸ Die Arbeitsbesteuerung in der Slowakei gehörte zu den höchsten in der Welt und hing mit der hohen Arbeitslosigkeit zusammen, vgl. Marcinčin, *Hospodárska politika na Slovensku 2000-2001*, 52-54.

²⁹⁹ Vgl. The World Bank (1998), 29.

³⁰⁰ The World Bank (2001), Memorandum, 10.

³⁰¹ IMF, *Slovak Republic: Selected Issues and Statistical Appendix* (IMF Country Report No. 01/129, Washington 2001), 14, online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2001/cr01129.pdf> (05.09.2017).

riskanten Krediten, die durch keine Sicherheiten gedeckt waren, um die maroden Firmen in den ersten Jahren nach der Abschaffung der Planwirtschaft vom Staatsbankrott zu retten. Als „faule Kredite“ blieben die Banken auf diesen sitzen und konnten nicht privatisiert werden, weil sie für potentielle Käufer unattraktiv waren. Nachdem die Unternehmen oft Pleite gegangen waren, blieben die Kredite unbezahlt. Die niedrige Qualität des Kreditportfolios von staatlichen Banken war einer der Hauptprobleme des slowakischen Bankensektor.³⁰² Dzurinda entschied sich die Situation zu lösen, indem der Staat die Bankschulden ins Staatsbudget übernahm. Die Kosten dieser als „Restrukturierung des Banksektors“ bezeichneten Kampagne lagen umgerechnet bei 4 Milliarden Euro. Die slowakischen Banken konnte anschließend an die westlichen Bankunternehmen zu Sonderkonditionen abgekauft werden. Die durch diese Privatisierung erzeugten Geldmittel entsprachen allerdings nicht dem tatsächlichen Geldwert der Bankinstitutionen, oft verlor der Staat durch die Operationen das Geld. Als Beispiel sei der Ankauf von der Slovenská Sporiteľňa erwähnt, die durch die österreichische „Erste Bank“ für 17 Mrd. Kronen (etwa 400 Millionen Euro) gekauft wurde. Allein für diese Bank übernahm zuvor der Staat Schulden in Höhe von 39 Mrd. Kronen, das „Geschäft“ wurde also mit einem Verlust von 21 Mrd. Kronen für den slowakischen Haushalt abgeschlossen.³⁰³

Mit der Einbeziehung von ausländischen Firmen in den Privatisierungsprozess wollte man einerseits Kapital in die Staatskasse heranziehen, was wegen verbilligten Verkäufen nur bedingt erfolgte, andererseits zog man dadurch Unternehmen mit Know-how an, die laut Weltbank „die Qualität der Privatisierung erhöhten“³⁰⁴. Immerhin stiegen die Unternehmensgewinne um 10 Prozent des BIP zwischen 1998 und 2002, was auch dem Auslandskapital zu verdanken ist.³⁰⁵

Als eines der berühmtesten Beispiele für eine erfolgreiche Privatisierung kann die Geschichte hinter den „Ostslowakischen Stahlwerken“ (VSŽ) bezeichnet werden. Nach der Gründung 1959, wurde hier die Kohle aus der tschechischen Region Ostrava und Eisenerz aus der Ukraine verarbeitet. Nach 1989 sollte mittels Couponprivatisierung der Betrieb veräußert werden. Dies verhinderte die Teilung der Tschechoslowakei und anschließend wurden unter Meciar einige Aktien des Großunternehmens an die Kapitalgruppe des der Partei nahestehenden und heimischen Investoren Alexander Rezeš verkauft. Mit mehr als 25 000 Angestellten war es der zweitgrößte Arbeitgeber im Land, der neun Prozent des BIP generierte und dessen Güter

³⁰² Eine detaillierte Analyse des slowakischen Bankensystems hat IWF 2001 vorgelegt, vgl. Ebenda, 4-13.

³⁰³ Vgl. Hofbauer, EU-Osterweiterung, 177.

³⁰⁴ The World Bank (2002), 1.

³⁰⁵ Der IWF führte an, dass im Privatsektor jene Firmen am meisten profitabel waren, die sich im ausländischen Eigentum befanden, vgl. IMF (2001), 25.

zwölf Prozent der slowakischen Exporte ausmachten. Allerdings wurden die unter Mečiar erzielten Profite in andere Branchen investiert, die mit Stahlerzeugung nichts zu tun hatten.³⁰⁶ Ab 1998 begann die Firma Verluste aufzuweisen. Nach dem Wahlsieg der westorientierten Koalition wurden 51 Prozent der Anteile durch die Regierung erworben und man begann, nach einem strategischen Investor zu suchen. Für 60 Millionen Dollar übertrug man die Mehrheit der Aktien an den US-amerikanischen Giganten U.S.Steel. Dieser hat sich nämlich verpflichtet, Bankschulden in Höhe von 325 Millionen Dollar zu begleichen und massive Investitionen (700 Millionen Dollar) im Laufe von 10 Jahren vorzunehmen, wobei auf Entlassungen verzichtet werden sollte. Seitdem produziert das Unternehmen, nun unter dem Namen U.S.Steel Košice, fünf Millionen Tonnen Stahl pro Jahr und wurde zum größten Stahlhersteller im Zentraleuropa ernannt.³⁰⁷

Insgesamt wurden während der ersten vier Jahren von Dzurindas Amtszeit 40 Prozent der restlichen Betriebe veräußert. Zu den größten Projekten neben den Banken zählte der Verkauf des Slowakischen Telekommunikationsunternehmens, der Slowakischen Versicherungsanstalt und Versorgungsunternehmen wie auch weiterer Großfirmen im Energiesektor.³⁰⁸

Es ist interessant anzumerken, dass es die Weltbank war, die empfahl, den Energiebereich für die Privatisierung freizugeben. Bereits 2002 warnte die Institution, dass es immer weniger Wirtschaftsgüter zur Privatisierung gab und somit die Erlöse in der Staatskasse, die zur Finanzierung des sich ausweitenden Haushaltsdefizits benutzt wurden, schrumpften.³⁰⁹ Kurz danach wurden 49 Prozent von dem slowakischen Gasmonopol Slowakische Gasindustrie (SPP) an das deutsch-französische Konsortium Gas de France (heute Engie) und E.ON Ruhrgas verkauft, wie auch das Unternehmen Transpetrol. In der zweiten Amtsperiode kam es wiederum zur Teilprivatisierung der Slowakischen Kraftwerke.³¹⁰ Dies kann als Paradebeispiel für die genaue Befolgung der Weltbank-Vorgaben gelten.

Als Resultat konnten sich die deutschen, französischen und italienischen Konzerne, an

³⁰⁶ Zu diesen fraglichen „Investitionen“ zählten Fußballvereine, Zeitungsunternehmen oder eine Bank, vgl. Ebenda, 28.

³⁰⁷ Vgl. Hofbauer, Noack, Slowakei, 149, für die Daten siehe die Homepage des Unternehmens: <http://www.usske.sk/en/> (19.09.2017). Mittlerweile wird ein Verkauf des Unternehmens vorgenommen, allerdings gibt es Schwierigkeiten mit den Investitionen der interessierten chinesischen Firma He Steel.

³⁰⁸ Vgl. Ručinská, Slowakische Wirtschaft, 106-112.

³⁰⁹ Vgl. The World Bank (2002), 7.

³¹⁰ Außerdem wurden die beiden größten slowakischen Flughäfen in Bratislava und Košice zur Privatisierung angeboten, der Verkauf scheiterte aber letzten Endes wegen dem Regierungswechsel nach den Parlamentswahlen 2006, siehe dazu die Geschichte in: Frieder Monzer, Slowakei: Unterwegs zwischen Donau, Tatra und Beskiden (3. Auflage, Berlin 2009), 97.

strategischen Unternehmen bereichern. Für die Slowakei bedeuteten die rasch erfolgten Verkäufe eine Besserung des Images im Ausland, wie auch die Erhöhung der Kapitalausstattung. Die Gewinne machten erstaunliche 17 Prozent des BIP aus.³¹¹ Es blieb nur noch zu hoffen, dass die Firmen nun deren Produktivität steigern und der negativen Leistungsbilanz entgegenwirken werden. Denn mit der fast vollständigen Privatisierung holte man zwar in den Augen der Weltbank und des IWF die Marktreform nach, dennoch war man von einem ausgeglichenen Staatshaushalt noch weit entfernt.

5.3.3. Die Arbeitslosigkeit rast hinauf

An den Privatisierungsgeschäften freute man sich im Ausland erheblich, weniger war dies der Fall für die slowakische Mittelklasse. Denn zur selben Zeit, als man die wichtigsten und größten Unternehmen an die besten Bieter verkaufte, war fast eine halbe Million der Slowaken ohne Anstellung. Dies alarmierte selbstverständlich die Beobachter von beiden Finanzorganisationen. Es war in erster Linie die Weltbank, die sich gegen Armut weltweit einsetzte und die durch diese höchste Arbeitslosenrate in Europa dermaßen alarmiert wurde, dass sie mehrere Untersuchungen zu diesem Thema im Land durchführte.³¹²

Die hohe Arbeitslosigkeit wurde von der Weltbank als „*Achillesferse der slowakischen Wirtschaftsleistung*“ bezeichnet, sie zähle zu den „*dringendsten sozialen Problemen des Landes*“.³¹³ Laut dem IWF war die Situation auf dem slowakischen Arbeitsmarkt eine, die „*ernste wirtschaftliche und soziale Besorgnisse aufwirft*“.³¹⁴ Fast die Hälfte der Arbeitslosen sei seit über einem Jahr nicht beschäftigt, besonders ungünstig seien die jungen und unausgebildeten Arbeitskräfte davon betroffen. Es waren tatsächlich junge Menschen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren, die sich mit Kurzbeschäftigungen und Kursen zufrieden stellten,

³¹¹ Hierzu trug vor allem der Verkauf von SPP in Höhe von 2,7 Milliarden Dollar bei, wie auch die Privatisierung des wichtigsten Stromversorgungsunternehmens für etwa 600 Millionen Dollar, vgl. IMF, Slovak Republic: 2002 Article IV Consultation-Staff Report; Public Information Notice on the Executive Board Discussion; and Statement by the Authorities of the Slovak Republic (IMF Country Report No. 02/209, Washington 2002), 4, online unter: <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2016/12/30/Slovak-Republic-Staff-Report-for-the-2002-Article-IV-Consultation-16084> (19.09.2017).

³¹² Für den Zweck dieser Arbeit wurden folgende Aufsätze analysiert: The World Bank (2001) und Carolina Sánchez-Páramo, Unemployment, Skills, and Incentives. An Overview of the Safety Net System in the Slovak Republic (Policy Research Working Paper 2753, The World Bank 2002), online unter: <http://documents.worldbank.org/curated/en/623441468780967367/pdf/multi0page.pdf> (20.09.2017).

³¹³ The World Bank (2001), 25.

³¹⁴ Der IWF ließ das Thema der Arbeitslosigkeit ebenfalls nicht aus. Es stand im Vordergrund des im vorigen Kapitel zitierten Bericht: IMF (2000), 3-57, hier 3.

langfristig jedoch geringe Aussichten für eine Etablierung auf dem Arbeitsmarkt besaßen.³¹⁵

Ihren Höhepunkt erreichte die Arbeitslosenrate im Jahr 2001, als 19,2 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Anstellung war.³¹⁶ Zwar war der Anstieg der Arbeitslosigkeit bereits ab 1990 bedeutend, dennoch überrascht der starke Aufschwung um mehr als fünf Prozent nach 1998. Die Gründe dafür lagen in erster Linie in der Restrukturierung von arbeitsintensiven Industriezweigen, im Laufe welcher viele Unternehmen geschlossen wurden. Durch Modernisierung der Produktionstechniken wurden überflüssige Arbeitskräfte entlassen und die Abschaffung von staatlichen Zuschüssen (etwa im Bereich der Energiewirtschaft und Transportwesen) führte zur Senkung der Kosten auf allen Ebenen. Die durch die Regierung eingeleiteten Sparmaßnahmen und Reformpakete wirkten sich ebenfalls negativ auf die Arbeitsproduktivität aus.

Der IWF führt an, dass die Eindämmung von negativen sozialen Nachteilen der Transformation, die zu einem der Grundsteine der Mečiar-Politik gehörte, ebenfalls eine Rolle in der Konjunktur der Erwerbslosigkeit nach dessen Abdankung spielte.³¹⁷ Überprüft man die Arbeitslosigkeitsstatistiken und deren Verlauf seit 1991, kann man feststellen, dass die Beschäftigungszahlen kontinuierlich während der 1990er Jahre in der Industrie, dem Bausektor und in der Landwirtschaft sanken. In der Letzteren reduzierten sich die Arbeitskräfte um fast zwei Drittel.³¹⁸ Zudem hatte die Arbeitslosigkeit ein starkes regionales Gefälle. Die Unterschiede zwischen der Bratislava Region und den ostslowakischen Städten waren eklatant. Lag die Arbeitslosenrate bei fünf Prozent in der Hauptstadt, so erreichte diese in den ostslowakischen Kleinstädten bis zu 30 Prozent.³¹⁹

Eine Lösung sahen die IWF- und Weltbank-Berater in erster Linie in aktiven Arbeitsmarktstrategien und Maßnahmen, welche die ausländischen Investitionen anregen würden, vor allem in jenen Regionen, die am stärksten durch die Umstrukturierung der Industrie betroffen waren. Als eine weitere Schlüsselmaßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde die Senkung der Sozialbeiträge vorgeschlagen. Diese seien zu hoch, böten nur schwache Anreize zur aktiven Arbeitssuche und müssten einer „breiteren Rationalisierung“ unterworfen werden. Es wurde ausgerechnet, dass die Diskrepanz zwischen den Arbeitskosten und den Nettolöhnen sehr breit war – nur 64 Prozent der Arbeitskosten brachten die Angestellten jeden

³¹⁵ Im Jahr 2002 bildeten diese über 35 Prozent aller Arbeitslosen, vornehmlich aus der Mittel- und Ostslowakei, vgl. Morvay, *Transformácia*, 253.

³¹⁶ Vgl. Ručinská, *Slowakische Wirtschaft*, 133.

³¹⁷ Vgl. IMF (2000), 22.

³¹⁸ Von fast 300 000 Angestellten in dem Agrarsektor arbeiteten in diesem Ende 1999 nur 111 000, vgl. die Statistik in: Ebenda, 27.

³¹⁹ Vgl. The World Bank (2001), xxi.

Monat nach Hause.³²⁰ Zudem entstand ein Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage, weil die entlassenen Arbeitskräfte in dem boomenden Dienstleistungssektor nur schwer einen neuen Arbeitsplatz finden konnten. Die Errechnung von Statistiken wurde von einer undefinierten Anzahl an Arbeitslosen erschwert, die in der Schattenwirtschaft das Geld verdienen. Wenngleich diese nicht das Ausmaß wie zum Beispiel in Polen erreichte, war ein Viertel bis ein Drittel der slowakischen Arbeitslosen inoffiziell angestellt.³²¹

Interessant sind die Ausführungen vom IWF bezüglich der staatlichen Beihilfe für die Unterstützung der Arbeitslosen. Wenngleich dies nicht offen erklärt wird, machte die Dzurinda-Regierung eine gute Arbeit in der Reduzierung vom Arbeitslosengeld. Die Beiträge seien „*nicht besonders großzügig und streng*“ und „*zeitlich streng begrenzt*“³²². Die sogenannte Arbeitslosigkeitsfalle, also die Situation, in der die hohen Beihilfeleistungen an einer aktiven Jobsuche hindern, käme nur in Einzelfällen vor und beträfe nur eine beschränkte Anzahl an Menschen. Anders sah es aber mit den Sozialschutzleistungen für die langfristig Arbeitslosen aus. Da diese verstärkt die Anreize zur Arbeitsaufnahme abschwächen können, sollte das Existenzminimum laut dem IWF angepasst werden. Verglichen mit dem Durchschnittslohn sei der Beitrag zu hoch und überträfe sogar den Mindestlohn.³²³ Diese „kritische“ Ansichten auf das slowakische Sozialsystem teilen nicht alle Untersuchungen aus dieser Zeit. Der Wirtschaftswissenschaftler Zdenek Lukas vom WIIW in Wien führt an, dass die Ausgaben der Dzurinda-Regierung für das Arbeitslosengeld durchgehend niedrig waren und um die Jahrtausendwende nur etwa 1 Prozent des BIP ausmachten. Bereits zu dieser Zeit hatte nur etwa ein Viertel der Arbeitslosen Zugang zu den Geldern.³²⁴ Dennoch empfahl der IWF in seinem Bericht vom August 2000 die Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für den Erhalt der staatlichen Beiträge und rief zum Umdenken in der Struktur der Sozialsicherheit auf: „*(...)the concept of social security should be reconsidered on the basis of a more focused approach which, circumscribing eligibility to specific groups of people with high needs and low earning potential, would reduce the tax burden and increase incentives to work for the rest of the*

³²⁰ Die gesamten Arbeitskosten für den Arbeitgeber bildeten 138 Prozent des Lohnes. Daraus musste der Arbeitgeber 38 Prozent an den Staat verrichten, von dem restlichen Betrag wurden weitere 12 Prozent als Sozialabgaben abgezogen, vgl. IMF (2000), 28f.

³²¹ Vgl. Ebenda, 19.

³²² Die maximale Dauer der Beziehung vom Arbeitsbeihilfe war auf neun Monate beschränkt, in der Regel betrug sie aber nur sechs Monate: Ebenda, 34.

³²³ Vgl. The World Bank (2001), xxiii.

³²⁴ Vgl. Lukas, Challenges, 22.

population.”³²⁵

Abseits von der Senkung der staatlichen Beihilfe stand die slowakische Regierung einer sehr niedrigen Arbeitsplatzbeschaffung gegenüber. In fast allen Wirtschaftszweigen war in den vergangenen Jahren die Vernichtung von Arbeitsplätzen höher als deren Beschaffung. Die Weltbank führte im August 2001 an, dass dies einem schlechtem Investitionsklima, einem schwach etabliertem Privatsektor und einem kaum flexiblen Arbeitsmarkt geschuldet sei.³²⁶ Zugleich wurde unterstrichen, dass die Schritte, die die Dzurinda-Regierung in der Wirtschaftspolitik eingeleitet hatte, in die richtige Richtung gehen: „*The changes in economic policy introduced since 1999 are steps in the right direction and are likely that in time will help reinvigorate the labor market and improve the economy and business conditions so that the private sector can create more jobs to reduce the large unemployment rates.*“³²⁷

Nur an einer Stelle wird in dem Bericht erwähnt, dass die massive Umstrukturierung der Dzurinda Regierung ab 1998, zu welcher gerade die Weltbank und der IWF aufforderten, die Tendenzen zum Wachstum der Arbeitslosigkeit verstärkte.³²⁸ Dass laut der IWF- und Weltbank-Rhetorik die einzige Lösung die Toröffnung gegenüber dem ausländischen Kapital war, überrascht umso weniger, wenn man die Arbeitspreise in den meisten Branchen bedenkt. Laut slowakischen Wirtschaftsstudien lagen diese bei einem Siebtel der Arbeitspreise in der EU. Es wird festgestellt, dass 2005 der Kostenaufwand für eine Stunde Arbeit in den Mitgliedstaaten der EU im Durchschnitt 22,7 Euro ausmachte, wobei dieser in der Slowakei bei 3,06 Euro lag.³²⁹ Verbunden mit der zentralen geographischen Lage war es ein komparativer Vorteil gegenüber anderen Staaten, von dem, wie noch gezeigt wird, große Automobilkonzerne profitieren konnten. Dass es zugleich als ein geringer Anreiz für die Jobsuche für die meisten Slowaken diene, wird bei den Arbeitslosigkeitsanalysen nicht erwähnt.

³²⁵ IMF (2000), 49f.

³²⁶ Für detaillierte Beschreibung der genannten Faktoren siehe: The World Bank (2001), 36-52.

³²⁷ Ebenda, 58.

³²⁸ Vgl. Ebenda, xvii.

³²⁹ Vgl. Morvay, Transformácia, 251.

5.4. Der neoliberale Musterknabe (2002-2006)

5.4.1. Durch strikte Fiskalpolitik zum Tatra-Tiger

Die Wahlen vom September 2002 bestätigten die 1998 angeleitete Reformausrichtung des Landes und befestigten die Position von Mikuláš Dzurinda als Regierungschef des Landes. Im Ausland beobachtete man das Wahlergebnis mit Erleichterung – die stimmenstärkste Partei von Vladimír Mečiar schaffte es wiederholt nicht, eine Regierung zu bilden. Die kohärente, Mitte-Rechts Regierung hatte neben Dzurinda einen weiteren wirtschaftsliberalen Politiker, der bereit war, radikale Reformen weiterzuführen – den Minister Ivan Mikloš. Unter dem Vorbild des Ökonomen Friedrich August von Hayek stellte er als Finanzminister Entwürfe von Gesetzen vor, die einen neoliberalen Charakter aufwiesen und in der Flat-Tax-Reform mündeten.³³⁰

Innerhalb von kurzer Zeit schaffte es die Regierung, das slowakische Image auf dem globalen Markt wesentlich zu verbessern. Nur zwei Monate nach der Parlamentswahl lud man die Slowakei ein, der NATO beizutreten, was 2004 zusammen mit dem EU-Beitritt erfolgte. Wirtschaftlich bedeutend war neben dem EU-Beitritt³³¹ die Mitgliedschaft in der OECD-Gruppe (Dezember 2000), die vom IWF als „*konkreter Indikator für den Fortschritt in der Marktreform*“³³² bezeichnet wurde.

Der Besuch von IWF-Repräsentanten in Bratislava im Oktober 2003 konkludierte sehr gute Ergebnisse im Bereich der Fiskalkonsolidierung. Die einzigen Bedenken äußerte man gegenüber dem nach wie vor hohem Haushaltsdefizit, der stets höher war, als die Regierung es vorausplante.³³³ Obwohl die strikten Maastricht-Kriterien ein Staatsdefizit von 3 Prozent bis 2006 des BIP vorschrieben, lag dieses 2005 noch immer bei 3,8 Prozent und machte ein Jahr

³³⁰ Die Steuerreform wird wegen seiner Bedeutung in einem separaten Kapitel behandelt. Für eine politische Analyse über die neoliberalen Züge der 2002-2006 Regierung siehe den bereits zitierten Artikel: Fisher, Gould, Haughton, Slovakia's Neoliberal Turn, 977-998.

³³¹ Zwischen 2004 und 2006 erhielt die Slowakei über eine Milliarde Euro von Eurofonds zur Entwicklung der östlichen Regionen und weitere 600 Millionen Euro von den Kohäsionsfonds, die den Verkehrsinfrastrukturnetz fördern sollten, vgl. Sergi, Bagatelas, The Slovak Economy, 38.

³³² International Monetary Fund, 25 Years of Transition, 20.

³³³ In dem Bericht wird angeführt, dass sowohl 2001 als auch 2002 die seitens der Regierung anvisierten Defizite verfehlt waren, vgl. IMF, Slovak Republic: 2003 Article IV Consultation – Staff Report; Public Information Notice on the Executive Board Discussion; and Statement by the Executive Director for the Slovak Republic (IMF Country Report No. 03/234, Washington 2003), 7, online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03234.pdf> (05.10.2017).

später 3,5 Prozent aus.³³⁴ Dennoch ist dies als ein großer Fortschritt anzusehen, da das Haushaltsdefizit noch Anfang 2000 bei mehr als 12 Prozent des BIP lag. Ohnehin wurde seitens IWF, um „*die Attraktivität der Slowakei beizubehalten*“³³⁵, die Fortsetzung von Maßnahmen zur Fiskalkonsolidierung empfohlen. Bereits im folgenden Jahr sollte die slowakische Öffentlichkeit erfahren, dass mit den „*grundlegenden Reformen der öffentlichen Ausgaben*“³³⁶, die Steuerreform von 2004 gemeint war. Eine weitere Verbesserung der Zahlen erreichte die Regierung durch das Sparen in der Rentenreform, durch die Reform des Gesundheitssektors und dank einer steigenden Beschäftigungsrate.

Gelobt hatten der IWF und die Weltbank die restlichen makroökonomischen Kennziffern. Die Inflation war unter Kontrolle und in erster Linie, begann das BIP hohe Wachstumsraten zu verzeichnen. Mit jedem Jahr stieg die BIP-Wachstumsrate an: 5,5 Prozent in 2004, 6 Prozent in 2005 und schließlich 8,3 Prozent in 2006, was sogar die Projektionen der IWF-Experten übertraf.³³⁷ Ab 2003 waren es die Exporte, die den Motor für Wachstum darstellten und die Nachfrage stillen konnten. Der rasche Aufbau der Automobilindustrie trug zum Anwachsen der Exportkapazitäten maßgeblich bei. Diese Tendenzen kommentierten die IWF-Aufseher mit Besorgnissen und warnten vor der Zusammensetzung der Exporte. Richtig hatten sie bemerkt, dass die Geschäfte von einigen großen Firmen dominiert wurden und verlangten diese besser zu diversifizieren.³³⁸

Demzufolge begann eine Sternstunde für die Slowakei in den Berichten des IWF und der Weltbank. Von einem „*Nachzügler in der wirtschaftlichen Transformation*“, konnte dank der Umsetzung von „*umfangreichen und weitreichenden Reformen, (...) die von vielen für ihre Tiefe und Geschwindigkeit gepriesen wurden*“³³⁹, eine der „*wettbewerbsfähigsten Wirtschaften*

³³⁴ Wenn man diesen Wert noch um die fiskalischen Effekte der Rentenreform bereinigt, ergibt sich ein Defizit von 2,5 Prozent, was den EU-Konvergenzkriterien entsprach. Trotzdem fand die Euro-Einführung 2009 anstelle 2008 statt, vgl. Ručinská, Slowakische Wirtschaft, 120.

³³⁵ IMF (2003), 8.

³³⁶ Ebenda, 8.

³³⁷ In dem chronologisch letzten untersuchten Bericht vom IWF wird vom starken Wachstum bis 2007 ausgegangen, das aber über 7 Prozent nicht hinausgeht, vgl. IMF, Slovak Republic: 2005 Article IV Consultation – Staff Report; and Public Information Notice on the Executive Board Discussion (IMF Country Report No. 06/119, Washington 2006), 6, online unter: <http://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2016/12/31/Slovak-Republic-Staff-Report-for-the-2005-Article-IV-Consultation-19085> (05.10.2017).

³³⁸ Genau hieß es im Bericht „*(...)policies should be geared to diversify exports away from a few large firms.*“: IMF (2003), 8.

³³⁹ Die Lobesworte sind folgendem Bericht entnommen: The World Bank, Slovak Republic. The Quest for Equitable Growth in the Slovak Republic. A World Bank Living Standards Assessment (Report No. 32433-SK, Washington 2005), ix, online unter: <http://documents.worldbank.org/curated/en/855281468101657689/Slovak-Republic-The-quest-for-equitable-growth-in-the-Slovak-Republic> (06.10.2017).

weltweit“³⁴⁰ aufgebaut werden. Nachdem 2003-2006 die Slowakei die höchsten Wachstumsraten von allen Visegrád-Staaten verzeichnete, ist in den Medien die „success story“ des „europäischen Tigers“ oder „Karpaten-Tigers“ geboren worden.³⁴¹ Mit einer Parallele zu den asiatischen Tigerstaaten wurde der dynamische Aufholprozess der Slowakei hervorgehoben. Die damalige Regierung wurde von Financial Times, Wall Street Journal, The Economist und weiteren Medien für ihre (neo)liberalen Reformen gepriesen.³⁴² Der „slowakische Tiger“ diente sogar als Vorbild für die westeuropäischen Staaten.³⁴³ Wie im nächsten Kapitel gezeigt wird, war dies in erster Linie dem massiven Zufluss von ausländischen Investitionen zu verdanken. Die größte Wirkung auf das slowakische Wirtschaftsimage hatte die Jahresausgabe des Doing Business Reports, herausgegeben von der Weltbank, in dem gerade die Slowakei zum „*leading reformer*“ des Jahres 2005 ernannt wurde.³⁴⁴

Erst am Ende von dem einen oder anderen Bericht erfährt man, dass das BIP pro Kopf immer noch das viertniedrigste aller OECD-Mitgliedstaaten war und wegen der Arbeitslosigkeit in den östlichen Regionen tausende Menschen am Rande der Armut lebten.³⁴⁵ Es scheint so zu sein, dass sich die Regierung in diesem Bereich mit einer allmählichen Senkung der Arbeitslosenrate zufrieden stellte.³⁴⁶ Ein weiteres Thema, auf welches in den Abhandlungen nicht kritisch genug eingegangen wird, ist die Auslandsverschuldung. Diese sank aus langfristiger Perspektive als einzige makroökonomische Kennziffer nicht. Vor dem EU-Beitritt

³⁴⁰ IMF, Slovak Republic: Selected Issues and Statistical Appendix (IMF Country Report No. 05/72, Washington 2005), 6, online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2005/cr0572.pdf> (06.10.2017).

³⁴¹ Die Bezeichnung des „Karpatentigers“ findet man zum ersten Mal 2006 im deutschen Spiegel: Jan Puhl, Slowakei. Kater am Karpatenrand, In: Der Spiegel 22/2006, online unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-47074023.html>, später auch in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“: Christoph Thanei, Slowakei: Karpaten-Tiger vor „gesundem“ Abschwung, In: Die Presse, 01.09.2008, online unter: http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/410646/Slowakei_KarpatenwbrTiger-vor-gesundem-Abschwung (beide Webseiten wurden am 03.10.2017 abgerufen).

³⁴² Eine Übersicht der zugehörigen Artikel befindet sich auf der Webseite der Slowakisch-Amerikanischen Handelskammer, online unter: http://www.amcham.sk/business/doing-business-in-slovakia/4896_why-to-invest-in-slovakia (05.11.2017).

³⁴³ Vgl. Brigita Schmögnerová, Na dohľad či v nedohľadne? O konkurencieschopnosti, udržateľnom rozvoji a sociálnej inklúzií (Bratislava 2008), 422.

³⁴⁴ Von folgenden Kriterien wurde die Slowakei als Nummer eins ausgewählt: introducing flexible working hours, easing the hiring of first-time workers, opening a private credit registry, cutting the time to start a business in half and reducing the time to recover debt by three-quarters, siehe die Tabelle in: Doing Business in 2005. Removing Obstacles to Growth (Washington 2005), 1, online unter: <http://www.doingbusiness.org/~media/WBG/DoingBusiness/Documents/Annual-Reports/English/DB05-FullReport.pdf> (06.10.2017).

³⁴⁵ Der fast 100 Seiten lange Bericht von der Weltbank konkludiert, dass nur wenig Aufmerksamkeit den Auswirkungen der Reformen der an der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung geschenkt worden sei. In vielen Regionen habe sich damit die soziale Ausgrenzung noch erhöht, vgl. The World Bank (2005), 47-63.

³⁴⁶ Zwar ist es der Regierung gelungen, die Arbeitslosenrate bis 2006 auf 13 Prozent runterzubringen, allerdings sank die Anzahl der Langzeitarbeitslosen nicht und blieb mit 8 Prozent am höchsten zwischen allen EU-Ländern, vgl. Ručinská, Slowakische Wirtschaft, 133-135.

betrug diese 11 Mrd. US-Dollar, zwei Jahre später verdoppelte sich diese auf 23 Mrd. Dollar.³⁴⁷ Man hatte sich darauf verlassen, dass das Wirtschaftswachstum und die hohen ausländischen Investitionen bald Geld für deren Rückzahlung einbringen würden.

Im nächsten Kapitel sollen die Auslandsinvestitionen, die den Antrieb für die hohen Wirtschaftszahlen darstellten, erörtert werden. Denn gerade durch die Fiskalreformen wurde ein günstiges Investitionsklima geschaffen, das das Kapital in das Land anlocken sollte.

5.4.2. Die Rolle des FDI

Die direkten Auslandsinvestitionen sind Kapitalexporte in ein anderes Land mit dem Ziel, Betriebsstätten oder Tochterunternehmen zu errichten und einen entscheidenden Einfluss auf dessen Wirtschaft auszuüben.³⁴⁸ Vom Wirtschaftswissenschaftler Anders Åslund werden die FDI-Zuflüsse als „*true indicator of success*“³⁴⁹ bezeichnet, weil sie in bedeutender Weise zum Wirtschaftswachstum des jeweiligen Landes beitragen konnten. Zugleich legen sie nahe, wie attraktiv ein Land für die globale Wirtschaft ist. Dementsprechend deutete eine niedrige FDI-Rate auf einen Mangel an Vertrauenswürdigkeit hin und führte zu einer Isolierung vom Ausland.

Dies lässt sich am Beispiel der Slowakei gut veranschaulichen. Die Wirtschaftspolitik von Vladimír Mečiar sorgte nur für geringe Auslandsinvestitionen, die Beiträge von FDI machten in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ungefähr 1 Prozent des BIP aus. Brigita Schmögnerová führte 1994 an, dass das slowakische Wirtschaftswachstum im Wesentlichen von der Investitionsgewinnung abhing. Jährlich benötigte die Slowakei bis zu 400 Millionen Dollar Auslandsinvestitionen, eine Summe, die das Land insgesamt im Zeitraum 1989 – 1994 erhalten hat.³⁵⁰

Wodurch entschlossen sich die ausländischen Firmen zu einem Eintritt auf den slowakischen Markt? Laut Schmögnerová war das in erster Linie ein gesunder Finanzsektor und ein stabiler, rechtlicher und institutioneller Rahmen.³⁵¹ Die Aussagen vom Ministerpräsident Mečiar, dass durch einen massiven Zufluss von ausländischem Kapital die

³⁴⁷ Zitiert in: Hofbauer, EU-Osterweiterung, 175.

³⁴⁸ Die Definition stammt vom Gabler Wirtschaftslexikon, vgl. online unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/direktinvestition.html#definition> (10.10.2017).

³⁴⁹ Åslund, How Capitalism, 153.

³⁵⁰ Die Mittel seien zur Restrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft notwendig, vgl. Schmögnerová, Cúvanie, 16.

³⁵¹ Vgl. Schmögnerová, Cúvanie, 10.

Autonomie des Wirtschaftssektors gefährdet sei, resultierten in einer geringen ausländischen Partizipation am slowakischen Markt. Mitte der 1990er verdoppelten sich die direkten Auslandsinvestitionen in allen postkommunistischen Ländern, nur in der Slowakei gingen sie zurück.³⁵²

Der internationale Vertrauensverlust wird durch die Kritik von ausländischen Ratingagenturen, zum Beispiel der Fitch Ratings, veranschaulicht. Diese anglo-amerikanische Agentur bewertet Unternehmen und Banken und vergibt Noten in Bereichen wie Management und Behandlung der Staatsanleihen. Die Finanzinstitute folgen ihrer Notenvergabe und berücksichtigen eine negative Bewertung für eine potentielle Staatsanleihe. Daher müssen Staaten mit spekulativen Ratingergebnissen beispielsweise mit einem höheren Zinssatz für eine Anlage rechnen. In der Mečiar-Ära wurde die Slowakei bei der Ratingagentur Fitch als „negativ“ eingestuft.³⁵³

Wegen der Situation in den öffentlichen Finanzen vor den Parlamentswahlen in 1998 konnte das Land nur eine Bewertung von „durchschnittlich guten Anlagen“ verzeichnen. Dies hatte eine Rückwirkung auf den Bereich der Auslandsinvestitionen. Die Investoren ließen lieber die Gelder in jene ostmitteleuropäischen Länder fließen, deren Bewertung in der Notenvergabe positiv blieb. Erst 2001 verbesserte sich die Lage deutlich und die Fitch Ratings benutzte zugespitzte Bezeichnungen, um die Zeit nach 1998 von jener davor abzugrenzen. Die Slowakei unter Vladimír Mečiar wurde in dem Sovereign Report in 2001 wiederholt als die „*black hole of Central Europe*“³⁵⁴ bezeichnet, der die Investoren weit aus dem Weg gingen.

Als Mikuláš Dzurinda das Amt des Ministerpräsidenten antrat, machten die FDI in der Slowakei nur 320 Dollar pro Person aus. Das war sieben Mal weniger als in Ungarn und vier Mal weniger als in Slowenien. Die alarmierende Situation sollte The Foreign Investment Advisory Service untersuchen. Bei dieser handelt es sich um eine gemeinsame Einrichtung der Internationalen Finanz-Corporation und der Weltbank, mit deren Unterstützung ausgewählte Länder für die Investoren attraktiver gemacht werden sollen. Die Resultate der Überprüfung offenbarten, dass die Slowakei ein „*unfairer und ineffektives Anreizsystem*“ besäße.³⁵⁵ Als Antwort darauf wurde die Slowakische Agentur für Investitions- und Geschäftsentwicklung (SARIO) 2001 ins Leben gerufen. Diese arbeitet seitdem direkt unter dem

³⁵² Von dem ganzen Ostblock floss 1,5 Prozent aller ausländischen Investitionen in die Slowakei, vgl. Pažitný, *Zahraničné investície*, 108.

³⁵³ Siehe die Bewertung der Slowakei für das Jahr 1998 in der Sovereign Rating History Tabelle von der Agentur, online unter: https://www.fitchratings.com/web_content/ratings/sovereign_ratings_history.xls (20.05.2016).

³⁵⁴ Zitiert in: Fisher, Gould, Houghton, *Slovakia's Neoliberal Turn*, 988.

³⁵⁵ Leo Paul Dana, *When Economies Change Hands. A Survey of Entrepreneurship in the Emerging Markets of Europe from the Balkans to the Baltic States* (Binghamton 2005), 200.

Wirtschaftsministerium und ist für die Erhöhung der FDI-Zuflüsse und des Wirtschaftswachstums des Landes zuständig.³⁵⁶ Um den enormen Anstieg von Auslandsinvestitionen zu verstehen, kann als Beispiel die positive Werbung dieser Agentur herangezogen werden. Sie scheint genau der Forderung nach „*mehr Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität*“ zu entsprechen, wozu die Weltbank in einem der Berichte aufrief.³⁵⁷

Unter den SARIO-Veröffentlichungen lässt sich die jährlich erscheinende Broschüre „Slovakia in Figures“ finden, die zur Anziehung für ausländische Investoren beim „first contact“ dienen soll. Deren erste Ausgabe vom Dezember 2002 führt statt der Überschrift folgenden Text an: „*Are you looking for strategic hub of Central Europe? Slovakia will suit you*“³⁵⁸. In dem Informationsblatt sind neben Grafiken und Tabellen die Anreize für die potentiellen Investoren aufgelistet. Hieraus kann man entnehmen, dass die Regierung eine Reihe von Begünstigungen für die ausländischen Firmen anbietet, darunter Steuerbefreiung bis zu zehn Jahren, Förderungen für Umschulungen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Je höher die Arbeitslosigkeit in der angesiedelten Region, desto großzügiger sind die Zuschüsse vom Staat. Anweisungen, wie einfach die Unternehmensbildung sei, folgen gleich dahinter.³⁵⁹ Einen Durchbruch erfuhr die Agentur nach 2005, als die Weltbank in ihrem Doing Business Report die Slowakei als das „führende Reformland“ beschenkte. Zwar befand sich das Land gemäß dem „Ease of doing Business“-Ranking der Weltbank vom 2005 auf dem 18. Platz³⁶⁰, SARIO konnte die Slowakei geschickt mit der „*besten Position unter den Visegrád-Staaten*“ propagieren.³⁶¹ Dieses Beispiel zeigt, wie brauchbar die Weltbank-Berichte für die Förderung der FDI-Mittel umgesetzt werden konnten. Dies war zudem kein temporärer Trend, bis heute werden in den Mitteilungsblättern von SARIO die Weltbank-Ratings benutzt.³⁶²

Einen weiteren wichtigen Meilenstein in der slowakischen FDI-Geschichte stellte der EU-Beitritt im Mai 2004 dar. Dieser hing indirekt mit dem Anstieg der ausländischen

³⁵⁶ Zwischen 2002 und 2015 schloss SARIO 439 Investitionsprojekte ab, durch welche mehr als 10 Mrd. Euro in das Land flossen, vgl. die Webseite von SARIO und die Sektion *Success Stories*: <http://www.sario.sk/en/invest/fdi-and-success-stories> (11.10.2017).

³⁵⁷ Dies sei notwendig, damit das Land mehr Investitionen erhalte: The World Bank (2002), 3.

³⁵⁸ Slovak Investment and Trade Development Agency, *Slovakia in Figures* (Bratislava 2002). Das Dokument wurde dem Verfasser von der Agentur in elektronischer Version für wissenschaftliche Zwecke zugeschickt.

³⁵⁹ Vgl. Ebenda, S. 7-15.

³⁶⁰ Vgl. *Doing Business in 2005*, 2.

³⁶¹ Zu weiteren Anerkennungen gehört die Platzierung der Slowakei unter den „Top 10 hard working countries“ der Welt und andere, siehe online unter: <http://www.sario.sk/en/invest-slovakia/why-invest-slovakia> (11.10.2017).

³⁶² Siehe zum Beispiel: SARIO, *Invest in Slovakia* (Bratislava 2013), online unter: <https://www.mzv.sk/documents/1472980/1482951/Invest+in+Slovakia.pdf/4f0e2d25-ed31-41ed-a759-8b0aa3c12100?version=1.0> (11.10.2017).

Investitionen zusammen. Die Angleichung von rechtlichen und institutionellen Standards erhöhte das Vertrauen der Investoren und bot günstigere Handelsbedingungen für beide Seiten an. Der Wiener Wirtschaftswissenschaftler Peter Havlik meint, dass die FDI einer der wichtigsten Mechanismen seien, durch die die EU-Erweiterung einen positiven Beitrag zur ökonomischen Entwicklung der ostmitteleuropäischen Staaten leistete. Die Investitionen sorgen für Verbesserungen der Produkte und erhöhen somit die Handelsqualität, verbessern die Handelsbilanz und erlauben einen effektiven Aufholprozess. Es liege klare Evidenz dafür vor, dass FDI positive Auswirkungen auf Produktionssteigerung und Leistungsförderung haben.³⁶³ Um noch einmal auf die internationalen Ratingagenturen zurückzukommen, bezeichneten diese nach 2002 das slowakische Investitionsklima als das idealste von allen Visegrád-Staaten.³⁶⁴ Die Verbesserung der internationalen Glaubwürdigkeit spiegelte sich automatisch im Investitionswachstum wider.

Zuerst wuchsen die Zuflüsse dank der massiven Privatisierung um die Jahrtausendwende an. 2002 verdoppelten sich die FDI gegenüber dem Vorjahr und verzeichneten rekordartige 17 Prozent des BIP, was dem Verkauf der Slowakischen Gasindustrie zu verdanken war.³⁶⁵ Danach floss das ausländische Kapital vor allem in Form von Neuansiedlungen (greenfield investment) hinein. Die Entscheidung der Dzurinda-Regierung, die Körperschaftssteuer von 40 auf 25 Prozent herabzusetzen, wurde von der Weltbank in Ihrem „Development Policy Review“ gelobt. Dies kann man auch als Befolgung von Weltbank-Ratschlägen verstehen, denn derselbe Punkt wurde der Regierung in einer früheren Dokumentation vorgeworfen.³⁶⁶ Der IWF schlussfolgerte wiederum, dass die Slowakei keine Probleme mit der Finanzierung des erwarteten Staatshaushaltsdefizits haben sollte, da die Auslandsinvestitionen diesen fast völlig abdecken würden.³⁶⁷ In demselben Bericht liest man auch, dass die niedrigen slowakischen Gehälter (um bis zu 50 Prozent geringer als in Tschechien) eine der wichtigsten Anreize für die Investoren darstellen.³⁶⁸

Besorgt war man in Washington lediglich über das regionale Missverhältnis bei der Verteilung der FDI, da sich diese auf den westlichen Landesteil konzentrierten, der zugleich die niedrigste Arbeitslosigkeit aufwies. Zwar konnte man dank der Investitionen tausende neue

³⁶³ Vgl. Peter Havlik, *EU Enlargement: Economic Impacts on Austria, the Czech Republic, Hungary, Poland, Slovakia and Slovenia* (Research Reports WIIW No. 280, Wien 2001), 20-24.

³⁶⁴ Vgl. Miháliková, *Slovakia*, 184.

³⁶⁵ Vgl. IMF (2003), 5.

³⁶⁶ Vgl. The World Bank (2002), 3.

³⁶⁷ Vgl. IMF (2005), 9.

³⁶⁸ Vgl. Ebenda, 7.

Arbeitsplätze schaffen³⁶⁹ und die Arbeitslosenquote kontinuierlich senken, dennoch konnten die FDI dieses Problem nicht endgültig lösen.

Zu den größten FDI-Projekten ab 2002 gehörten die Investitionen in die Automobilindustrie, die sich in der Slowakei zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige herausbilden konnte. Bis 2006 bildete die Automobilproduktion ein Drittel aller Exporte und schuf Beschäftigung für mehr als 65 000 Menschen.³⁷⁰ Heutzutage werden in der Slowakei, gemessen an der Zahl der Einwohner, mehr Autos als irgendwo anders in der Welt produziert.

Die Entwicklung zu diesem Trend begann bereits vor der Wende. Das Automobilwerk ŠKODA hatte in der Tschechoslowakei eine führende Position, was sich auch darin veranschaulichen lässt, dass im Jahr 1989 über 45 000 Autos nach Westeuropa exportiert wurden.³⁷¹ In den 1990er Jahren wurde ŠKODA von Volkswagen privatisiert und das Autowerk mit zahlreichen Investitionen ausgebaut. Man erhoffte sich von dieser frühen Positionierung auf dem osteuropäischen Markt einen strategischen Vorsprung vor den anderen Konkurrenten.³⁷² Im Jahr 2000 produzierte man 200 000 Autos pro Jahr, die Mehrheit davon in Bratislava, wo sich der Hauptsitz bis heute befindet. Der IWF bezeichnete demnach gerade die Tätigkeit von Volkswagen in der Slowakei als eine „*success story*“, die die positiven Wirkungen von FDI in einem Land veranschauliche.³⁷³ Das Beispiel von Volkswagen zeige, so der Bericht, wie ein Projekt, das anfänglich vom Rest der slowakischen Wirtschaft isoliert wurde, einen positiven Überlauftreffekt auf die lokale Wirtschaft ausüben konnte. Über die Abhängigkeit der Wirtschaft von der Auto-Branche wird aber geschwiegen. Allein die Einführung eines einzigen neuen Automodells (Volkswagen Touareg) führte zu einer nachhaltigen Verbesserung der gesamtstaatlichen Handelsbilanz im Jahr 2002.³⁷⁴

In den nächsten Jahren bestätigte sich diese Aussage, als sich zwei weitere Schlüsselinvestoren in der Slowakei ansiedelten: 2003 das französische PSA Peugeot Citroën und 2004 die südkoreanische Firma KIA Motors. Beide brachten Investitionen von jeweils über

³⁶⁹ Im Jahr 2004 schuf man durch die Investitionsprojekte etwa 13 500 neue Arbeitsstellen, vgl. Ebenda, 37.

³⁷⁰ Bis 2010 prognostizierte man fast 100 000 Arbeitsplätze, vgl. Lubica Misikova, *Development of the automotive industry in Slovakia* (Dipl., Wien 2007), 12.

³⁷¹ Vgl. Malgorzata Jakubiak, Peter Kolesar u.a., *The Automotive Industry in the Slovak Republic: Recent Developments and Impact on Growth* (Working Paper Nr. 29, Commission on Growth and Development, Washington 2008), 12, online unter: http://siteresources.worldbank.org/EXTPREMNET/Resources/489960-1338997241035/Growth_Commission_Working_Paper_29_Automotive_Industry_Slovakia_Recent_Developments_Impact_Growth.pdf (27.11.2017).

³⁷² Vgl. Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit* (München 2012), 243.

³⁷³ IMF (2001), 16f.

³⁷⁴ Das Exportwachstum in Höhe von 6,6 Mrd. Kronen ist allein auf diesen Produktlaunch zurückzuführen, vgl. Pavol Teren, *Die industrielle Entwicklung der Slowakischen Republik – mit Schwerpunkt Automobilindustrie – seit der Öffnung zur Marktwirtschaft bis heute* (Dipl., Wien 2005), 44.

eine Milliarde Euro mit sich.

Warum war gerade die Slowakei für die führenden Automobil-Konzerne so beliebt? Neben einer vorzügigen geographischen Lage im Herzen Europas waren es vor allem die günstigen Bedingungen für die lohnintensive Massenproduktion in Form von staatlicher Beihilfe und gut geschulten billigen Arbeitskräfte. Dabei war das Gehalt eines Mitarbeiters in der Slowakei im Jahr 2004 mit 4,30 Euro pro Stunde einem deutschen Arbeiter im demselben Wirtschaftszweig um ein Vielfaches unterlegen.³⁷⁵ Die Investoren erhielten zudem eine mehrjährige Steuerfreiheit³⁷⁶ und weitere Subventionen, damit ihr Aufenthalt kostengünstig blieb. Dies sind die Hauptgründe, warum die Slowakei 2004-2006 in den ausländischen Medien oft als „Investitionsparadies“ bezeichnet wurde.³⁷⁷

5.4.3. Alle zahlen gleich: Die Flat-Tax Reform

Als die wahrscheinlich am meisten diskutierte und radikale Wirtschaftsreform der zweiten Regierung Dzurinda gilt die Steuerreform von 2004. Mit der Einheitssteuer, die auch Flat Tax genannt wird, wurden die wichtigsten Staatseinnahmen ab dem 1. Januar 2004 mit einem 19 prozentigem Steuersatz besteuert. Die Abschaffung der bisher gültigen progressiven Steuer führte dazu, dass alle Einkommen, unabhängig von ihrer Höhe, denselben Steuersatz in die Staatskasse abführen mussten. Obwohl die Slowakei nicht der erste Staat des ehemaligen Ostblocks mit einer Flat Tax war³⁷⁸, galt deren Einführung als ein radikaler Schritt mit dem Ziel, ein effektives Steuersystem und ein vorteilhaftes Geschäftsklima zu errichten. Die Flat Tax sollte laut dem slowakischen Finanzministerium *„neutral, am gerechtesten und transparent“* sein und jegliche Unterschiede nivellieren.³⁷⁹ Zugleich wurde der Reform in der Öffentlichkeit die Schaffung eines der europaweit „konkurrenzfähigsten Steuersysteme“ zugeschrieben.³⁸⁰ Der österreichischer Historiker Hannes Hofbauer bezeichnet die Flat Tax als *„die größte Umverteilungsmaschine in Osteuropa seit dem Ende des Sowjetblocks“*³⁸¹ und zieht

³⁷⁵ Vgl. Berend, *From the Soviet Bloc*, 122-125.

³⁷⁶ Die Firma Volkswagen war bis 2007 in der Slowakei steuerfrei angesiedelt, vgl. Hofbauer, *EU-Osterweiterung*, 172.

³⁷⁷ Zitiert in: Ručinská, *Slowakische Wirtschaft*, 145.

³⁷⁸ Als ersten führten die baltischen Staaten 1994-1995 eine lineare Einkommenssteuer ein, gefolgt von Russland (2001), Serbien (2003), der Ukraine (2004) und Georgien und Rumänien (2005).

³⁷⁹ Vgl. die Reformbeschreibung auf der Homepage des Finanzministeriums der Slowakischen Republik: <http://www.mfsr.sk/Default.aspx?CatID=3995> (17.10.2017).

³⁸⁰ So lautete der Titel eines Werbefolders des „Adam Smith Seminars“, der im Finanzministerium in Bratislava verteilt wurde, vgl. Hofbauer, *EU-Osterweiterung*, 180.

³⁸¹ Ebenda.

eine direkte Verbindung zwischen deren Einführung in der Slowakei und dem EU-Beitritt, der wenige Monate später erfolgte.

Tatsächlich führte die Reform zum totalen Umbau des bisherigen Steuersystems. Durch die Einführung der 19-prozentigen Einkommen- und Körperschaftssteuer sanken automatisch die staatlichen Einkünfte aus den direkten Steuern, denn für die Reichen hieß es – je mehr man verdient, desto weniger muss man abführen. Kompensiert hatte man dies durch die indirekte Besteuerung, die eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 14 auf 19 Prozent mit sich trug. Diese Änderung betraf vor allem Haushalte mit durchschnittlichem Einkommen negativ, denn sie trieb die Preise für Nahrungsmittel, Strom, Gas und andere Güter des täglichen Bedarfs hinauf. Es ist wichtig anzumerken, dass indirekte Erwähnungen über diese Änderungen in einem Länderbericht vom IWF bereits im Jahr 2000 zu finden sind. Hier wurde empfohlen, dass die Regierung eine Erhöhung der geringeren Steuerquote (lower tax rate) und gleichzeitig eine Senkung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer (standard tax rate) erwägen solle.³⁸²

Eine Evaluierung der Steuerreform führte ein IWF-Team im Juli 2005 durch.³⁸³ Gleich am Anfang wird festgehalten, dass die Reform erfolgreich war. Trotz niedrigeren Einnahmen in 2004 als erhofft, halfen die Reformen *„bei der Förderung von Investitionen und verbesserten die Effizienz durch die Verbreiterung der Besteuerungsgrundlage, Verringerung des Verwaltungsaufwands und Verstärkung der Arbeitsanreize“*.³⁸⁴ Bedenkt man, dass das vorherige Steuersystem mit 21 unterschiedlichen Steuersätzen arbeitete, wird einem die deutliche Vereinfachung der neuen Steuerordnung klar. Vergleicht man die Gesetzesänderung mit den IWF-Empfehlungen für die Gestaltung der Steuerreform, die 2003 in einem gesonderten Working Paper ausgearbeitet wurden³⁸⁵, so stellt man fest, dass die Dzurinda-Regierung ihre Reform in Anlehnung an das IWF-Konzept erarbeitete.

Der IWF führte in einem anderen Bericht bald nach der Reform an, dass die lineare Steuer *„im Kontext der benötigten mittelfristigen Fiskalkonsolidierung“* eingeführt worden sei. Damit solle ein wichtiger Beitrag zur rechtzeitigen Erfüllung der Maastricht-Kriterien geleistet werden, der weitgehend aufkommensneutral sei und ein wettbewerbsfähiges System schüfe.³⁸⁶

³⁸² Zu jener Zeit machten die beiden Steuersätze jeweils 10 und 23 Prozent aus, IMF (2000), 85.

³⁸³ Der Bericht heißt: David Moore, Slovakia's 2004 Tax and Welfare Reforms (IMF Working Paper WP/05/133, 2005), online unter: <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2016/12/31/Slovakias-2004-Tax-and-Welfare-Reforms-18298> (20.10.2017).

³⁸⁴ Ebenda, 1.

³⁸⁵ Vgl. Vahram Stepanyan, Reforming Tax Systems: Experience of the Baltics, Russia, and Other Countries of the Former Soviet Union (IMF Working Paper WP/03/173, 2003), 5, online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2003/wp03173.pdf> (20.10.2017).

³⁸⁶ IMF (2005), 52f.

Im Endeffekt brachte die Steuerreform höhere Einnahmen für den Staatshaushalt, vor allem durch die Erhöhung von indirekten Steuern und Verhinderung von Steuerflüchten.

Eine einschneidende Änderung für die Unternehmen brachte die Senkung der Körperschaftssteuer mit sich. Deren Höhe betrug früher bis zu 40 Prozent, was mehrmals vom IWF als „zu hoch“ eingestuft wurde. Mit der Reform wurde die Steuer auf „lineare“ 19 Prozent halbiert, was in den umliegenden Staaten ebenfalls zur Anpassung der Körperschaftssteuer führte.³⁸⁷

Die aus der Flat Tax Reform resultierten Steueränderungen wurden von den ausländischen Firmen herzlich willkommen geheißen und regten weitere Investitionen an. Die FDI stiegen in den kommenden Jahren rasant an und verzeichneten in 2006 fast 30 Millionen Euro, was zwei Drittel mehr war als 2002, als die Regierung Dzurinda die zweite Amtsperiode antrat.³⁸⁸

Auch aus der Perspektive der Fiskalpolitik erfüllte die Reform ihre Aufgabe in vollem Maße. In den darauffolgenden Jahren erhöhten sich die staatlichen Einnahmen und es gelang, das Budgetdefizit im Rahmen zu halten. Das wäre allerdings nicht möglich, hätte es die Sozial- und Rentenreform nicht gegeben. Noch vor der Einführung der Flat Tax hielt das IWF-Team fest, dass die Reform „marktorientiert“³⁸⁹ sei, weil sie stärkere Arbeits- und Sparanreize schuf. Die Arbeitslosenrate von 18 Prozent ließ keine Zweifel daran, dass die Situation ernst war. Daher entschied die slowakische Regierung, dass die Flat Tax Reform von einer Reform der Sozialhilfe begleitet werden sollte. Zusätzlich fand 2005 die längst erwartete Rentenreform statt, die ebenfalls Rückwirkungen auf eine aktive Arbeitssuche haben sollte. Im letzten Kapitel werden daher beide analysiert.

5.4.4. Der Staat spart: Die Sozial- und Rentenreform

Ab 2000 lassen sich in den IWF-Berichten Äußerungen finden, dass die aus dem Staatshaushalt zugewiesenen Finanzmittel für die Sozialleistungen einen zu hohen Anteil aufweisen. Eine entsprechende Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für die staatliche Hilfe, die signifikante Einsparungen erbringen würde, wurde im gleichen Dokument

³⁸⁷ Österreich führte ab Januar 2005 die Körperschaftssteuer in Höhe von 25 Prozent ein (früher lag diese bei 34 Prozent), Ungarn reduzierte diese auf 17,7 Prozent, vgl. Moore, Slovakia's 2004 Tax and Welfare Reforms, 20.

³⁸⁸ Die Zahlen sind von den Daten der Slowakischen Nationalbank entnommen, zitiert in: Ručinská, Slowakische Wirtschaft, 153.

³⁸⁹ Diese Wortwahl wiederholt sich in den Berichten und soll unterstreichen, dass die Reform trotz ihrer Radikalität ein Schritt in die richtige Richtung – hin zu einer Marktwirtschaft – war, vgl. IMF (2003), 10.

angefordert.³⁹⁰ Es ist daher interessant festzustellen, dass die Sozialleistungen im Laufe der beiden Dzurinda-Regierungen einen sinkenden Trend aufwiesen. Auch dadurch konnte man sich von der Mečiar-Zeit abgrenzen. Während seiner Amtsperiode bildeten die Ausgaben für das Sozialsystem bis zu 20 Prozent des BIP. Die Sparmaßnahmen von Mikuláš Dzurinda bewirkten, dass die Zahl ab 1999 verringert werden konnte auf etwa 16 Prozent.³⁹¹ Dies zeigt, dass die Regierung Dzurinda die Aufforderungen der Weltbank und des IWFs zur einen „*besseren Regelung von Sozialausgaben*“³⁹² ernstnahm und bereit war, die Staatsausgaben in diesem Bereich zu beschränken, wenngleich dies zu einem höheren Armutsrisiko führen konnte.

Laut der Weltbank-Studie über die Lebensbedingungen in der Slowakei vom 2001 erhöhte sich die Armut in den letzten Jahren und wäre noch höher, gäbe es nicht die „*reichhaltigen Sozialtransfers*“. Deswegen wurde dem sozialen Sicherheitsnetz eine zentrale Rolle zugeschrieben.³⁹³ Zugleich wurde aber in der Studie festgestellt, dass einige der Sozialleistungen zu großzügig seien. So sei das Existenzminimum fast so hoch wie der Mindestlohn, sodass viele Arbeitslose wenig Motivation zur aktiven Arbeitssuche besäßen. Derartige „*leistungshemmende Effekte der Sozialhilfe*“ sollten beseitigt werden, allerdings ohne das Risiko jener Menschen zu erhöhen, die nahe an der Armutsgrenze leben.³⁹⁴

Diese Aufgabe versuchte die slowakische Regierung durch die Sozialreform zu lösen. Im Vordergrund der Reform stand die Reduzierung der Basisleistungen für alle Bezieher. Um den Leistungsmissbrauch zu reduzieren und Arbeitsanreize zu verstärken, stellte man zusätzlich ein „Aktivierungsprogramm“ vor, der von den Empfängern verlangte, dass sie Bemühungen nachweisen, um ihre Situation zu verbessern. Im Prinzip wurde somit die Auszahlung der Sozialleistungen an die öffentliche Gemeinschaftsarbeit oder an eine Absolvierung von Umschulungsprogrammen gebunden. Es ist wichtig anzumerken, dass die Idee der „Aktivierungsbeihilfe“ in der bereits zitierten Studie aus 2001 zu finden ist. Das hier erwähnte „benefit program“ erinnert an diese wichtige Komponente der Sozialreform von 2004.³⁹⁵

Vier Jahre später deutete die Weltbank in ihrer nächsten Studie an, dass die Sozialreform

³⁹⁰ Vgl. IMF (2000), 76.

³⁹¹ Die Daten sind der Graphik über die Sozialausgaben des Staates entnommen, vgl. Miroslav Beblavý, *Sociálna politika* (Bratislava 2009), 22.

³⁹² Dies lässt sich den früheren Berichten, die das Thema des Sozialsystems aufgreifen, entnehmen. In den vergangenen Jahren waren die Ausgaben in diesem Bereich stets höher als das geplante Budget.

³⁹³ Vgl. The World Bank (2001), 16-19.

³⁹⁴ Vgl. Ebenda, 70.

³⁹⁵ In der Weltbank-Studie werden ebenfalls die Anreize zur Fortbildung, Weiterqualifikation und zusätzlichem Training hervorgehoben, vgl. The World Bank (2001), 94-96.

von 2004 die negativen Anreize für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit mehrheitlich entfernt habe. Dies vor allem deswegen, weil die Sozialleistungen insgesamt um 16 Prozent gekürzt worden waren. Das Kindergeld wurde im Durchschnitt um 35 Prozent reduziert, die Sozialhilfeempfänger erhielten 2004 bis um die Hälfte weniger als 2002.³⁹⁶

Eine Evaluierung der Reformauswirkungen auf die am meisten gefährdeten Gruppen zeigte allerdings, dass durch die Sozialreform die Armutstendenz verstärkt wurde. Weniger Geld in Form von Sozialbeiträgen gab es laut dem IWF-Team für Familien, die mehr als drei Kindern hatten oder für jene, wo beide Elternteile ohne Anstellung waren.³⁹⁷ Am meisten von den Kürzungen betroffen war die zahlreiche Minderheit der slowakischen Roma, die von der Weltbank als die „*schutzbedürftigste Gruppe*“ der Slowakei identifiziert wurde.³⁹⁸ Diese zeichnete sich neben hoher Arbeitslosigkeit durch große Familien mit mehreren Kindern aus, die überwiegend durch die Sozialbeiträge überlebten. Als Folge deren Kürzungen – und durch den Anstieg der Lebensmittelpreise durch die neue Mehrwertsteuer von 19 Prozent – brach im Februar 2004 eine „Hungerrevolte“ in einigen ostslowakischen Städten und Siedlungen aus, die durch einen Polizeieinsatz beendet wurde. Hunderte Roma überfielen einige Supermärkte, um an die grundlegenden Nahrungsmittel zu kommen.³⁹⁹ Im Weltbank-Bericht, der sich auch die Lage der slowakischen Roma genauer anschaut, erfährt man lediglich, dass es kurzfristig „*beträchtliche soziale Unruhen*“ nach der Einführung der Reformen gab.⁴⁰⁰

Als ein weiteres langfristiges Problem der Sozialreform wurde die niedrige Arbeitsnachfrage hervorgehoben, die vor allem in den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit herrschte. Zwar sollte die Gesetzänderung eine aktive Arbeitssuche antreiben, man war sich aber in Washington nicht darüber einig, ob auch genügend Arbeitschancen zu Verfügung stehen würden.⁴⁰¹ In den nächsten Jahren sank zwar die Arbeitslosigkeit landesweit (2006 lag sie bei 13,3 Prozent), die Zahl der Langzeitarbeitslosen blieb jedoch die höchste in der EU.⁴⁰²

Die nächste wichtige Reform, die die Dzurinda-Regierung auf den Weg brachte, war die Rentenreform. Inputs zu diesem Thema bot die Weltbank bereits am Anfang des slowakischen Transformationsprozesses, als diese 1993 über die Vorteile des „Drei-Säulen-

³⁹⁶ Vgl. die Tabelle in: The World Bank (2005), 68.

³⁹⁷ Die Elternteile von kleineren Familien konnten durch ihre Teilnahme an den Aktivierungsprogrammen Beiträge erhalten, die mit jener vor der Reform ähnlich waren, vgl. Moore, Slovakia's 2004 Tax and Welfare Reforms, 6.

³⁹⁸ Die geschätzte Zahl der Roma-Population in der Slowakei im Jahr 2005 war gegen 350 000 Menschen, vgl. The World Bank (2005), 76.

³⁹⁹ Vgl. Hofbauer, Noack, Slowakei, 156f.

⁴⁰⁰ Vgl. The World Bank (2005), 47.

⁴⁰¹ Vgl. Moore, Slovakia's 2004 Tax and Welfare Reforms, 19.

⁴⁰² Vgl. Ručinská, 133-135.

Systems“ schrieb und ein privates Gesundheitswesen lobte.⁴⁰³ Also jene Schritte, die die Regierung nach zehn Jahren durchführte, wurden bereits Anfang 1990er als Empfehlungen festgelegt.

Weitere Zeichen, dass Änderungen in dem slowakischen Rentensystem notwendig seien, gab das IWF-Team im Jahr 2000, als es berichtete, dass die slowakischen Rentner als Ersten in die Pension gingen. Im Vergleich mit den anderen europäischen Staaten waren die Slowakei und Ungarn die einzigen, in denen Männer mit 60 und Frauen mit 57 in die Rente gehen durften.⁴⁰⁴ Die Renten waren zwar vergleichsweise gering, allerdings zählten die Ausgaben für Frührentner und Invaliden zu den höchsten in den OECD Ländern.⁴⁰⁵ In diesem Kontext ist die Warnung vom IWF zu verstehen, dass eine *„langfristige Tragfähigkeit des Rentensystem alarmierend ist und auf den Bedarf einer umfassenden Reform hindeutet.“*⁴⁰⁶ Die staatliche Sozialversicherung häufte bis 2002 Defizite an, die vom Staatshaushalt gedeckt werden mussten und durch die demographische Alterung eine steigende Tendenz zeigten.

Die Slowakei war nicht der einzige Staat, der eine Rentenreform überlegte. Alle ostmitteleuropäischen Staaten führten um 2000 Änderungen durch, die zum Ziel hatten, das vom Staat verwaltete Pensionssystem mehr in den privaten Bereich zu verschieben. Interessanterweise zeigten die Forschungen aus den letzten Jahren, dass diese Reformen keine Erfindung der jeweiligen nationalen Regierungen und deren Ökonomen waren, sondern in Anlehnung an die Weltbank-Publikation *„Averting the Old-Age Crisis“* erarbeitet wurden.⁴⁰⁷ Sprach sich die Organisation Anfang 1990er Jahre gegen die Privatisierung des Rentensystems in den Staaten des ehemaligen Ostblocks aus, so pries die Weltbank diesen Akt wenige Jahre später und setzte sich für eine Reduzierung der öffentlichen Sozialhilfe und deren Ersetzung durch private Altersvorsorge ein. In Polen und Ungarn ging es sogar soweit, dass die Legislativentwicklung zur Einführung dieser Reform von der Weltbank selbst mitfinanziert wurde. Darin äußert sich der direkte Einfluss der Weltbank auf die Landesregierungen der ostmitteleuropäischen Staaten. Das Vorhaben war durchaus erfolgreich und reichte bis nach Zentralasien: Zwischen 1984 und 2004 schließ die Weltbank mit 25 Ländern 93 Verträge, die

⁴⁰³ Vgl. The World Bank (1993), 29f.

⁴⁰⁴ In den anderen Transformationsländern war das Rentenalter viel höher (Polen: Männer 65 und Frauen 60, Tschechien: Männer 62 und Frauen 61), vgl. IMF (2000), 73.

⁴⁰⁵ Die Rentenbeiträge machten nach der Jahrtausendwende 28 Prozent des Bruttoeinkommens aus, vgl. IMF (2002), 26.

⁴⁰⁶ IMF (2000), 75.

⁴⁰⁷ Vgl. Mitchell A. Orenstein, *Transnational Actors in Central and East European Pension Reforms*, In: Alfio Cerami and Pieter Vanhuyse (Ed.), *Postcommunist Welfare Pathways. Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe* (Basingstoke 2009), 129-147, hier 133-136.

die die Rentenreform zum Thema hatten.⁴⁰⁸

Die Slowakei führte konkrete Schritte in Richtung eines neuen Altersvorsorge-Modells ab Mai 2002 durch. Das Rentenalter der Frauen und Männer wurde auf 62 Jahre erhöht und es wurden 65 Mrd. Kronen von den Privatisierungsgeschäften zur Seite gelegt, um die Rentenreform zu finanzieren.⁴⁰⁹ Die neue Altersvorsorge basierte auf einem drei-Säulen-Modell, das 2004 eingeführt wurde. Die Teilnahme an der ersten Säule war für alle Bürger verpflichtend und setzte sich aus monatlichen Pflichtbeiträgen zusammen. Der zweite Teil des Modells bestand aus einer betrieblichen Altersversorgung, die je nach Erwerbstätigkeit unterschiedlich ausfiel. Die letzte Ebene bildete eine freiwillige Zusatzversicherung, die eine systematische Ersparnisbildung ermöglichte. Es handelte sich also um ein „gemischtes“ Vorsorgemodell, in dem die einzelnen Bürger eine höhere Verantwortung hatten und der Staat entlastet wurde. Die Weltbank-Gruppe leistete ihre Unterstützung bei der Gestaltung des Modells in Form von technischer Assistenz.

Allerdings waren die US-amerikanischen Ratgeber mit der Umsetzung der Reform nicht völlig zufrieden. So wurde laut kritisiert, dass die Aufhebung des Rentenalters zu gering sei, um das kumulative Defizit langfristig zu senken. Statt 62 schlug man 65 Jahre als Rentenalter vor. Zusätzlich würden laut dem Bericht alle unter 40 Jahre alte Angestellte auf das neue System umgestellt werden. Der zu erwartende Widerstand der Bevölkerung solle mit einer „gut konzipierten öffentlichen Informationskampagne“ überwunden werden.⁴¹⁰ Darauf ließ sich die Regierung jedoch nicht ein und fuhr mit dem oben beschriebenen Schema fort. Die neoliberale Komponente blieb jedoch beibehalten – mehr Verantwortung für die Zukunftsvorsorge lag nun beim Einzelnen und die slowakischen Kapitalmärkte erhielten mehr Geld auf Kosten der Ersparnisse von Privatanlegern.

⁴⁰⁸ Zitiert in: Ebenda, 135.

⁴⁰⁹ Vgl. The World Bank (2002), 14.

⁴¹⁰ The World Bank (2003), 113.

6. Resümee

Die vorliegende Arbeit hatte zum Ziel, die Interaktionen zwischen den beiden Bretton-Woods-Institutionen und der Slowakei in dem Zeitraum von 1993-2006 zu untersuchen und prüfen, welchen Einfluss der IWF und die Weltbank auf die slowakische Wirtschaftspolitik ausübten. Wie in den einzelnen Kapiteln dargelegt wurde, spielten die internationalen Finanzinstitutionen eine wichtige Rolle, sowohl bei der Mitgestaltung der eigentlichen Wirtschaftsreformen, als auch in der Außendarstellung der Slowakischen Republik. Deren Unterstützung fand zwar in finanzieller Form statt, war allerdings fest mit einer ideologischen Komponente verbunden. Durch die Konditionalität verpflichtete sich nämlich das Empfängerland, der vorgelegten und vom IWF oder der Weltbank genehmigten Wirtschaftspolitik zu folgen. Dadurch wurde der Washington Consensus in jeweils unterschiedlicher Ausprägung zum Bestandteil der wirtschaftlichen Strategie der ostmitteleuropäischen Länder. Vor allem zu jener Umbruchszeit, als man nicht in der Lage war, den Aufbau der Marktwirtschaft mit einheimischen Ressourcen lösen zu können, waren die Staaten auf die Assistenz von beiden Institutionen angewiesen. Somit konnten der IWF und die Weltbank in den 1990ern eine dominante Stellung als „Wirtschaftsberater“ einnehmen. Die Teilnahme an einem Hilfsprogramm vom IWF oder der Weltbank galt als eine Garantie dafür, dass sich die jeweilige Regierung um eine zuverlässige Wirtschaftspolitik bemüht. Die Unterstützung und positive Beurteilung von den Bretton-Woods-Institutionen entwickelten sich mit der Zeit zu einem Vertrauenszeichen, mit welchem man einfacher den Zugang an die westeuropäischen Kapitalmärkte erhielt oder die Mitgliedschaft in weiteren internationalen Organisationen erwarb.

Die Tschechoslowakei war unter Václav Klaus besonders an einem schnellen Übergang zur Marktwirtschaft interessiert und nahm mehrere Hilfskredite vom IWF und der Weltbank auf. Ihr radikales Reformprogramm, das vom IWF und der Weltbank gelobt wurde, hatte schwerwiegende Konsequenzen für den slowakischen Landesteil. Gerade die wirtschaftliche Rezession nutzte Vladimír Mečiar, um die Slowakei von dem „Prager Diktat“ zu befreien. Enttäuscht durch die Resultate der marktliberalen Reformen in den ersten Jahren der Umbruchszeit, optierte Mečiar für einen „slowakischen Weg der Transformation“, der auf der Ideologie einer „sozialen Solidarität“ beruhte und eine aktive regulierende staatliche Wirtschaftspolitik betrieb. In der Praxis bedeutete dies eine vorsichtige Preisliberalisierung, die Beibehaltung von staatlichen Subventionen in vielen Bereichen und höhere Ausgaben in der

Sozialpolitik. Im privaten Sektor war es die Privatisierung von Betrieben an ausgewählte, durch die Regierung präferierte Käufer, die ein Dorn im Auge der den Bretton-Woods-Institutionen war. Ungeachtet dessen versuchte Mečiar mittels staatlicher Intervention den Privatisierungsprozess zu steuern und nutzte seinen Einfluss, um die staatlichen Betriebe an seine Bekannten zu verkaufen.

Diese Maßnahmen bedeuteten zwar keine grundlegende Änderung in dem bisherigen Transformationsprozess, führten aber zur Verlangsamung der Transformation und zu Kritik seitens des IWF und der Weltbank. Ein gradueller Zugang war nicht im Einklang mit dem Washington Consensus, was in den analysierten Berichten mehrmals klargemacht wurde. Der Grund, warum Mečiar kaum auf die Empfehlungen vom IWF und der Weltbank einging, war, dass die Slowakei ohnehin überraschend positive makroökonomischen Zahlen erreichte. Statt eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben, wurde die Nachfrage durch die Expansion der öffentlichen Ausgaben in Form von großangelegten Infrastrukturprojekten stimuliert. Ohne ordentlich die Angebotsseite auf die neuen Marktbedingungen zu adaptieren, führte die Betonung der Nachfrage zu einer Situation, in der man mehr verbrauchte, als man erwirtschaften konnte. Ab 1996 wurde klar, dass das anwachsende Staatshaushaltsdefizit und die Staatverschuldung außer Kontrolle geraten könnten. Als der IWF vor den „*untragbaren Defiziten*“ warnte und die expansive Fiskalpolitik kritisierte, reagierte der Ministerpräsident mit der Einführung eines Importzuschlags, womit er der gegen die bestehenden Europa-Abkommen verstieß.

Die Unvereinbarkeit des „slowakischen Weges“ mit der Konditionalität des IWF und der Weltbank in den Jahren 1994 bis 1998 führte zum Abbruch weiterer Kredite und jeglicher Unterstützung seitens beider Institutionen. Der Ausschluss aus der ersten Gruppe der EU-Beitrittskandidaten erfolgte zwar in erster Linie wegen der Nichterfüllung von politischen Kriterien, es war aber der wirtschaftliche Reformunwillen der Mečiar-Regierung, der maßgeblich zur internationalen Isolierung des Landes beitrug. Die Verschlechterung der Kreditwürdigkeit bei den anerkannten Ratingagenturen hatte zur Folge, dass das Land um 1996 das geringste Investitionsvolumen von allen post-kommunistischen Staaten aufwies.

In dieser Situation und nach der von Mečiar verlorenen Wahlen übernahm der ambitionöse Mikuláš Dzurinda das Regierungsamt. Teilweise um aus der prekären Wirtschaftslage am schnellsten herauszukommen, teilweise um zeitnah das Image der Slowakei zu verbessern, machte er einen Neuanfang in den Beziehungen mit dem IWF und der Weltbank und stützte seine liberale Wirtschaftspolitik auf den Ratschlägen von beiden ab. Obwohl man sich entschloss, kaum Kreditanleihen anzunehmen, zeigte sich bald, dass das Vertrauen vom IWF

nicht durch die Rückzahlung der Kredite gewonnen wurde, sondern durch die Einhaltung des empfohlenen Wirtschaftskurses. Die neue slowakische Regierung zögerte nicht mit den Reformen und führte in kurzer Zeit eine vollständige Bankenprivatisierung, die lang vorangeschobene Umstrukturierung von hunderten Unternehmen wie auch umfangreiche Änderungen im Staatshaushalt durch. Um die internationale Glaubwürdigkeit wiederherzustellen und das Geld für die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits zu sammeln, lud man mittels attraktiver Steuerfreiheiten ausländische Firmen in das Land ein. Alle diese Schritte wurden mit dem IWF – und teilweise der Weltbank – jährlich diskutiert und wie die Analyse der Berichte ergab, wurden in den meisten Bereichen die Hinweise beider Institutionen berücksichtigt. Es war kein Zufall, dass die Rentenreform von 2004 nach jenem Modell umgesetzt wurde, dass die Weltbank bereits zehn Jahre früher in einem ihrer Berichte formulierte. Die besonders radikale Flat Tax wurde wiederum nach dem IWF-Entwurf der Steuerreform verabschiedet.

Dies hieß zugleich nicht, dass der IWF und die Weltbank mit seinen Ratschlägen die slowakische Wirtschaftspolitik gestalten würden. Vielmehr war es deren „soft power“, mit der sie die Regierungsträger in die gewünschte Richtung steuerten. Anders Åslund traf den Nagel auf den Kopf, als er schrieb: *„Victorious reformers listened to international advice and made appropriate choices themselves.”*⁴¹¹

Nicht in allen Bereichen konnte man aber erfolgreiche Strategien verfolgen. Die neoliberalen Reformen wirkten sich besonders hart auf jene Slowaken aus, die in den ostslowakischen Städten und Dörfern lebten und mit dem geringen Beschäftigungsstand zu kämpfen hatten. Statt des versprochenen Wohlstands trat in ihr Alltagsleben Armut ein, für die die Weltbank-Experten viele Erklärungen fanden, jedoch kaum umsetzbare Lösungen vorlegten. Trotz ausführlicher Studien über das Thema, schafften es die slowakischen Regierungsträger nicht, die Arbeitslosigkeitsfrage zu lösen. Auf der Suche nach Ersparnissen in den Staatsausgaben plädierte der IWF für Kürzungen in der staatlichen Beihilfe und für Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für das Arbeitslosengeld. Umgesetzt wurden beide in der Sozialreform von 2004. Im Nachhinein wies die Weltbank darauf hin, dass die neue Regelung das Armutrisiko vor allem für die zahlreiche Minderheit der slowakischen Roma erheblich verbreitete. Nicht zuletzt wirkte sich die Einführung der Linearsteuer auf viele negativ aus. Obwohl sie als ein Beitrag zur Gleichstellung der Bevölkerung verkündet wurde, machte die Reform paradoxerweise die Tür für das Wachstum von Einkommensungleichheiten auf.

⁴¹¹ Åslund, *How Capitalism*, 313.

Daher kann behauptet werden, dass das rasante Reformtempo ab 2002 die Ausbreitung der sozialen Ungleichheiten begünstigte.

Unbestritten ist aber auch, dass die neoliberale Reformpolitik rasch ihre Früchte trug. Die strategische geographische Lage, billige Arbeitskräfte und ein günstiges politisches Klima sorgten für hohe Aufmerksamkeit bei den Automobilkonzernen. Durch immense ausländische Investitionen boomte gerade die Automobil-Industrie. Verbunden mit dem massiven Wirtschaftswachstum seit 2003 nahm binnen kurzer Zeit der „slowakische Tiger“ eine führende Position unter den Visegrád-Staaten ein. Wahrscheinlich am wichtigsten für seine Popularität war die Ernennung der Slowakei zum „*leading reformer*“ von der Weltbank in ihrem Doing Business Report von 2005. Diese Auszeichnung wurde anschließend von den einheimischen Institutionen als Referenz für weitere potentielle Investoren benutzt und behält ihre Kontinuität bis heute bei.

Man kann behaupten, dass es den slowakischen „Tatra-Tiger“ aus den Jahren 2003-2005 ohne den „Aschenputtel“ unter Vladimír Mečiar nicht gäbe. Denn es war gerade die noch heute in der Slowakei unpopuläre Zeit des „Mečiarismus“, von der sich Mikuláš Dzurinda abgrenzen wollte. Mečiar lehnte das Erfolgsrezept, das von den Bretton-Woods-Institutionen proklamiert wurde, resolut ab. Dzurinda und der Finanzminister Ivan Mikloš hießen die Unterstützung von beiden Organisationen willkommen und lernten, deren Assistenz für sich zu nutzen. Neben der finanziellen Hilfe war es die unentgeltliche Unterstützung von qualifizierten Fachkräften, die in den slowakischen Regierungskreisen hochgeschätzt wurde. Darüber hinaus waren die regelmäßig verfassten Berichte beider Organisationen von großer Bedeutung in Bezug auf den EU-Beitritt. Bei der Ausarbeitung eigener Schlussfolgerungen las die EU-Kommission die IWF- und Weltbank-Länderstudien und koordinierte mit diesen das Annahmeverfahren. Es war die EU, die nach der Jahrtausendwende einen „Motor“ für die slowakischen Wirtschaftsreformen darstellte. Um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, wurden legislative und wirtschaftliche Änderungen vorgenommen, die zum Teil unvorteilhaft für die einheimische Bevölkerung waren. Es war die Intervention von den IWF-Experten, die der slowakischen Regierung verhalf, den von der EU vorgeschriebenen Staatsdefizit zu erfüllen.

Aus der Arbeit lässt sich daher die Schlussfolgerung ziehen, dass sowohl die Zusammenarbeit mit dem IWF und der Weltbank, als auch ihre Ablehnung, entscheidende Folgen für die Slowakei im nationalen und globalen Kontext mit sich brachte.

Die vorliegende Masterarbeit zeigte, dass sich die internationalen Finanzorganisationen maßgeblich an dem Transformationsprozess der Slowakei beteiligten. Da es generell an wissenschaftlichen Forschungen über die Wechselbeziehungen zwischen solchen

„Wirtschaftsberatern“ und den einzelnen ostmitteleuropäischen Staaten mangelt, liegt hier ein vielversprechendes Forschungsfeld, das bisher noch voll ausgeschöpft wurde. Das Thema würde sich besonders für interdisziplinäre Ansätze anbieten, da es Spielraum für Geschichte, Politologie, Wirtschaft und Soziologie bietet. Die Verbindung dieser Fachgebiete, unter Berücksichtigung der jeweiligen Methoden, kann neue und wertvolle Erkenntnisse für die künftige Transformationsforschung liefern.

7. Literaturverzeichnis

7.1. Monographien und Sammelwerke

Joachim Ahrens, Governance and Economic Development. A Comparative Institutional Approach (New Thinking in Political Economy, Cheltenham/Northampton 2002).

Paul Dragos Aligica, Anthony J. Evans, The Neoliberal Revolution in Eastern Europe. Economic Ideas in the Transition from Communism (New Thinking in Political Economy, Cheltenham/Northampton 2009).

Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt: aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990 (München/Wien 1990).

Anders Åslund, How Capitalism Was Built. The Transformation of Central and Eastern Europe, Russia and Central Asia (New York 2007).

Rastislav Báčora, Slowakische Republik. Parteipolitische Implikationen der sicherheitspolitischen Transformation 1993-2002 (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 1, Wien 2003).

Judy Batt, East Central Europe from reform to transformation (London 1991).

Miroslav Beblavý, Sociálna politika (Bratislava 2009).

Ivan T. Berend, From the Soviet Bloc to the European Union. The Economic and Social Transformation of Central and Eastern Europe since 1973 (Cambridge 2009).

Beata Blehová, Der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei (Europa Orientalis Bd. 2, Wien 2006).

Juraj Borgula, Martin Bútora u.a., Sľuby a realita. Slovenská ekonomika 1995-1998 (M.E.S.A. 10, Bratislava 1998).

Romana Careja, Policy Coherence and Economic Reforms in Central and Eastern Europe. The Great Transformation (Politica. Schriftenreihe zur politischen Wissenschaft 79, Hamburg 2010).

Leo Paul Dana, When Economies Change Hands. A Survey of Entrepreneurship in the Emerging Markets of Europe from the Balkans to the Baltic States (Binghamton 2005).

Florian Eckert, Vom Plan zum Markt. Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa (Wiesbaden 2008).

Heinz Fassmann (Hg.), Die Rückkehr der Regionen. Beiträge zur regionalen Transformation Ostmitteleuropas (Wien 1997).

Ján Figel', Miroslav Adamiš, Slovensko na ceste do Európskej únie. Kapitoly a súvislosti (Bratislava 2003).

Ben Fowkes, The Post-Communist Era. Change and Continuity in Eastern Europe (London 1999).

Wolfgang Franzen, Hans Peter Haarland, Hans-Joachim Niessen, Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität. Daten zur Systemtransformation 1990-2003 (Frankfurt/New York 2005).

Markus Fredebeul-Krein, Walter A.S.Koch, Margareta Kulesa, Agnes Sputeck, Grundlagen der Wirtschaftspolitik (4. vollständig überarbeitete Auflage, Konstanz/München 2014).

Bela Galgoczi, Privatisierung in Mittel- und Osteuropa, In: Wolfgang Lecher, Uwe Optenhögel (Hg.), Wirtschaft, Gesellschaft und Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa (Köln 1995), 219-242.

Minton F. Goldman, Slovakia since Independence. A Struggle for Democracy (London 1999).

Heather Grabbe, The EU's Transformative Power. Europeanization through Conditionality in Central and Eastern Europe (Basingstoke/New York 2006).

Simon Gruber, Wilder Osten oder Herz Europas? Die Slowakei als EU-Anwärterstaat in den 1990er-Jahren (Schriften zur politischen Kommunikation 7, Göttingen 2010).

Paul Hacker, Slovensko 1990-1993. Spomienky amerického diplomata (Bratislava, 2014).

Tim Haughton, Constraints and Opportunities of Leadership in Post-Communist Europe (Aldershot 2005).

Peter Havlik, EU Enlargement: Economic Impacts on Austria, the Czech Republic, Hungary, Poland, Slovakia and Slovenia (Research Reports WIIW No. 280, Wien 2001).

Hannes Hofbauer, EU-Osterweiterung. Historische Basis-ökonomische Triebkräfte-soziale Folgen (Wien 2007).

Hannes Hofbauer, David X. Noack, Slowakei. Der mühsame Weg nach Westen (Wien 2012).

Andras Intonai, Economic Transformation: Hungary, In: Hanspeter Neuhold, Peter Havlik, Arnold Suppan (Ed.), Political and Economic Transformation in East Central Europe (Boulder/San Francisco/Oxford 1995), 109-123.

Malgorzata Jakubiak, Peter Kolesar u.a., The Automotive Industry in the Slovak Republic: Recent Developments and Impact on Growth (Working Paper Nr. 29, Commission on Growth and Development, Washington 2008), online unter:
http://siteresources.worldbank.org/EXTPREMNET/Resources/489960-1338997241035/Growth_Commission_Working_Paper_29_Automotive_Industry_Slovakia_Recent_Developments_Impact_Growth.pdf (27.11.2017).

Andrew C. Janos, *East Central Europe in the Modern World. The Politics of the Borderlands from Pre- to Postcommunism* (Stanford 2000).

Ian Jeffries, *Eastern Europe at the Turn of the Twenty-first Century. A guide to the economies in transition* (London/New York 2002).

Jakob Juchler, *Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993 Gesamtüberblick und Fallstudien* (Zürich 1994).

Padraic Kenney, *The Burdens of Freedom. Eastern Europe since 1989* (London/New York 2006).

Rüdiger Kipke, Karel Vodička, *Slowakische Republik. Studien zur politischen Entwicklung (Tschechien und Mitteleuropa Bd.3, Münster 2000)*.

Rüdiger Kipke, *Slowakische Republik*, In: Günther Heydemann, Karel Vodička (Hg.), *Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990-2012 im Vergleich* (Göttingen 2013), 193-214.

Stanislav Kirschbaum, *A History of Slovakia. A Struggle for Survival* (London 1995).

Sergej Kozlík, *Hospodárska stratégia a politika SR v integračných procesoch*, In: NEZES, *Slovensko v siločiarach Európy a sveta na prahu 20. storočia* (Medzinárodná ekonomická konferencia, Bratislava 1995), 1-6.

Marianne Kneuer, *Demokratisierung durch die EU. Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich* (Wiesbaden 2006).

Marie Lavigne, *The Economics of Transition. From Socialist Economy to Market Economy* (Basingstoke 2nd 1999).

Hans Lemberg, *Osteuropa, Mitteleuropa, Europa. Formen und Probleme der „Rückkehr nach Europa“*, In: Jürgen Elvert, Michael Salewski (Hg.), *Der Umbruch in Osteuropa* (Stuttgart 1993), 15-28.

Patrick Lenain, *Medzinárodný menový fond* (Paris 1995).

Eduardo Lora, *Washington Consensus*, In: *The Princeton Encyclopedia of the World Economy Vol. 2* (Princeton 2009), 1169-1173.

Beata Lukan, *Transformationsprozeß in der Slowakei* (Dipl., Wien 2000).

Zdenek Lukas, *Slovakia: Challenges on the path towards integration* (Research Reports WIIW No. 261, Wien 1999).

Darina Malová, Marek Rybář, *The European Union Policies towards Slovakia. Carrots and sticks of political conditionality*, In: Jacques Rupnik, Jan Zielonka (Ed.), *The road to the European Union Vol. 1, The Czech and Slovak Republics* (Manchester 2003), 98-112.

Anton Marcinčin, Miroslav Beblavý (Ed.), *Hospodárska politika na Slovensku 1990-1999* (Bratislava 2000).

Anton Marcinčin (Ed.), *Hospodárska politika na Slovensku 2000-2001* (Bratislava 2002).

Paul Marer, *Comparative Privatization and Restructuring in Hungary, Poland and Czech Republic, 1989-1995*, In: Ivan T. Berend (Ed.), *Long-Term Structural Changes in Transforming Central & Eastern Europe (The 1990s)*, (Südosteuropa Studien Bd.57, München 1997), 121-146.

Vera Mayer, *Regionale Disparitäten und Arbeitsmarkt in der Slowakischen Republik*, In: Fassmann, *Die Rückkehr*, 83-139.

Wolfgang Merkel, *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung* (Wiesbaden 2010).

Silvia Miháliková, *Die Rückkehr der Slowakei nach Europa*, In: Dittmar Schorkowitz (Hg.), *Transition – Erosion – Reaktion. Zehn Jahre Transformation in Osteuropa (Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel 8, Frankfurt am Main 2002)*, 298-318.

Silvia Miháliková, *Slovakia in the European Union – Problems, Expectations*, In: Schwarz, Suppan, *Quo vadis EU?*, 179-196.

Lubica Misikova, *Development of the automotive industry in Slovakia* (Dipl., Wien 2007).

Aziz Ali Mohammed, *The Role of International Financial Institutions*, In: Hardt, Kaufman (Ed.), *East-Central European Economies*, 191-204.

Frieder Monzer, *Slowakei: Unterwegs zwischen Donau, Tatra und Beskiden* (3. Auflage, Berlin 2009).

Karol Morvay u.a., *Transformácia ekonomiky: skúsenosti Slovenska* (Bratislava 2005).

Mikael Olsson, *Ownership Reform and Corporate Governance. The Slovak Privatization Process 1990-1996* (Acta Universitatis Upsaliensis, Uppsala Studies in Economic History 49, Uppsala 1999).

Mitchell A. Orenstein, *Out of the Red. Building Capitalism and Democracy in Postcommunist Europe* (Development and Inequality in the Market Economy, Ann Arbor 2001).

Mitchell A. Orenstein, *Transnational Actors in Central and East European Pension Reforms*, In: Alfio Cerami and Pieter Vanhuyse (Ed.), *Postcommunist Welfare Pathways. Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe* (Basingstoke 2009), 129-147.

Alberto Paloni (Ed.), *The IMF, World Bank and Policy Reform* (Routledge Studies in Development Economics, London 2006).

Dankwart Plattner, *Privatisierung in der Systemtransformation. Eine ökonomische Untersuchung am Beispiel der Privatisierungspolitik in Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Polen und Rumänien* (Berlin 1996).

Gustav Ranis (Ed.), *Globalization and the Nation State: The Impact of the IMF and the World Bank* (Routledge Studies in the World Economy, London 2006).

Wolfgang Reinicke, Building a new Europe: the challenge of system transformation and systemic reform (Washington 1992).

Sabine Riedel, Osteuropa und die EU-Integration, In: Iskra Schwarz, Arnold Suppan (Hg.), Quo vadis EU? Osteuropa und die EU-Erweiterung (Europa Orientalis Bd. 5, Wien/Berlin 2008), 25-40.

Silvia Ručinská, Slowakische Wirtschaft – Wunder dank Reformen? Erfolge und Misserfolge des Transformationsprozesses (Hamburg 2010).

Ivo Samson, Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU. Die Slowakei vor der Marginalisierung? In: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Discussion Paper C31 (Bonn 1999), online unter: http://aei.pitt.edu/314/1/dp_c31_samson.pdf (12.06.2016).

Ivo Samson, Die Slowakei zwischen Annäherung an Moskau und Streben nach Westintegration (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1997).
Ivo Samson, EU, NATO and the Slovak Republic: The National Principle Versus the Integration Principle, In: Reimund Seidelmann (Ed.), EU, NATO and the Relationship Between Transformation and External Behavior in Post-Socialist Eastern Europe (Demokratie, Sicherheit, Frieden 144, Baden-Baden 2002) 93-152.

Harvey Saphiro, Investment Needs and Financial Flows, In: John P. Hardt, Richard F. Kaufman (Ed.), East-Central European Economies in Transition (Joint Economic Committee, Congress of the United States, Armonk/London/New York/England 1995), 259-271.

Brigita Schmögnerová, Cúvanie napred (Bratislava 1997).

Brigita Schmögnerová, Kniha o vládnutí (Bratislava 2016).

Brigita Schmögnerová, Na dohľad či v nedohľadne? O konkurencieschopnosti, udržateľnom rozvoji a sociálnej inklúzii (Bratislava 2008).

Bruno S. Sergi, William T. Bagatelas (Ed.), The Slovak Economy and EU Membership (Bratislava 2004).

Daniela Setton, Jürgen Knirsch, Daniel Mittler, Alexis Passadakis, WTO-IWF-Weltbank. Die «Unheilige Dreifaltigkeit» in der Krise (Hamburg 2008).

Stuart Shields, The International Political Economy of Transition. Neoliberal hegemony and Eastern Central Europe's transformation (Ripe Series in Global Political Economy, London/New York 2012).

Ben Slay, The Polish Economic Transition, In: Hardt, Kaufman (Ed.), East-Central European Economies, 465-479.

Randall W. Stone, Lending Credibility. The International Monetary Fund and the Post-Communist Transition (Princeton 2002).

Pavol Teren, Die industrielle Entwicklung der Slowakischen Republik – mit Schwerpunkt Automobilindustrie – seit der Öffnung zur Marktwirtschaft bis heute (Dipl., Wien 2005).

Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa (Berlin 2014).

Milada Anna Vachudová, Europe Undivided. Democracy, Leverage and Integration after Communism (Oxford 2005).

Antonio Di Vittorio (Ed.), An Economic History of Europe. From expansion to development (Abingdon 2006).

Andreas Wirsching, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit (München 2012).

Jan Zielonka, Europe as Empire. The Nature of the Enlarged European Union (Oxford/New York 2006).

7.2. Primärquellen

1999 Regular Report From the Commission on Slovakia's Progress Toward Accession (13.10.1999), online unter:

https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/archives/pdf/key_documents/1999/slovakia_en.pdf (21.04.2017).

Agenda 2000 – Commission Opinion on Slovakia's Application for Membership of the European Union (DOC/97/20, 15. Juli 1997), online unter:

http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/slovakia/sk-op_en.pdf (12.06.2016).

Bijan B. Aghevli, Eduardo Borenszstein, Tessa van der Willigen, Stabilization and Structural Reform in Czechoslovakia: An Assessment of the First Stage (IMF Working Paper 92/2, Washington 1992).

Carolina Sánchez-Páramo, Unemployment, Skills, and Incentives. An Overview of the Safety Net System in the Slovak Republic (Policy Research Working Paper 2753, The World Bank 2002), online unter:

<http://documents.worldbank.org/curated/en/623441468780967367/pdf/multi0page.pdf> (20.09.2017).

Czechoslovakia. Transition to a Market Economy (A World Bank Country Study, Washington 1991).

David Moore, Slovakia's 2004 Tax and Welfare Reforms (IMF Working Paper WP/05/133, 2005), online unter: <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2016/12/31/Slovakias-2004-Tax-and-Welfare-Reforms-18298> (20.10.2017).

Doing Business in 2005. Removing Obstacles to Growth (Washington 2005), online unter: <http://www.doingbusiness.org/~media/WBG/DoingBusiness/Documents/Annual-Reports/English/DB05-FullReport.pdf> (06.10.2017).

IMF, Slovak Republic: 2002 Article IV Consultation-Staff Report; Public Information Notice on the Executive Board Discussion; and Statement by the Authorities of the Slovak Republic (IMF Country Report No. 02/209, Washington 2002), online unter: <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2016/12/30/Slovak-Republic-Staff-Report-for-the-2002-Article-IV-Consultation-16084> (19.09.2017).

IMF, Slovak Republic: 2003 Article IV Consultation – Staff Report; Public Information Notice on the Executive Board Discussion; and Statement by the Executive Director for the Slovak Republic (IMF Country Report No. 03/234, Washington 2003), online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03234.pdf> (05.10.2017).

IMF, Slovak Republic: 2005 Article IV Consultation – Staff Report; and Public Information Notice on the Executive Board Discussion (IMF Country Report No. 06/119, Washington 2006), online unter: <http://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2016/12/31/Slovak-Republic-Staff-Report-for-the-2005-Article-IV-Consultation-19085> (05.10.2017).

IMF, Slovak Republic: Development Policy Review (Volume I: Summary Report, Report No.25211-SK, Washington 2002), online unter: <http://documents.worldbank.org/curated/en/386441468776808826/pdf/multi0page.pdf> (05.09.2017).

IMF, Slovak Republic: Selected Issues and Statistical Appendix (IMF Staff Country Report No. 00/115, Washington 2000), online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2000/cr00115.pdf> (03.09.2017).

IMF, Slovak Republic: Selected Issues and Statistical Appendix (IMF Country Report No. 01/129, Washington 2001), online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2001/cr01129.pdf> (05.09.2017).

IMF, Slovak Republic: Selected Issues and Statistical Appendix (IMF Country Report No. 05/72, Washington 2005), online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2005/cr0572.pdf> (06.10.2017).

Implementation Completion Report on a Loan in the Amount of Euro 200 Million to the Slovak Republic for an Enterprise and Financial Sector Adjustment Loan (Report No. 31073, The World Bank, December 30 2004), online unter: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2005/02/16/000112742_20050216101003/Rendered/PDF/310730SK.pdf (20.06.2016).

Implementation Completion Report, Slovak Republic. Economic Recovery Loan (Report No. 15632, The World Bank, May 16 1996), online unter: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1996/05/16/000009265_3961214135408/Rendered/PDF/multi0page.pdf (20.06.2016).

International Monetary Fund, 25 Years of Transition. Post-Communist Europe and the IMF (Regional Economic Issues, Special Report, Washington 2014), online unter: http://www.imf.org/external/region/bal/rr/2014/25_years_of_transition.pdf (23.08.2017).
International Monetary Fund, Annual Report 1991 (Washington 1991).

International Monetary Fund, Slovak Republic. Recent Economic Developments (IMF Staff Country Report No. 97/43, Washington 1997).

International Monetary Fund, Slovak Republic. Recent Economic Developments (IMF Staff Country Report No. 98/60, Washington 1998), online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/1998/cr9860.pdf> (26.06.2017).

International Monetary Fund, Slovak Republic. Selected Background Issues (IMF Staff Country Report No. 95/103, Washington 1995).

James Roaf, Ruben Atoyan, Bikas Joshi, Krzysztof Krogulski and an IMF Staff Team, 25 Years of Transition. Post-Communist Europe and the IMF. Regional Economic Issues Special Report (International Monetary Fund, Washington 2014), online unter: https://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2014/eur/eng/pdf/erei_sr_102414.pdf (04.06.2016).
Jim Prust and an IMF Staff Team, The Czech and Slovak Federal Republic. An Economy in Transition (Washington 1990).

Kemal Dervis, Slovakia. Restructuring for Recovery (The World Bank 1994).

Národná banka Slovenska, Annual Report 1993 (Bratislava 1993), 27, online unter: <http://www.nbs.sk/en/statistics/exchange-rates/en-kurzovy-listok/nbs-daily-exchange-rates> (10.05.2016).

Národná Banka Slovenska, Annual Report 1998, online unter: http://www.nbs.sk/_img/Documents/_Publikacie/AnnualReport/ARNBS98.pdf (27.06.2017).

Poverty and Welfare of Roma in the Slovak Republic (April 2002, The World Bank, Foundation S.P.A.C.E., Ineko, The Open Society Institute), online unter: <http://siteresources.worldbank.org/EXTROMA/Resources/povertyinslovak.pdf> (20.06.2016).

Report and Recommendation of the President of the International Bank for Reconstruction and Development to the Executive Directors on a Proposed Structural Adjustment Loan in an Amount Equivalent to US\$ 450 Million to the Czech and Slovak Federal Republic (Report No.P-5583-CZ, The World Bank, June 7 1991), online unter: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1991/06/07/000009265_3_961001094359/Rendered/PDF/multi0page.pdf (17.06.2016).

Report and Recommendation of the President of the International Bank for Reconstruction and Development to the Executive Directors on a Proposed Economic Recovery Loan in Amount Equivalent to US\$80 Million to Slovak Republic (Report No.P-6166-SK, The World Bank 1993), online unter:

http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1993/11/05/000009265_3961005114101/Rendered/INDEX/multi0page.txt (20.05.2016).

Report and Recommendation of the President of the International Bank for Reconstruction and Development to the Executive Directors on an Enterprise and Financial Sector Adjustment Loan in the Amount of Euro 200 Million to the Slovak Republic (Report No. P7459-SK, The World Bank, July 2 2001), online unter:

http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2001/07/27/000094946_01071404015171/Rendered/PDF/multi0page.pdf (20.06.2016).

Slovak Investment and Trade Development Agency, Slovakia in Figures (Bratislava 2002). Slovak Republic. Living Standards, Employment and Labor Market Study (Report No. 22351-SK, The World Bank, August 9 2001), online unter:

http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2001/09/28/000094946_01092004005284/Rendered/PDF/multi0page.pdf (20.06.2016).

Slovak Republic: 2001 Article IV Consultation, In: IMF Country Report No. 01/126 (International Monetary Fund, Washington 2001), online unter:

<https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2001/cr01126.pdf> (20.11.2017).

Slovak Republic: 2003 Article IV Consultation (IMF Country Report No. 03/234, International Monetary Fund, Washington 2003), online unter:

<https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03234.pdf> (29.11.2017).

The World Bank, Czech Republic. Toward EU Accession. Summary Report (A World Bank Country Study, Washington 1999).

The World Bank, Memorandum of the President of the International Bank for Reconstruction and Development and the International Finance Corporation to the Executive Directors on a Country Assistance Strategy for the Slovak Republic (Report No.20232-SK, Washington 2001), online unter:

<http://documents.worldbank.org/curated/en/631971468781508455/pdf/multi-page.pdf> (23.08.2017).

The World Bank, Slovak Republic – Joining the EU. A Development Policy Review (A World Bank Country Study, Washington 2003), online unter:

<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/14629> (25.11.2017).

The World Bank, Slovak Republic. A Strategy for Growth and European Integration (A World Bank Country Study, Washington 1998), online unter:

<http://documents.worldbank.org/curated/en/557541468759589097/pdf/multi0page.pdf> (26.06.2017).

The World Bank, Slovak Republic. The Quest for Equitable Growth in the Slovak Republic. A World Bank Living Standards Assessment (Report No. 32433-SK, Washington 2005), online unter:

<http://documents.worldbank.org/curated/en/855281468101657689/Slovak-Republic-The-quest-for-equitable-growth-in-the-Slovak-Republic> (06.10.2017).

The World Bank, Slovakia. Restructuring for Recovery (A World Bank Country Study, Washington 1994), online unter: <http://documents.worldbank.org/curated/en/413621468781508074/pdf/multi0page.pdf> (26.06.2017).

Vahram Stepanyan, Reforming Tax Systems: Experience of the Baltics, Russia, and Other Countries of the Former Soviet Union (IMF Working Paper WP/03/173, 2003), online unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2003/wp03173.pdf> (20.10.2017).

7.3. Zeitungsartikel

Iwona Antowska-Bartosiewicz, Witold Malecki, Foreign Debt, Foreign Capital, Stabilization and Transformation in Poland, In: Moeet-Most 2 (1993), 3-23.

Stephen Engelberg, In a New Slovakia, Fears Are Both New and Old, In: The New York Times 22.01.1993, online unter: <http://www.nytimes.com/1993/01/22/world/in-a-new-slovakia-fears-are-both-new-and-old.html> (02.06.2016).

Clyde H. Farnsworth, Czechoslovakia Gets \$ 1.8 Billion I.M.F. Loan, In: The New York Times 8. Januar 1991, online unter: <http://www.nytimes.com/1991/01/08/world/czechoslovakia-gets-1.8-billion-imf-loan.html> (10.05.2016).

Sharon Fischer, John Gould, Tim Haughton, Slovakia's Neoliberal Turn, In: Europe-Asia Studies 59, 6 (2007), 977-998.

The Irish Times, Slovakia still has the image of Central Europe's Cinderella state, In: The Irish Times 10.08.2000, online unter: <http://www.irishtimes.com/news/slovakia-still-has-the-image-of-central-europe-s-cinderella-state-1.301447> (03.06.2016).

Tom Nicholson, Banks nervously await revitalization process, In: The Slovak Spectator 11.09.1997, online unter: <https://spectator.sme.sk/c/20014550/banks-nervously-await-revitalization-process.html> (28.06.2017).

Tom Nicholson, In Slovakia, Little Change Despite Decades of Protest, In: Financial Observer 16.01.2015, online unter: <http://www.financialobserver.eu/ce/in-slovakia-little-change-despite-decades-of-protest/> (18.05.2017).

Tom Nicholson, In a black hole – again, In: The Slovak Spectator 07.09.2016, online unter: <https://spectator.sme.sk/c/20264843/in-a-black-hole-again.html> (18.05.2017).

Markus Rodlauer, The Experience with IMF-Supported Reform Programs in Central and Eastern Europe, In: Journal of Comparative Economics 20 (1995), 95-115.

Der Standard, Hohe Werte an radioaktivem Wasserstoff nahe AKW Mochovce, In: Der Standard 26.04.2017, online unter: <http://derstandard.at/2000056595165/Hohe-Werte-an-radioaktivem-Wasserstoff-nahe-des-A> (14.07.2017).

Jan Puhl, Slowakei. Kater am Karpatenrand, In: Der Spiegel 22/2006, online unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-47074023.html> (03.10.2017).

Ludmila Rakusan, Aschenputtel von der Donau, In: Finanz und Wirtschaft 15.04.2000, online unter: <http://www.fuw.ch/article/aschenputtel-von-der-donau/> (03.06.2016).

Matthew Reynolds, Once a Backwater, Slovakia Surges, In: The New York Times 28.12.2004, online unter: <http://www.nytimes.com/2004/12/28/business/worldbusiness/once-a-backwater-slovakia-surges.html> (02.06.2016).

SME, Mečiar zaútočil na novinára, In: SME 14.09.2002, online unter: <https://www.sme.sk/c/662268/meciar-zautocil-na-novinara.html> (24.03.2017).

SME, Memorandum o hospodárskej politike, In: SME 19.04.1995, online unter: <http://www.sme.sk/c/2120322/memorandum-o-hospodarskej-politike.html> (10.05.2016).

SME, Podľa premiéra V. Mečiara výstavba diaľnic si nevyžiada zahraničné pôžičky, In: SME 17.05.1995, online unter: <https://www.sme.sk/c/2118164/podla-premiera-v-meciara-vystavba-dialnic-si-nevyziada-zahranicne-pozicky.html> (28.06.2017).

Christoph Thanei, Slowakei: Karpaten-Tiger vor „gesundem“ Abschwung, In: Die Presse, 01.09.2008, online unter: http://diepresse.com/home/wirtschaft/easteconomist/410646/Slowakei_KarpatenwbrTiger-vor-gesundem-Abschwung (03.10.2017).

Christine I. Wallich, What's Right and Wrong with World Bank Involvement in Eastern Europe, In: Journal of Comparative Economics 20 (1995), 57-94.

Salvatore Zecchini, The Role of International Financial Institutions in Central and Eastern Europe, In: Journal of Comparative Economics 20 (1995), 116-138.

7.4. Andere Online-Ressourcen (Webseiten)

Das Finanzministerium der Slowakischen Republik:
<http://www.mfsr.sk/Default.aspx?CatID=3995> (17.10.2017).

Die Homepage von U.S. Steel Košice:
<http://www.usske.sk/en/> (19.09.2017).

Die Webseite der Slowakisch-Amerikanischen Handelskammer:
http://www.amcham.sk/business/doing-business-in-slovakia/4896_why-to-invest-in-slovakia (05.11.2017).

Die Webseite von Gabler Wirtschaftslexikon:
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/direktinvestition.html#definition> (10.10.2017).

EU-Dokumente:

http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/accession_criteria_copenhagen.html?locale=de (12.06.2016).

http://europa.eu/eu-law/decision-making/treaties/pdf/treaty_on_european_union/treaty_on_european_union_en.pdf (08.06.2016).

http://www.europarl.europa.eu/enlargement/briefings/pdf/33a1_de.pdf (11.06.2016).

Fitchratings:

https://www.fitchratings.com/web_content/ratings/sovereign_ratings_history.xls (20.05.2016).

IMF:

<http://www.imf.org/external/country/SVK/index.htm> (04.06.2016).

<https://www.imf.org/external/np/sec/memdir/memdate.htm> (02.05.2016).

<https://www.imf.org/external/pubs/ft/aa/> (05.05.2016).

https://www.imf.org/external/np/fin/data/rms_sdrv.aspx (20.11.2017).

<https://www.imf.org/external/np/exr/ib/2000/110300.htm#I> (04.06.2016).

Investopedia:

<http://www.investopedia.com/terms/t/tatra-tiger.asp> (03.06.2016).

Regierungserklärungen der Slowakischen Republik:

http://www.vlada.gov.sk/data/files/981_programove-vyhlasenie-vlady-slovenskej-republiky-od-30-10-1998-do-15-10-2002.pdf (14.06.2016).

<http://archiv.vlada.gov.sk/old.uv/1183/1-zahranicne-vztahy.html> (04.07.2017).

http://www.vlada.gov.sk/data/files/981_programove-vyhlasenie-vlady-slovenskej-republiky-od-30-10-1998-do-15-10-2002.pdf (23.08.2017).

SARIO:

<http://www.sario.sk/en/invest/fdi-and-success-stories> (11.10.2017).

<http://www.sario.sk/en/invest-slovakia/why-invest-slovakia> (11.10.2017).

<https://www.mzv.sk/documents/1472980/1482951/Invest+in+Slovakia.pdf/4f0e2d25-ed31-41ed-a759-8b0aa3c12100?version=1.0> (11.10.2017).

The World Bank:

<http://web.worldbank.org/archive/website00978/WEB/OTHER/6A38AAB8.HTM?OpenDocument> (17.06.2016).

<http://documents.worldbank.org/curated/en/docsearch?query=slovak%20republic>
(04.06.2016).

Trading Economics:

<http://www.tradingeconomics.com/poland/unemployment-rate> (07.03.2017).

8. Anhang

8.1. Zusammenfassung

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, die Wirtschaftspolitik der Slowakischen Republik im Zeitraum von 1993 bis 2006 aus der Sicht des IWF und der Weltbank zu untersuchen. Die beiden Finanzorganisationen spielten eine große Rolle in der „Transformation“ der ostmitteleuropäischen Region hin zu einer Marktwirtschaft und agierten als internationale Berater und Beobachter dieses Prozesses. Ausgehend von dieser Annahme wird deren direkter und indirekter Einfluss auf die slowakische Wirtschaftspolitik analysiert. Im ersten Teil werden die Wechselwirkungen zwischen der Slowakei und jeweils dem IWF, der Weltbank und der EU aus einer historischen Perspektive betrachtet. Um den regionalen Kontext der slowakischen Transformation zu verdeutlichen, ist eine kurzgefasste Wirtschaftsgeschichte von den Nachbarländern Tschechien, Polen und Ungarn eingefügt worden. Zusätzlich wird die slowakische Politik- und Wirtschaftsgeschichte von 1989 bis 2006 nachvollzogen. Den Kern der Arbeit stellt eine kritische Textanalyse der IWF- und Weltbank-Berichte dar, die im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit noch nicht erforscht worden sind. Bei der Quellenanalyse liegt ein besonderes Augenmerk auf der makroökonomischen Stabilisierung, der Privatisierung, der Außenwirtschaft, der Situation auf dem Arbeitsmarkt und den wichtigsten Wirtschafts- und Sozialreformen, die in dem untersuchten Zeitraum verabschiedet wurden. Es wurde bewiesen, dass viele Ratschläge, Empfehlungen und Warnungen von den Bretton-Woods-Institutionen hinsichtlich der slowakischen Wirtschaftspolitik von der slowakischen Regierung unter dem Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda (1998 bis 2006) befolgt wurden. Belohnt wurde man dafür auf der internationalen Szene mit der Mitgliedschaft in mehreren Wirtschaftsorganisationen und hohem Zufluss an ausländischen Investitionen. Hingegen lehnte Vladimír Mečiar (1993-1998) das Erfolgsrezept der IWF- und Weltbank-Beratern ab und führte somit das Land in die internationale Isolation. Somit kann schlussfolgert werden, dass die Bretton-Woods-Institutionen einen beträchtlichen Einfluss auf die slowakische Wirtschaftsgeschichte ausübten und in der Transformationsforschung als wichtige Akteure mitgedacht werden müssen.

8.2. Abstract

This thesis examines the economic policy of the Slovak Republic in the period between 1993 and 2006 from the perspective of IMF and World Bank. Both financial organizations played an important role in the “transformation” of the East Central Europe towards a market economy and acted as international observers and policy advisors of this process. Based on this assumption the study analyses their direct and indirect influence on the Slovak economic policy. The core of the thesis represents a critical analysis of the reports from both IMF and World Bank, which are focusing on the Slovak economic transformation. The source-related analysis focuses in particular on the following economic topics: macroeconomic stabilization, privatization, foreign trade policy, the situation on the labor market as well as the most important economic and social reforms adopted in the examined period. The results of this research suggest that a number of policy recommendations issued by the Bretton Woods institutions towards the Slovak government were indeed followed and adopted during the term of office of Mikuláš Dzurinda (1998-2006). For this, Slovakia was rewarded mainly with massive inflows of foreign investment. On the contrary, the independent populist policy course followed under Vladimír Mečiar (1993-1998), who opposed close cooperation with the financial institutions because of their conditionality, led to far-reaching international isolation of the country. This thesis demonstrates that the Bretton Woods institutions had a great impact on the Slovak economic policy and have to be taken into consideration as important players in the transformation research.

8.3. Danksagung

Abschließend möchte ich mich beim Prof. Philipp Ther für die Betreuung dieser Arbeit bedanken. Seine Beiträge und Anweisungen prägten meine Recherche und Forschung und eröffneten neue Blickwinkel auf die untersuchte Thematik.

Darüber hinaus danke ich meinen Eltern für deren endlose Unterstützung und meiner Frau Kristína für ihre Geduld und Ermutigung während des Schreibens.